

DIETER MARC SCHNEIDER

## SAARPOLITIK UND EXIL 1933–1955

*Vorbemerkung*

Zwischen 1933 und 1941 haben weit über eine halbe Million Menschen Deutschland, Österreich und die deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei aufgrund unmittelbarer Verfolgung, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Diskriminierung oder in konsequenter Ablehnung des herrschenden politischen und weltanschaulichen Systems verlassen. Diese direkt und indirekt erzwungene Wanderungsbewegung steht zahlenmäßig etwa an zehnter Stelle der europäischen Bevölkerungsverschiebungen der Zwischenkriegszeit. Sozial umfaßt die deutschsprachige Emigration nach 1933 alle Strata der damaligen Gesellschaft; der weitaus überwiegende Anteil der jüdischen Massenauswanderung bestimmt jedoch ihren vor allem mittelständischen Charakter.

Die Berufs- und Tätigkeitsgruppen Forschung und Lehre, Publizistik, Literatur, Künste und Freie Berufe sind besonders in ihren Eliten überdurchschnittlich stark vertreten. Im vergleichsweise minimalen Anteilsbereich der politischen Organisationen überwiegen aus naheliegenden Gründen die Linksparteien mit zahlenmäßig erstaunlich hoher Beteiligung auch der mittleren und unteren „Kader“. Ziel dieser letztgenannten Gruppe war die Fortsetzung des innenpolitischen Kampfes um Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Vorstellungen vom Ausland her, also in erster Linie und als gemeinsamer Nenner der Sturz des Gewaltregimes und die Rückkehr in die Heimat. Ihre Tätigkeit ist somit Teil der Geschichte des Widerstands und Weiterführung politischer und weltanschaulicher Entwicklungslinien über 1933 hinaus, zunehmend freilich ohne regulativen Austausch mit der eigenen Basis und den realen Verhältnissen im Lande. Dagegen ist die Mehrheit der Emigration – also vor allem Opfer der rassistischen Verfolgung, später auch Desillusionierte aus den Reihen des politischen Exils – von überseeischen Einwanderungsländern aufgenommen und dort integriert worden (1937: 27% Palästina, 17% Vereinigte Staaten, 13% Lateinamerika). Über den Anteil der Rückkehrer nach Kriegsende können vorerst nur Vermutungen angestellt werden.

Quellenerschließung und Forschung zur deutschsprachigen Emigration unter dem Nationalsozialismus gehören seit längerem zum Arbeitsprogramm des Instituts für Zeitgeschichte\*. In den Jahren nach 1968 wurden mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und in enger Verbindung mit anderen wissen-

\*) Hierzu und zur Forschungsentwicklung siehe Werner Röder, Quellen zur Geschichte der deutschsprachigen Emigration 1933–1945 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, in: Jahrbuch für Internationale Germanistik 7 (1976), H. 2, S. 142 ff.; dort auch weitere Literaturverweise.



schaftlichen Institutionen ungedruckte Quellen zur Geschichte des politischen Exils in Archiven und Sammlungen der Bundesrepublik und der wichtigsten zugänglichen Asylländer registriert und in einem Zentralkatalog im Institut detailliert nachgewiesen. Gleichzeitig brachten Übernahmen aus Privatesitz sowie Interviews und Fragebogenenqueten wesentliche Ergänzungen der Archivbestände.

Seit Ende 1972 ist – gefördert vom Bundesminister für Forschung und Technologie und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft – als erster Teil des Projekts *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 – International Biographical Archives and Dictionary of Central European Emigrés, 1933–1945* ein umfangreiches biographisches Archiv in Partnerschaft mit der amerikanischen Research Foundation for Jewish Immigration entstanden. Auf der Grundlage dieser Materialien wird ab 1978 in Jahresfolgen das *Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration* in deutschen und englischen Ausgaben erscheinen (Band I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben; Band II: Sciences, Arts and Literature; Band III: Gesamtregister). In seiner nächstliegenden Funktion soll das Handbuch als allgemeines bio-bibliographisches Informationsmittel dienen, so etwa für Forschung, Lehre und Publizistik, nicht zuletzt auch für politische und kulturelle Bildungsbelange im In- und Ausland. Das Projekt überschreitet mit Bedacht die Grenze des bisher in der deutschen Forschung dominierenden Erkenntnisinteresses an den Komplexen „Exil und Widerstand“ und der deutschsprachigen Exil-Literatur: Die Emigration vor allem der politischen Eliten kann zum Teil – auch von ihrem zeitgenössischen Selbstverständnis her – als Kontinuante der „Heimatlosigkeit“ demokratischer Repräsentanten der deutschen Geschichte gesehen werden und als Fortsetzung deutscher Entwicklungen jenseits der Grenzen des Dritten Reiches. Dagegen erscheint bei vordergründiger Betrachtung die quantitativ erstrangige Gruppierung der Emigration, also die überwiegend jüdische Zwangsauswanderung mit ihren Berufskategorien aus Wirtschaft, Verwaltung, Freien Berufen, Publizistik, Kunst und Wissenschaft, vor allem von Elementen der Diskontinuität bestimmt: Das Ziel der größtmöglichen Integration im Zufluchtsland oder die Aliyah nach Erez Israel unterscheidet sie von dem auf Erhaltung und Rückkehr ausgerichteten „Exil“; anstelle einer zeitweisen Verbannung steht hier das Ausscheiden aus dem unmittelbaren deutschen Bezugsrahmen. Im Gegensatz zu dieser unhistorisch-ethnozentrischen Perspektive umfaßt das Handbuch in seinen personellen Auswahlkriterien das Gesamtphänomen. Ohne Vernachlässigung der hochgradigen sozialen, materiellen, intellektuellen und weltanschaulichen Uneinheitlichkeit der einzelnen Gruppen und der ihnen wiederum eigenen Faktionierung können in Teilen durchaus gemeinsame biographische Muster angenommen werden. Kollektiverlebnisse wie Ächtung und Verfolgung, frühere oder spätere Regimegegnerschaft, Verlassen der Heimat mit gesellschaftlichen und kulturellen Dislozierungsfolgen, mehr oder weniger lang andauernder Emigrantenstatus, die Wanderungswege, die Lebenserfahrung außerhalb des nationalsozialistischen Milieubereichs und der Zwang zur individuellen Verarbeitung des Vertreibungserlebnisses, zur sozialen und kulturellen Anpassung



an die Gesellschaft der Aufnahmeländer, sowie zur Neubestimmung der ethnischen Identität und der persönlichen Beziehung zum Herkunftsland begründen zumindest rückschauend eine Gesamtgruppe als historisches Phänomen und Untersuchungsgegenstand.

Vielschichtigkeit einerseits und Elemente der Einheit eröffnen sich der auf Ereignisabläufe und Organisationsgeschichte bedachten Historiographie ebenso wie den mit quantifizierbarem Material arbeitenden Sozialwissenschaften beim Forschungsgegenstand Emigration in der notwendigen Konkretheit nur über die Addition von Einzelschicksalen in einer aussagefähigen Anzahl. Geschlossene, zeitlich durchgehende und geographisch umfassende archivalische Überlieferungen zur Gesamtgruppe für einen methodisch konventionellen Untersuchungsansatz konnten aus evidenten inneren und äußeren Gründen nicht entstehen. Lediglich für das politische Exil sind in höherem Maße durch eigene Publizistik und Aktenbildung sowie als Resultat staatlicher Verfolgung und des vornehmlich fremdenpolizeilichen Interesses der Asylländer Quellenbestände erhalten geblieben. Doch schon ihre zeitliche, thematische und regionale Gebundenheit läßt es zweifelhaft erscheinen, daß sie sich – auch nach Öffnung aller einschlägigen Archive – als tragfähig für eine künftige Gesamtdarstellung erweisen können.

Mit dem „Biographischen Handbuch“ soll der Versuch unternommen werden, durch Dokumentation individueller Lebens- und Leistungsgeschichten einen registermäßig zugänglichen Datenkorpus zu erstellen, der vor allem folgende Forschungsansätze ermöglichen kann: (a) Festschreibung der sozialen und politischen Strukturen der Gruppe vor 1933 und der Grundmuster ihrer Wanderung; (b) Ergänzung und Korrektur der Parteien-, Organisations- und Institutionengeschichte der Emigration; (c) Analyse des sozialen, wirtschaftlich-produktiven, kulturellen und wissenschaftlichen Verlusts der Herkunftsgesellschaft; (d) Identifizierung repräsentativer Prozesse der Eingliederung in Aufnahmeländern; (e) Untersuchung der gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Wirkung, also auch des Kultur- und Wissenschaftstransfers, wie er zwischen Mitteleuropa und vor allem überseeischen Immigrationsländern in zweifelsfreiem Zusammenhang mit der Emigration nach 1933 diagnostiziert werden kann; (f) Dokumentation der neben dem Holocaust durch Auswanderung bestimmten Schlußphase in der Geschichte des deutschen Judentums und, unter anderem, seiner Rolle beim Aufbau von Staat und Gesellschaft in Israel; (g) Quantifizierung und Analyse der Rückkehrbewegung mit ihrem Einfluß auf Politik, Kultur und Wissenschaftsentwicklung in den deutschsprachigen Nachkriegsstaaten.

Der Aufsatz „Saarpolitik und Exil 1933–1955“ von Dieter Marc Schneider ist als erste Arbeit aus diesem Fragenbereich auf der Grundlage des Biographischen Archivs und seines methodischen Konzepts entstanden. Er erschließt die Materialien unter dem speziellen Aspekt einer Regionaluntersuchung, die den Längsschnitt durch die Zeitphasen vor der Emigration, des Exils und der Nachkriegsperiode zieht; er zeigt so die Kontinuitäten, den historisch-politischen Stellenwert der Emigration und ihre Rückwirkung auf deutsche Entwicklungen nach 1945



für die Gruppe der Saarflüchtlinge auf. Gleichzeitig werden Einzelheiten und Zusammenhänge der Exilgeschichte belegt, die bislang nicht bzw. nur bruchstückhaft oder in fragwürdiger Einordnung bekannt gewesen sind.

Werner Röder

Durch das Saarstatut in den Artikeln 45–50 des Versailler Vertrages wurden 1919 die südlichen Teile der preußischen Rheinprovinz und die westlichen Teile der bayerischen Pfalz als Saargebiet auf fünfzehn Jahre dem Völkerbund als Treuhänder unterstellt. Danach sollte ein Referendum über die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland, Frankreich oder die Fortdauer der Treuhandschaft (Status quo) entscheiden. Das Eigentum der Kohlengruben und deren Ausbeutung gingen an Frankreich über, 1925 wurde das Saargebiet in das französische Zollgebiet einbezogen. Der Völkerbund ernannte eine Regierungskommission, neben der seit 1922 ein beratender Landesrat bestand. Versuchen des deutschen Außenministers Stresemann, im Zuge seiner Revisionspolitik im September 1926 in Thoiry mit Briand eine deutsch-französische „Gesamtlösung“ zu erzielen, die eine vorzeitige Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland miteinschließen sollte, scheiterten. Es blieb bei dem Abstimmungsjahr 1935. Inzwischen erfolgte die Zerstörung der Weimarer Republik und die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Die nun radikal veränderten innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland hatten bald auch ihre Auswirkungen auf das Saargebiet. Die ursprünglich geschlossene nationale Front der politischen Saarparteien bröckelte ab, eine kämpferische Minderheit wehrte sich in der im Friedensvertrag festgelegten zweijährigen Abstimmungsfrist zunehmend gegen eine Rückgliederung an ein nationalsozialistisches Deutschland. In dieser Phase gelangte ein Teil der ersten Welle vornehmlich politischer Flüchtlinge vor dem nationalsozialistischen Regime an die Saar. Viele dieser reichsdeutschen Emigranten spielten eine aktive Rolle im Abstimmungskampf auf Seiten der saarländischen Hitler-Gegner. Nach deren Niederlage in der Volksabstimmung vom 13. Januar 1936 wurden auch Saarländer in die Emigration gezwungen; für die Flüchtlinge aus dem Reich ergab sich die Notwendigkeit, weiterwandern zu müssen – für viele der Beginn einer Odyssee der Flucht, die später durch die deutsche Besetzung Westeuropas in nahezu alle Länder der Welt führte.

Als diese Saaremigranten, soweit sie im Exil der nationalsozialistischen Verfolgung entgangen waren, relativ geschlossen nach 1945 an die Saar zurückkehrten, spielten sie in der saarländischen Geschichte bis 1955, d. h. bis zu dem Referendum über das Pariser Saarstatut<sup>1</sup> eine bestimmende Rolle. Gemessen an der politischen Bedeutung und Wirksamkeit von zurückgekehrten Emigranten im übrigen Nachkriegsdeutschland kann diese Gruppe nur mit einem anderen, ebenfalls relativ geschlossenen Personenkreis verglichen werden, der, aus dem Exil

<sup>1</sup> Siehe Abschnitt III, S. 529 f.



in der Sowjetunion kommend, in der SBZ und später der DDR die Macht übernahm<sup>2</sup>. Beide Gruppen agierten vor dem Hintergrund bzw. unter dem mehr oder weniger offenen Einfluß der jeweiligen Besatzungsmacht – Frankreich und Sowjetunion – und gewannen mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Ende des Krieges ihr gegenüber eine relative Autonomie, die allerdings im Falle der Regierung Johannes Hoffmann wesentlich stärker ausgeprägt war als zu gleicher Zeit die der SBZ bzw. der DDR. Während der substantielle Kern der sogenannten Ost-Emigranten in der DDR jedoch kontinuierlich an der Macht blieb, scheiterte die autonomistische Führungsgruppe an der Saar und mußte nach dem Referendum vom 23. Oktober 1955 historisch erfolglos abtreten.

Eine Geschichte des Exils der Saarländer und der Rolle der überwiegend aus Emigranten bestehenden Führungsgruppe in der politischen Entwicklung des Saargebietes nach 1945 wirft trotz der personellen Überschaubarkeit eine Reihe methodischer Probleme auf, die durch eine schwierige Quellenlage noch verschärft werden. Trotz aller Verbundenheit durch den gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus und das Erlebnis des Exils bestand die autonomistische Führungsgruppe innerhalb des Saargebietes 1945–1955 aus Personen recht unterschiedlicher politischer Motivation und Psychologie und einer Reihe von Untergruppen, die zum Teil über die Parteigrenzen hinwegreichen.

Die vorliegende Literatur zur Geschichte des Saargebietes nach dem Ersten Weltkrieg ist zum Teil sehr subjektiv, wenn nicht apologetisch. Die geographische Lage und die geschichtliche Rolle als territoriales Streitobjekt zwischen Frankreich und Deutschland seit Ludwig XIV. machen die Emotionalität der Auseinandersetzungen erklärbar.

Die nationalsozialistische Literatur zur Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland im Jahre 1935 kann vom wissenschaftlichen Standpunkt außer Betracht bleiben<sup>3</sup>. Dagegen existieren für diese Zeit des ersten Abstimmungskampfes, die noch vor und als Ursache der Emigration der Rückgliederungsgegner für deren politische Entwicklung von großer Bedeutung war, die wissenschaftlich anerkannten Arbeiten von Maria Zenner und Fritz Jacoby<sup>4</sup>. Ernst Kunkel, der nach seiner Rückkehr aus dem Exil an die Saar selbst eine bedeutende politische Rolle spielen sollte, ist der Verfasser einer Arbeit über den Abstimmungskampf vor 1935 aus sozialdemokratischer Sicht<sup>5</sup>. Als Kenner der historischen Materie seit dem

<sup>2</sup> Von den sechzehn Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der KPD am 11. Juni 1945 waren dreizehn aus der UdSSR zurückgekehrte Emigranten.

<sup>3</sup> Als Beispiel mag gelten: Karl Bartz, *Weltgeschichte an der Saar*, Neustadt a. d. Haardt 1935.

<sup>4</sup> Maria Zenner, *Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundregime 1920–1935*, Saarbrücken 1966; Fritz Jacoby, *Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar, Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes bis 1935*, Saarbrücken 1973.

<sup>5</sup> Ernst Kunkel, „Für Deutschland – gegen Hitler“: Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933–1935, Saarbrücken (1967).



Ersten Weltkrieg ist auch Helmut Hirsch zu nennen, der seinerseits 1933 ins Saargebiet geflohen war<sup>6</sup>. Das Schicksal der saarländischen Emigration nach 1936 scheint allenfalls partiell und in zufälligen biographischen Hinweisen auf, die in erster Linie in der Literatur enthalten sind, die sich mit der Geschichte des Saargebietes nach 1945 befaßt. Dabei ist die Zeit bis zum zweiten Saarkampf und der neuerlichen Rückgliederung, jetzt an die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955, Gegenstand anhaltender historischer und publizistischer Kontroversen. Als jüngstes Beispiel sei die Arbeit Heribert Schwans über den saarländischen Rundfunk angeführt<sup>7</sup>. Die umfassendste Arbeit über die „Saarpolitik 1945–1957“ ist das dreibändige Werk von Robert H. Schmidt<sup>8</sup>. Wir werden auf diese vornehmlich politikwissenschaftliche Arbeit, die in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den beschriebenen Geschehnissen entstanden ist und der trotz eines bemerkenswerten selbstkritischen Bemühens der Vorwurf starker Subjektivität nicht erspart bleiben kann, später detaillierter eingehen. Ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Saargeschichte vor allem auch im internationalen Kontext ist die Konfliktstudie von Jacques Freymond<sup>9</sup>. Eine Anzahl weiterer Arbeiten, Broschüren, Aufsätze von zum Teil stark subjektivem bzw. apologetischem Charakter kann an dieser Stelle nicht aufgeführt werden, ist aber auch größtenteils für die Themenstellung irrelevant<sup>10</sup>.

Auch die archivalische Quellenlage ist vor allem für die Zeit nach 1945 nicht sehr günstig. In den saarländischen Archiven ist die Zeit vor 1955 auffallend gering dokumentiert. Ein weiteres empfindliches Manko ist die in Frankreich für mehrere Jahrzehnte gültige Sperrklausel für Archive, die jetzt offenbar langsam gelockert wird<sup>11</sup>.

Für das Saarland gilt vielleicht in verstärktem Maße, was auch für die politisch-wissenschaftliche Öffentlichkeit in Deutschland ganz allgemein nach wie vor zutrifft, daß nämlich die Diskussion des nationalsozialistischen Abschnitts deutscher

<sup>6</sup> Helmut Hirsch, geb. 1907, war Mitarbeiter der Emigrantenzeitung *Westland* (s. S. 476). Er emigrierte 1935 nach Frankreich, in Paris Sekretär und Mitarbeiter der von Siegfried Thalheimer herausgegebenen Halbmonatsschrift *Ordo*; seit 1941 in den USA, wo er 1945 in Chicago mit einer Arbeit über das Saargebiet promovierte. Verfasser u. a. von: *Die Saar in Versailles, die Saarfrage auf der Friedenskonferenz von 1918*, Bonn 1952; *Die Saar vor Genf, Die Saarfrage während des Völkerbundesregimes 1920–1935*, Bonn 1954; *Some recent material on the Saar*, in: *The Journal of Modern History* 23 (1951), S. 366–376.

<sup>7</sup> Heribert Schwan, *Der Rundfunk als Instrument der Politik im Saarland 1945–1955*, Berlin 1974.

<sup>8</sup> Robert H. Schmidt, *Saarpolitik 1945–1957*, Bd. I: Politische Struktur; Bd. II: Entfaltung der Saarpolitik zwischen „Wirtschaftsanschluß“ und „Europäisierung“ 1945–1953; Bd. III: Entfaltung der Saarpolitik vom Scheitern der EVG bis zur Wiedervereinigung 1954–1957, Berlin 1959–1962. Im Folgenden zit.: Schmidt I, etc.

<sup>9</sup> Jacques Freymond, *Die Saar 1945–1955*, München 1961.

<sup>10</sup> Vgl. die ausführlichen Bibliographien bei Schmidt und Freymond, a. a. O.

<sup>11</sup> In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Forschungsarbeiten zum deutschen Exil in Frankreich 1933–1948 an der Universität Paris VIII (Projektgruppe Prof. Gilbert Badia) und der Universität Tours (Prof. Rita Thalmann).



Geschichte immer noch stark emotional akzentuiert ist, was natürlich eine Reihe von Folgeerscheinungen hat. Dies gilt nicht zuletzt für die Bemühungen um eine objektive Wertung des Personenkreises, der sich nach 1933 nicht mit dem neuen Regime identifizieren konnte, verfolgt wurde, in den Widerstand ging oder einfach sich nonkonformistisch verhielt.

Von daher ist der methodische Zugriff trotz und zugleich wegen des vorhandenen sehr widersprüchlichen und kontroversen Materials recht schwierig. Eine methodische Hilfe scheint uns hier jedoch das systematische Zurückgehen auf biographisches Material zu sein. Die biographische Rekonstruktion und Dokumentation z. B. der saarländischen Emigration mit ihren Ursachen und den historischen Konsequenzen nach 1945 ist geeignet, den historischen Ablauf an der Saar transparenter zu machen<sup>12</sup>. Aber auch über das Saarland hinaus würde eine Geschichtsschreibung des deutschen Exils unter dem nationalsozialistischen Regime im Allgemeinen über einen umfassenden biographischen Zugriff methodisch erleichtert, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht.

Die Quellenlage ist allerdings auch für die Erschließung biographischer Materialien nicht gerade günstig; das gilt für die öffentlichen Archive ebenso wie für die privaten<sup>13</sup>. Im saarländischen Landesarchiv ist allenfalls das sogenannte Becker-Schneider-Archiv für die Jahre 1951–1955 zu einem kleinen Teil auswertbar. Im Archiv des Saarländischen Landtages liegen biographische Daten für die Zeit vor 1947 nicht vor; ein gedrucktes Handbuch des Saarländischen Landtags analog den anderen Länderparlamenten erscheint erst ab 1957. Biographische Materialien finden sich schon eher in den verschiedenen Stadtarchiven; auch brachte eine Umfrage bei Gemeindeverwaltungen und -standesämtern zum Teil gute Ergebnisse. Wichtige Recherchen konnten im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte<sup>14</sup> durchgeführt werden. Die Rekonstruktion der eigentlichen Exilphase gelang jedoch in erster Linie mit Unterstützung der Beteiligten selbst. Eine breit angelegte Fragebogenenquete sowie eine Reihe von persönlichen Interviews und Korrespondenzen mit noch lebenden Beteiligten erbrachten vor allem die notwendige Informationsdichte<sup>15</sup>.

<sup>12</sup> Dies gilt auch für die Arbeit von Robert H. Schmidt, a. a. O., die sehr viel, wenn auch zum Teil ergänzungs- bzw. korrekturbedürftiges biographisches Material enthält.

<sup>13</sup> Ein Beispiel ist das ansonsten sehr materialreiche Archiv der im Saarland führenden *Saarbrücker Zeitung*. – In diesem Archiv existieren keine biographischen Materialien über Mitarbeiter für die Zeit, in der die Zeitung den Kurs der Regierung Johannes Hoffmann vertrat; biographische Mappen gibt es erst ab 1957. In diesem Zusammenhang interessant der Artikel von Ludwig Bruch: „Weg und Schicksal einer deutschen Zeitung“ in der Jubiläumsschrift zum 200jährigen Bestehen der *Saarbrücker Zeitung* (200 Jahre Saarbrücker Zeitung, hrsg. vom Verlag der Saarbrücker Zeitung, Saarbrücken 1961, S. 15–203). Der 185 Seiten lange Aufsatz enthält nur eine halbe Seite über die Zeit von 1945 bis 1955!

<sup>14</sup> Siehe die Vorbemerkung zu diesem Aufsatz von Werner Röder. Die größtenteils auf dem Biographischen Archiv der deutschsprachigen Emigration nach 1933 basierenden Recherchen sind im Folgenden gekennzeichnet: BHB-Archiv.

<sup>15</sup> Gespräche und Korrespondenzen wurden u. a. geführt mit Richard Kira und Robert Schulte/



Vorliegender Aufsatz versteht sich als ein Beitrag zu einem Abschnitt saarländischer Geschichte, der ohne die Erfahrungen des Exils einer Reihe von Saarländern nicht verständlich wird, wobei wir zu dieser Gruppe auch diejenigen zählen, die sich nach ihrer Flucht aus Deutschland nach dem 30. Januar 1933 in den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus an der Saar engagiert hatten, sich seitdem mit dem Schicksal des Saarlandes identifizierten und gewissermaßen zu „Wahl-Saarländern“ geworden waren. Diese Untersuchung ist aber auch ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Emigration während des Dritten Reiches ganz allgemein und unter diesem Aspekt der Versuch einer Regionalstudie am nahezu idealen Beispiel einer personell und in ihrer zeitlichen Wirksamkeit genau abgrenzbaren Gruppe.

### I. Der Kampf gegen die Rückgliederung an das nationalsozialistische Deutschland

#### 1.

Daß vor allem die beiden Arbeiterparteien an der Saar, SPD/S und KPD/S, unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 gegen die nationalsozialistische Reichsregierung in scharfer Form Front machten, bedarf wohl keiner Erläuterung; allerdings waren Motivation und strategischer Standort durchaus unterschiedlich.

Für die SPD/S stand in den ersten Monaten ihres Kampfes gegen das Hitler-Regime und den Nationalsozialismus an der Saar die Frage der Rückgliederung an Deutschland noch nicht im Vordergrund. An der Ablehnung des Saarstatuts des Versailler Vertrages durch die saarländischen Sozialdemokraten änderte sich vorerst nichts. Noch im April 1933 gab ihr Erster Vorsitzender Max Braun folgende Erklärung ab, die sich gegen nationalsozialistische Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit der SPD/S richtete:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes sieht sich veranlaßt, angesichts verschiedener Angriffe erneut zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft für die restlose Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland eintritt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes weist jeden Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit der Partei, ganz gleich von welcher Seite er erhoben wird, aufs entschiedenste zurück. Diese Feststellung ist unabhängig von dem innerpolitischen Freiheitskampf der Sozialdemokratie.“<sup>16</sup>

Diese Haltung scheint keineswegs taktischer Natur gewesen zu sein. Wie die Sozialdemokraten im Reich glaubte auch die SPD/S, daß sich das nationalsozia-

Saarbrücken, Ernst Kunkel/Dudweiler, Edgar Hector/Paris, Gretel Roth/Neckargemünd und Guy Kurt Lachmann/Saarbrücken. Herrn Klaus Altmeyer/Saarbrücken verdankt der Verf. wertvolle Anregungen.

<sup>16</sup> *Volksstimme*, Nr. 84, 8. 4. 1933 („Wider die Verleumder“).



listische Regime nicht lange werden halten können. Auch die Tatsache, daß der Berliner Parteivorstand aufgrund der sich verschärfenden Verfolgung am 5. Mai 1933 Otto Wels, Sigmund Crummenerl, Friedrich Stampfer, Paul Hertz und Erich Ollenhauer nach Saarbrücken schickte, um eine Exilzentrale einzurichten, änderte nichts an dieser prinzipiellen Erwartungshaltung. Die saarländischen Sozialdemokraten sahen zunächst ihre Aufgabe vor allem darin, den Kampf der Sozialisten im Reich zu unterstützen. Dies geschah in enger Verbindung mit den sozialistischen Emigranten, die bereits in den ersten Monaten des nationalsozialistischen Regimes an die Saar gekommen waren. Im November 1933 zählte die Statistik des Parteivorstands der SPD im Exil (Sopade) allein 869 sozialdemokratisch organisierte Flüchtlinge<sup>17</sup>. Unter ihnen waren neben den bereits aufgeführten Mitgliedern des Exilvorstandes führende Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid<sup>18</sup>, Wilhelm Sollmann<sup>19</sup>, Emil Kirschmann, ab November 1933 als Nachfolger Karl Mössingers Parteisekretär der SPD/S, und Marie Juchacz. Die politische Arbeit dieser Emigrantengruppe war durch das gemeinsame Engagement im antifaschistischen Kampf an der Saar und von diesem territorialen Refugium aus gegen das Regime in Deutschland geprägt, was sich deutlich in der sozialistischen Presse niederschlägt, und zwar vor allem in der Phase des eigentlichen Kampfes für den Status quo im Jahre 1934.

Bereits ab 21. Juni 1933 erschien als „Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands“ die *Deutsche Freiheit*, die vor allem der Aktivierung des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime in den westlichen Grenzbereichen dienen sollte. Die Zeitung wurde von einem Redaktionsstab der *Volksstimme* herausgebracht, Chefredakteur war Max Braun; verantwortlicher Redakteur war zeitweilig Johann Pitz aus Dudweiler, die Redaktion nahmen Georg Beyer, Emil Kirschmann und Wilhelm Sollmann wahr<sup>20</sup>.

Die *Volksstimme* selbst unter Leitung von Max Braun bildete das Forum des

<sup>17</sup> Statistik der Sopade, Stichtag 30.11.1933 (Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg (künftig: ASD), in Akte: Emigration Prag – Paris, Berichte der Sopade), zit. nach: Ursula Langkau-Alex, *Volksfront für Deutschland?* Bd. 1: Vorgeschichte zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, 1933–1936, Frankfurt/M. 1977, S. 228, Anm. 61.

<sup>18</sup> Breitscheid hielt sich nur vorübergehend im Saargebiet auf. Er emigrierte Ende März/Anfang April 1933 in die Schweiz und ging im Mai gleichen Jahres nach Paris. Breitscheid gehörte zu den unterschiedlichen Verfechtern eines Status quo an der Saar und plädierte angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung für die Entsendung internationaler Truppen und Gendarmerie; BHB-Archiv.

<sup>19</sup> Auf dem Parteitag im Februar 1933 in Saarbrücken, auf dem die SPD/S einen scharfen Kampf gegen die nationalsozialistische Reichsregierung einleitete, hielt Sollmann neben Max Braun das Hauptreferat. Vgl. *Volksstimme*, Nr. 57 u. 58, 15. u. 14. 2. 1933.

<sup>20</sup> In der *Volksstimme* erschienen u. a. Friedrich Stampfers Aufsatz über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17. Mai (Nr. 134, 12. 5. 1933) und der Aufsatz Friedrich Adlers über „Die Aufgabe der Emigration in der vergewaltigten Partei“ (Nr. 134, 12. 6. 1933). Vgl. Lieselotte Maas, *Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945*, Bd. 1, München 1976. Hier auch weitere bibliographische Angaben sowie ein Mitarbeiterverzeichnis.



gemeinsamen Kampfes saarländischer und reichsdeutscher Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus; sie war bereits im Februar 1933 für das gesamte Reichsgebiet verboten worden<sup>21</sup>.

Der in der Zeitung *Westland*<sup>22</sup> erhobene Vorwurf, die saarländischen Arbeiter-

<sup>21</sup> In seiner Entgegnung auf die Erklärung von Wels im Reichstag zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 zog Hitler die *Volksstimme* zum Beweis des sozialdemokratischen Landesverrats heran: „Ich habe Ihre Zeitung im Saargebiet gelesen, Herr Abgeordneter, und dieses Blatt treibt nichts anderes als dauernden Landesverrat ...“ (Reichsdrucksache. 2. Sitzung, 23. 3. 1933, S. 35. Zit. nach Kunkel, a. a. O., S. 78). Der mit dem Verbot der *Volksstimme* beginnende Boykott im deutschen Anzeigengeschäft drohte der Zeitung die finanzielle Grundlage zu entziehen. Max Brauns daraufhin einsetzende Bemühungen, die *Volksstimme* mit Hilfe Walter Schevenels und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu sanieren, führten zu einer Vertrauenskrise zwischen Gesellschaftern der Zeitung und dem Landesvorstand der SPD/S, in der der Geschäftsführer Klopfer die Nationalsozialisten über alle internen Vorgänge unterrichtete – ein Vorgang, der einem Versuch gleichkam, das SPD/S-Organ auszuschalten. Braun wurde jedoch vom Parteivorstand in Prag und dem IGB weiterhin unterstützt. Vgl. Kunkel, ebd., S. 84 ff.

<sup>22</sup> Obwohl keine sozialdemokratischen Blätter, sind an dieser Stelle noch die Emigrantenzeitungen *Westland* bzw. *Grenzland* und *Das Reich* anzuführen. *Westland*, ein eher liberal-demokratisches Blatt, wurde seit dem 11. November 1933 in Saarbrücken von dem ehemaligen Verleger und Chefredakteur der *Düsseldorfer Lokalzeitung*, Siegfried Thalheimer, herausgegeben, der im März 1933 ins Saargebiet geflohen war. (Thalheimer, geb. 1899 in Düsseldorf, hatte sich vor seiner Emigration im Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung journalistisch exponiert, er wurde am 3. Dezember 1936 ausgebürgert, ging nach dem Referendum nach Frankreich, in Paris Studium französischer Literatur und Geschichte; 1938 Gründer und Herausgeber der in Paris erscheinenden Halbmonatsschrift *Ordo*. Nach Kriegsausbruch in verschiedenen Lagern interniert, Mai–Dezember 1940 dienstverpflichtet als „prestataire“ (vgl. S. 515), 1941 mit Hilfe eines emergency visa in die USA; lebte dort bis 1949 als Kunsthändler, nach Rückkehr nach Deutschland 1949 freier Publizist, BHB-Archiv).

*Westland* nahm von Anfang an eine ablehnende Haltung zur Rückgliederung des Saargebietes an das nationalsozialistische Deutschland ein und forderte im Juni 1934 den Völkerbund auf, die geplante Abstimmung nicht stattfinden zu lassen; der Völkerbund müsse politisch und nicht formaljuristisch entscheiden: „Eine freie, geheime und unbeeinflusste Abstimmung ist unmöglich ohne die Voraussetzungen, die bei Abschluß des Versailler Vertrages bestanden“ (Jg. 2, 1934, Nr. 11, S. 9). Nach Festsetzung des Abstimmungstermins durch den Völkerbund propagierte das Blatt die Einheitsfront der sozialistischen Parteien, die sich zu keiner klaren Abstimmungslosung verstehen könnten und sich in ihrer Taktik an dem Nationalismus des Dritten Reiches orientierten (Jg. 2, 1934, Nr. 23, S. 9). Im November 1934 wurde *Westland* allerdings mittels eines Täuschungsmanövers durch das deutsche Propagandaministerium aufgekauft. Die von Thalheimer nicht informierten Redakteure verließen daraufhin die Zeitung und gründeten an ihrer Stelle die Zeitschrift *Grenzland*, die ab November 1934 erschien und in der sie ihren Kampf gegen die Rückgliederung bis zum Abstimmungstag fortsetzten. Die redaktionelle Besetzung war weitgehend identisch: August Stern als Chefredakteur, ebenso gehörten Fritz Heymann und Norbert Mühlen beiden Redaktionen an. Verantwortlicher Redakteur von *Grenzland* war Ernst Meyer, Mitarbeiter u. a. Konrad Heiden. (Vgl. Maas, a. a. O., S. 283).

*Das Reich* wurde herausgegeben von Hubertus Prinz zu Löwenstein, der 1933 zunächst nach Österreich emigriert und im darauffolgenden Jahr an die Saar gekommen war. Prinz zu Löwenstein (geb. 1906 auf Schloß Schönwörth bei Kufstein/Tirol) war während seines



parteien hätten kein klares Konzept für den Fall einer Rückgliederung des Saargebietes an Hitlerdeutschland, traf für die ersten Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung durchaus zu. In dem Maße allerdings, in dem das nationalsozialistische Regime sich konsolidierte und die Hoffnung auf sein baldiges Scheitern schwand, verschärfte sich das Dilemma zwischen kompromißlosem Kampf gegen das Regime auf der einen und dem Wunsch nach Wiedervereinigung der Saar mit dem Reich über das 1935 bevorstehende Referendum auf der anderen Seite. So bildeten die Ausschaltung der Freien Gewerkschaften im Mai 1933 und das Verbot der demokratischen Parteien im darauffolgenden Monat Marksteine auf dem Weg zu einer politischen Neuorientierung der SPD/S wie auch der KPD/S, die beide Parteien – wenngleich erst Mitte 1934 – dazu brachte, gegen eine Rückgliederung der Saar an das nationalsozialistische Deutschland aufzutreten<sup>23</sup>.

Obgleich der Kampf der saarländischen Arbeiterparteien gegen das nationalsozialistische Regime seit dessen Machtübernahme so eindeutig war, daß die Ablehnung einer Rückkehr in ein nationalsozialistisches Deutschland von Anfang an nahe zu liegen schien, wurde diese Konsequenz angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland, vor allem aber auch im Saargebiet selbst, nur sehr zögernd artikuliert. Eine Denkschrift der SPD/S an den Völkerbund vom 16. September 1933 berichtete von den Terror- und Boykottmaßnahmen gegen Sozialdemokraten und die sozialistische Presse seitens des Nationalsozialismus<sup>24</sup>; in dieser Denkschrift verlieh die SPD/S allerdings noch der Hoffnung Ausdruck, die Sozialisten könnten in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den saarländischen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten. Ihre Selbstaflösung wie der Verlust der Eigenständigkeit des Zentrums gaben den letzten Ausschlag, zu dem für 1935 anstehenden Referendum Stellung zu beziehen.

---

Studiums in Berlin Jugendführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Vorsitzender des Republikanischen Studentenbundes gewesen, ab 1930 Mitarbeiter der *Vossischen Zeitung* und des *Berliner Tageblatts* (Prinz zu Löwenstein war nach 1945 als Leiter der sog. „Deutschen Aktion Saar“ in die Saarpolitik involviert; vgl. Schmidt I, S. 531 f.).

Das Reich erschien zum ersten Mal einen Monat vor dem Referendum und setzte sich ebenfalls für den Status quo ein. Die Zeitung wurde nach dem Erscheinen von vier Nummern durch den Völkerbundskommissar Knox verboten und Löwenstein mit dem Vorwurf, er habe „als Nichtsaarländer in saarländische Verhältnisse eingegriffen“, aus dem Saargebiet ausgewiesen. Die Anweisung wurde zwar nach dem sofort einsetzenden internationalen Protest wieder zurückgenommen, Das Reich blieb jedoch verboten; BHB-Archiv.

<sup>23</sup> Die Alternative einer Verweigerung der Rückgliederung an ein nationalsozialistisches Deutschland war in diesem Kontext nichtsdestoweniger schon früher angesprochen worden. Ende 1933 fand am Laacher See ein vom ADGB organisierter Kursus für saarländische Gewerkschaftsfunktionäre statt; die Teilnehmer äußerten die Absicht, sich unter den Umständen einer Festigung des Hitler-Regimes der Rückgliederung des Saargebietes zu widersetzen. Zit. nach Kunkel, a. a. O., S. 77. Diese Konsequenz wurde seit August auch im *Neuen Vorwärts* sichtbar; vgl. Erich Matthias, *Sozialdemokratie und Nation*, Stuttgart 1952, S. 124 f.

<sup>24</sup> Zenner, a. a. O., S. 287.



Am 16. Oktober 1933 ging Max Braun auf einer Versammlung in Saarbrücken auf den deutschen Austritt aus dem Völkerbund ein und zog die Konsequenz: „Am 14. Oktober wurde die Saar zum 4. Male von Deutschland abgetrennt – aber diesmal allein durch die Schuld der wahnwitzigen und verbrecherischen Abenteuerpolitik des Hitlerismus... Seit dem 14. Oktober sind wir restlos auf uns selbst gestellt. Solange dieses Blut- und Henkerregime Deutschland vergewaltigt, ist an eine Rückkehr des Saargebietes nicht zu denken.“<sup>25</sup> Braun forderte die Aufschiebung des Referendums um fünf bis zehn Jahre. Diese Forderung wurde auf Versammlungen der SPD/S etwa seit Oktober 1933 laut. Am 6. Januar 1934 richtete die Partei eine entsprechende Petition an den Völkerbundsrat<sup>26</sup>. Max Braun, der sich in dieser Angelegenheit bereits am 18. Oktober 1933 in Genf mit dem französischen Außenminister Paul-Boncour getroffen hatte, wurde auf internationaler Ebene aktiv. Alle diese Bemühungen führten freilich zu keinem Erfolg. Rat und Sekretariat des Völkerbundes verstanden sich nicht dazu, eine Aufschiebung des Referendums ernsthaft zu erwägen. Dies gilt auch für Frankreich, dessen Haltung zumindest zu Zeiten der Amtsführung Barthous differenzierter war<sup>27</sup>. Das politische Frankreich war offenbar an einer Komplikation der Saarfrage auch nach 1933 nicht interessiert und verfolgte in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, annexionistische Ziele<sup>28</sup>. Frankreich konzentrierte seine Bemühungen auf eine unbedingte Garantie für die Freiheit und Sicherheit der Abstimmung selbst und der Teilnehmer an dem Referendum auch nach dessen Abwicklung. Am 4. Juni 1934 setzte der Völkerbundsrat den Abstimmungstermin definitiv auf den 13. Januar 1935 fest. Die Entscheidung hatte sich lediglich durch die anfängliche Weigerung der Reichsregierung verzögert, die verlangten Garantien für die Rechtssicherheit der Saarländer nach 1935 zu geben, wie sie dann später in dem Römischen Abkommen vom 5. Dezember 1934 niedergelegt wurden. Es blieb abzuwarten, wie weit diese Abmachungen nach einer tatsächlichen Rückgliederung des Saargebietes eingehalten werden sollten.

Mit der Festsetzung des Abstimmungstermins begann der eigentliche Abstim-

<sup>25</sup> *Volksstimme*, Nr. 242, 16. 10. 1933.

<sup>26</sup> Zenner, a. a. O., S. 296.

<sup>27</sup> Kunkel führt aus, daß Frankreich zumindest bis zum Tode Barthous (Barthou war am 9. 10. 1934 ermordet worden) bereit gewesen ist, dem Status quo eine reelle Chance durch eine klare Definition dieses Begriffes zu verschaffen: Der Völkerbund sollte klarstellen, daß im Falle einer Mehrheit für den Status quo 1. eine demokratische Modifikation des – in seiner Form von den sozialistischen Parteien des Saarlandes immer abgelehnten – Saarstatuts, 2. auf Verlangen der Bevölkerung die Rückkehr nach Deutschland durch eine weitere Abstimmung möglich wäre. Kunkel, a. a. O., S. 67 f.

<sup>28</sup> Selbst die „Association française de la Sarre“ (s. u.), die immerhin durch die politische Entwicklung nach 1933 eine günstige Entwicklung in Hinblick auf ihre Ziele einer Abtrennung der Saar von Deutschland erwartete, sah in der Verschiebung der Abstimmung „une trop grosse entorse du Traité“; *Journal de la Sarre*, Bulletin de l'Association française de la Sarre, 3a, Nr. 17, Febr. 1934, S. 4. Vgl. auch Zenner, a. a. O., S. 300 f.; Kunkel, a. a. O., S. 58 ff.



mungskampf der gegnerischen Parteien. Für Sozialdemokraten und Kommunisten bedeutete die Entscheidung des Völkerbundes ein Scheitern der bisherigen politischen Bemühungen, das vor allem für Max Braun angesichts seiner Aktivitäten und deren unbestreitbarer Resonanz in internationalen Kreisen eine große Enttäuschung gewesen sein muß.

Die KPD/S ihrerseits hatte nach der Machtergreifung Hitlers den Kampf gegen den Nationalsozialismus zunächst unter die Parole „Rote Saar in einem Sowjet-Deutschland“ gestellt und griff zugleich die Regierungskommission des Völkerbundes im Saargebiet, den Völkerbund selbst und Frankreich als Handlanger des Imperialismus an. Ganz auf der Linie der zu dieser Zeit vorherrschenden ultralinken Taktik der KPD<sup>29</sup> wurden auch die Sozialdemokraten bekämpft, Max Braun und die SPD/S als Wegbereiter des Separatismus und französischen Annexionismus bezeichnet<sup>30</sup>. Neben der Verunglimpfung der SPD/S-Führung von einer strikt nationalen Warte aus bemühte sich die saarländische KP in Erwartung einer revolutionären Ablösung des NS-Regimes durch den Kommunismus um eine Einheitsfront „von unten“, d. h. sie versuchte in klassischer Manier, die „sozialfaschistische“ Führung von der sozialdemokratischen Basis zu isolieren und jene für sich zu gewinnen. Aufgrund des zunehmenden Widerspruches zwischen der KP-Führung und ihrer eigenen Basis, nicht zuletzt aber auch durch die Intervention des ZK der KPD, änderte sich diese Haltung im Lauf des Jahres 1934 allmählich. Die revolutionäre, aber auch forciert nationale Technik begünstigte eine Abwanderungsbewegung von der KPD/S, die vor allem den saarländischen Nationalsozialisten zugute kam<sup>31</sup>, und auf der anderen Seite bildeten sich Ansätze einer spontanen Einheitsfront „von unten“ heraus, die der offiziellen kommunistischen Taktik keineswegs entsprach. SPD/S und KPD/S mit ihren jeweiligen Untergliederungen hatten an der Saar gegen die Nationalsozialisten die Kampforganisationen Eiserner Front (SPD/S) und den sogenannten Massenselbstschutz der Kommunisten ins Leben gerufen; zwischen diesen Organisationen war es auf lokaler Ebene längst zu spontanen gemeinsamen Aktionen gekommen, bevor dazu das Placet der jeweiligen Parteiführung vorlag<sup>32</sup>.

Im ZK der KPD begann der Umdenkungsprozeß etwa im Frühjahr 1934: Sollte sich Deutschland 1935 immer noch unter dem NS-Regime befinden, wollte die KPD für das Referendum die Losung ausgeben, nicht für den Anschluß an Hitler-Deutschland, aber auch nicht „an das Ausbeutungsgebiet des französischen Im-

<sup>29</sup> Zur ultralinken Taktik der KPD vgl. Siegfried Bahne, Die kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 656 ff.

<sup>30</sup> Zit. nach Zenner, a. a. O., S. 279 f.

<sup>31</sup> Um Kommunisten zu gewinnen, wurden die Nationalsozialisten an der Saar offensiv. Kontakte mit führenden KPD/S-Mitgliedern wie dem in der Arbeiterschaft prominenten Landesratsmitglied Reinhard führten zu etlichen KPD/S-Parteiausschlüssen, vgl. Zenner, a. a. O., S. 281.

<sup>32</sup> Kunkel, a. a. O., S. 91; persönl. Auskunft vom 16. Juni 1977.



perialismus“ zu stimmen<sup>33</sup>. Am 7. Mai 1934 heißt es in einer EntschlieÙung des Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale: „Der Kampf, vor allem der KP Deutschlands, um ein selbständiges Saarland und gegen den Anschluß an das Dritte Reich, der Kampf gegen die Rückgliederung ist ... ein Teil des Klassenkampfes.“<sup>34</sup> Anfang Juni schwenkte auch die KPD/S auf den Status-quo-Kurs ein<sup>35</sup>, führte aber zunächst ihre Kampagne gegen die Sozialdemokraten weiter<sup>36</sup>. Nach der Abkehr von der ultralinken Taktik und der Propagierung eines neuen Kurses der Einheitsfront „von unten und von oben“ durch die Kominintern ab Sommer 1934<sup>37</sup> betraute im Pariser Exil das Politbüro der KPD Herbert Wehner, die neue Parteilinie an der Saar durchzusetzen. Die Wehnersche Mission war erfolgreich<sup>38</sup>. Im Juni 1934 übernahm Fritz Pfordt die Führung der saarländischen KP, Ende des Monats kamen die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über die Bildung einer Einheitsfront in Gang. Interessant sind die Ausführungen Max Brauns zur Bildung einer Einheitsfront, die neben den Arbeiterparteien auch bürgerliche Gruppen umfassen sollte, in der Hoffnung offenbar auf eine mögliche Verbindung mit der katholischen Opposition eher ein Volksfrontaufruf<sup>39</sup>. Am 4. Juli 1934 erfolgte der Aufruf zur geeinten „Freiheitsfront“ mit den Unterschriften von Max Braun und Fritz Pfordt<sup>40</sup>. Auf der ersten Massenkundgebung der Freiheitsfront in Sulzbach am 26. August 1934 formulierte Braun die programmatischen Forderungen:

„Weitgehende Selbstbestimmung und Mitwirkung des Saarvolkes im Rahmen der vom Völkerbund garantierten Verfassung. Der Status quo ist also nicht die Verlängerung der Regierung des aufgeklärten Absolutismus [der Völkerbund-

<sup>33</sup> Gestapobericht über eine ZK-Sitzung vom 4. 2. 1934 in Saarbrücken; zit. nach Zenner, a. a. O., S. 280 f., Anm. 173.

<sup>34</sup> Zit. nach Kunkel, a. a. O., S. 92.

<sup>35</sup> Am 6. Juni 1934 verkündete Gustav Regler auf einer Kundgebung der saarländischen KP: „Bildet Kampfkomitees gegen die Rückgliederung. Bildet Kampfkomitees in allen Betrieben, in allen Wohnvierteln, und Dörfern. Schlagt Hitler an der Saar im revolutionären Gleichschritt mit dem gesamten deutschen Proletariat“ (*Arbeiterzeitung*, 4. 6. 1934).

<sup>36</sup> Vgl. *Arbeiterzeitung* vom 8. 6. 1934: „Ist so die Status-quo-Konzeption der Sozialdemokratie eine dürrtfige Maske der Vorspanndienste für die imperialistischen Kriegsziele, so ist unsere kommunistische Stellungnahme zur Abstimmung im Saargebiet von dem Bestreben geleitet – unter Berücksichtigung der realen Klassenkämpfe an der Saar – die für den Augenblick relativ günstige Position, d. h. den ‚Status quo‘ auszunützen im Kampf gegen den drohenden imperialistischen Massenwahn.“ [Im Original gesperrt]

<sup>37</sup> Vgl. Siegfried Bahne, Zur Vorgeschichte der Volksfront, Die kommunistische „Einheitspolitik“ gegenüber den Sozialdemokraten in den Jahren 1933–1935, in: *Zeitschrift für Politik* 7 (1960), S. 168–178.

<sup>38</sup> Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 28, 4. 7. 1977 („Wehners Traum von der Einheit“); ebenso: Herbert Wehner, *Erinnerungen* 1946, o. O. 1946, S. 68 ff. (hektogr. Ms. im Inst. f. Zeitgeschichte u. a. Archiven).

<sup>39</sup> Rede Max Brauns im Saarländischen Landesrat am 28. Juni 1934, zit. nach Zenner, a. a. O., S. 304.

<sup>40</sup> Veröffentlicht in: *Volksstimme und Arbeiterzeitung* vom 4. 7. 1934.



Regierungskommission] durch eine ausländische Regierungskommission im Auftrage des Völkerbundes.

Die Möglichkeit einer neuen Entscheidung über das Saargebiet bei veränderten allgemeinen und besonderen Interessen. Festlegung dieser Möglichkeit in der endgültigen Verwaltungsordnung des Saargebietes, die nach § 35 Abs. a des Saarstatuts gemäß den allgemeinen und besonderen Interessen des Saargebietes festgelegt werden soll.<sup>41</sup>

Die Freiheitsfront<sup>42</sup> entwickelte in den Monaten nach ihrer Gründung eine intensive Propaganda- und Versammlungstätigkeit. Die herausragende Persönlichkeit in dieser Kampagne war zweifellos Max Braun<sup>43</sup>. Neben ihm sind aus dem Zusammenhang des SPD/S vor allem die Volksstimme-Redakteure Johann Pitz<sup>44</sup> und Georg Schulte<sup>45</sup> zu nennen. Besonders bedeutsam für die Tätigkeit der Frei-

<sup>41</sup> *Deutsche Freiheit*, 28. 8. 1934, zit. nach Kunkel, a. a. O., S. 97.

Weitere Programmpunkte waren:

- „– Angemessene Beteiligung des Saargebietes am Besitz der Saargruben ...
- Planwirtschaftliche ... Regelung für eine gesunde Weiterentwicklung des Saargebietes ...
- Planvolle Hebung der Kaufkraft der Massen ... Volle staatliche Garantie für Renten und Pensionen.
- Garantie vollkommener Koalitionsfreiheit für alle Arbeiter und Angestellten; Anerkennung ihres Rechts auf Verteidigung ihrer Interessen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln; Schutz der Gewerkschaften gegen jeden von außen kommenden Druck. Nichtanerkennung der gelben Gewerkschaften, auch der politisch getarnten. Modernes Tarif- und Arbeitsrecht, Ausbau des gesamten sozialen Arbeitsrechts.
- Aufnahme einer vom Völkerbund garantierten Anleihe.
- Unabhängige Rechtsprechung, Verwaltungsreform.
- ... Ausbau des Bildungswesens ... Schaffung einer Saarakademie.
- Freiheit der politischen Gesinnung und Betätigung im Rahmen der Gesetze.“

<sup>42</sup> Der Freiheitsfront gehörten neben den genannten Arbeiterparteien mit all ihren Neben- und Untergliederungen auch die frankophilen Organisationen Saarländische Wirtschaftsvereinigung (SSV) und Saarländische Sozialistische Partei (SSP) an, auf die später noch gesondert einzugehen sein wird.

<sup>43</sup> Braun, geb. 1892 in Neuß/Rheinland, war ursprünglich Volksschullehrer. Nach Teilnahme am 1. Weltkrieg seit 1919 journalistisch und kommunalpolitisch für die SPD tätig, 1920 Fraktionsführer im Neußer Stadtrat; 1925 ging er nach Saarbrücken und wurde Chefredakteur des SPD/S-Organs *Volksstimme*. 1925 2. Vorsitzender, 1928 1. Vorsitzender der saarländischen Sozialdemokraten; 1932 bis zu seiner Emigration Mitglied des Saarländischen Landesrates. Braun, der auch publizistisch sehr einflußreich war – 1933–35 Chefredakteur auch der *Deutschen Freiheit* –, war vor 1935 der mit Abstand bedeutendste sozialistische Politiker an der Saar. Er gehörte zu den von den Nationalsozialisten am meisten gehaßten Männern der „Systemzeit“ und entging am 15. Dezember 1933 nur knapp einem nationalsozialistischen Attentatsversuch; BHB-Archiv.

<sup>44</sup> Pitz (1883–1965) stammte aus Dudweiler/Saar, wo er zu den Mitbegründern der SPD gehörte; 1923–33 Mitglied des Gemeinderates in Dudweiler, zugleich Mitglied des Kreistages Saarbrücken-Land; BHB-Archiv.

<sup>45</sup> Georg Schulte (1903–1976) verbrachte den größten Teil seiner Schulzeit in Luxemburg und kam nach dem 1. Weltkrieg mit seiner Familie nach Trier, wo der Vater die Leitung eines Elektrizitätswerkes übernahm. Die Familie war sozialdemokratisch eingestellt und der



heitsfront und die Intensität ihrer Kampagne für die Beibehaltung des Status quo wurde jedoch das Engagement reichsdeutscher Emigranten im Saarland und ihre Integration in den Saarkampf der sozialistischen Parteien. Aus dem Kreis um die *Volksstimme* ist hier vor allem noch der Bruder von Max Braun, Heinz Braun<sup>46</sup>, anzuführen, der 1933 nach seiner Flucht ins Saarland verantwortlicher Redakteur des Parteiorgans der SPD/S wurde, sowie Max (Moritz) Hofmann<sup>47</sup>.

Die aufgrund des bereits angesprochenen Dilemmas zwischen der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und dem grundsätzlichen Wunsch nach Wiedervereinigung der Saar mit dem Reich ohnehin schwierige Politik der Freiheitsfront wurde durch die Haltung der saarländischen Gewerkschaften im Abstimmungskampf noch zusätzlich erschwert. Die christlichen Gewerkschaften waren bereits am 30. Oktober 1933 unter Führung von Peter Kiefer in der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront Saar aufgegangen<sup>48</sup>. Aber auch die Freien Gewerkschaften konnten bei aller erklärten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und trotz ihrer engen politischen und personellen Verbindung mit der SPD/S nicht für den Kampf um den Status quo gewonnen werden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Saar propagierte die Rückgliederung der Saar unabhängig von dem politischen Geschehen in Deutschland<sup>49</sup>. Diese Position vertrat vor allem der Bezirksleiter des saarländischen Bergarbeiterverbandes, Julius Schwarz, obwohl bis

---

junge Schulte stieß sehr früh zur SPD. Zuerst Redakteur an der sozialdemokratischen *Volks-wacht* in Trier, lernte er anlässlich einer Parteiversammlung Max Braun kennen, der ihn nach Saarbrücken an die *Volksstimme* holte; pers. Auskunft Robert Schulte 13. Juni 1977.

<sup>46</sup> Heinz Braun (1883–1962) stammte ebenfalls aus Neuß und war wie sein Bruder ursprünglich Volksschullehrer. Nach Ablegung des Externenabiturs studierte er, unterbrochen durch Teilnahme am I. Weltkrieg, Philologie und Jura in Bonn und Halle. Nach Ablegung beider juristischer Staatsexamina und Promotion praktizierte er ab 1925 als Rechtsanwalt in Magdeburg. Heinz Braun war Mitglied des Bundesvorstandes und Syndikus des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. Als engagierter Anwalt in politischen Prozessen wurde er besonders bekannt durch seine Verteidigung im sogenannten Kölling-Haas-Prozeß, der in seiner antisemitischen Tendenz in die Weltpresse einging (siehe die Schilderung des Falles Haas in dem Buch von Heinz Braun, *Am Justizmord vorbei*, Vorw. Gustav Radbruch, Magdeburg 1928; vgl. auch Ernst Thape, *Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold*, Hannover 1969, S. 76–80. Basierend auf dem Buch von Braun wurde 1948 der Defa-Film „Die Affäre Blum“, Regie: Erich Engel, Buch: R. A. Stemmle, gedreht). Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme vorübergehend in Haft, ging er anschließend in die Emigration.

<sup>47</sup> Hofmann war vor 1933 Gauvorsitzender des Reichsbanners in Chemnitz und wurde 1933 2. Bundesführer. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme emigrierte er im Mai 1933 zunächst nach Frankreich; in Verbindung mit dem ebenfalls geflohenen Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Karl Höltermann, versuchte er bei Kontaktreisen zu sozialdemokratischen Organisationen in Belgien, Holland, England und Skandinavien das Reichsbanner im Exil neu zu organisieren. Mai 1934 wurde er dann nach dem nationalsozialistischen Versuch, die *Volksstimme* auszuschalten, deren neuer Geschäftsführer; BHB-Archiv.

<sup>48</sup> Zenner, a. a. O., S. 288 ff.; Kunkel, a. a. O., S. 38 ff. Kiefer gehörte zur Landesleitung der Deutschen Front, s. u., S. 492.

<sup>49</sup> *Volksstimme*, 1. April 1933; ebenso Kunkel, a. a. O., S. 79 f. u. 99 f.



1935 auch Zweiter Vorsitzender der SPD/S. Die Entscheidung für eine Rückgliederung selbst an ein nationalsozialistisches Deutschland wurde auch von dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar, Fritz Dobisch, seit 1930 zugleich sozialdemokratischer Stadtverordneter in Saarbrücken, mitgetragen<sup>50</sup>.

Um so bedeutsamer war die Tatsache, daß eine so wichtige Funktion wie der Vorsitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes Saar durch einen antifaschistischen Emigranten, nämlich Max Bock, eingenommen wurde, der bereits vor seiner 1935 erfolgten Emigration eine besondere Rolle in der saarländischen Arbeiterbewegung gespielt hatte<sup>51</sup>. Bock vertrat innerhalb der saarländischen Freien Gewerkschaften rigoros die Beibehaltung des Status quo für die Saar und setzte sich damit in scharfen Widerspruch zur Haltung der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar.

Ein weiterer führender saarländischer Gewerkschafter, der von der Linie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar abwich und sich im Abstimmungskampf für den Status quo einsetzte, war Richard Kirn, Bezirksleiter des Sulzbachtales und Rechtsschutzsekretär des saarländischen Bergarbeiterverbandes. Kirn, 1902 in Schiffweiler/Saar geboren, war ursprünglich selbst Bergmann und gehörte als Leiter des sogenannten Agitationsbezirkes Sulzbach seit 1927 auch dem SPD/S-Landesvorstand an. Wie Max Braun vornehmlich auf internationalem diplomatischem Terrain, war auf gewerkschaftlicher Seite vor allem Richard Kirn bestrebt, den Abstimmungskampf in einen internationalen Kontext einzufügen; er verfügte über ausgezeichnete Verbindungen u. a. zu Walter Schevenels vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der französischen Confédération Géné-

<sup>50</sup> Vgl. Aufruf des ADGB vom 7.11.1934, Auszug bei Kunkel, a. a. O., S. 145 f. Dobisch mußte trotzdem am 17. 2. 1935 nach Luxemburg emigrieren. Nach Kriegsausbruch und dem Einmarsch der deutschen Truppen verhaftet, fand er am 7. 7. 1941 in einem Konzentrationslager einen gewaltsamen Tod; BHB-Archiv.

<sup>51</sup> Max Bock (1888–1955) stammte aus Thüringen und war gelernter Schmied. Ab 1907 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). Nach Teilnahme am I. Weltkrieg, in dem er verwundet und ausgezeichnet wurde, begann er nach Kriegsende seine gewerkschaftliche Funktionärslaufbahn; 1919–1921 Gewerkschaftssekretär in Eisenach/Thüringen, nach Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M. Gewerkschaftssekretär in Herborn/Hessen; von dort in gleicher Funktion nach Saarbrücken, wo Bock zugleich dem Landesvorstand der SPD/S angehörte; ab 1928 wieder in Frankfurt/M., war er weiterhin zuständig für das Saargebiet. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme durch die DAF seiner Funktionen enthoben, kehrte Bock wieder nach Saarbrücken zurück und wurde am 15. 6. 1933 Vorsitzender des DMV Saar. Bock emigrierte nach der Rückgliederung des Saargebietes 1935 nach Luxemburg, wo er in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG), Heinrich Schliestedt, den ADG-Landesverband Luxemburg organisierte. Nach Einmarsch der deutschen Truppen Juni 1940 festgenommen, am 1. Juli 1941 durch den Volksgerichtshof zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, bis 1945 in den KL Buchenwald und Neuengamme; auf der ersten Landeskongress der IG Metall Hessen nach dem Krieg zum 1. Vorsitzenden gewählt, 1950–53 Mitgl. des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG Metall, 1950–53 MdL Hessen (SPD); BHB-Archiv.



rale du Travail (CGT). Auf der Seite der aktiven Rückgliederungsgegner stand auch Heinrich Wacker, der nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften im Reich Mai 1933 als Bezirksleiter des Werkmeisterverbandes Saar entlassen worden war<sup>52</sup>.

Unter den vielen saarländischen Sozialdemokraten, die sich im Abstimmungskampf exponierten, sind noch Dr. Walter Sender und Eduard Lehmann zu nennen. Beide waren auch als Rechtsanwälte für die Freiheitsfront tätig. Dr. Sender war vor 1932 Fraktionsvorsitzender der SPD/S im saarländischen Landesrat und ein bekannter Anwalt der Linken in Prozessen gegen die aufkommenden Nationalsozialisten. Zusammen mit dem SPD/S-Vorstandsmitglied Lehmann erhielt er im Reichstagsbrandprozeß den Rechtsvertretungsauftrag von Dimitroff und Torgler, der jedoch mit der Begründung abgelehnt wurde, beide könnten als Saarländer keine juristische Vertretung am Reichsgericht übernehmen. Sender und Lehmann nahmen daraufhin an dem sogenannten Reichstagsbrand-Gegenprozeß in London teil.

Beim Aufbau der Einheitsfront mit den Kommunisten war nicht zuletzt auch der Vorsitzende der saarländischen Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) von Bedeutung: Ernst Braun diente später als Major im Thälmann-Bataillon der XII. Internationalen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg und war aktiv in der im Exil fortgeführten Einheits- bzw. Volksfrontbewegung<sup>53</sup>.

In der KPD/S spielten Flüchtlinge aus dem Reich eine größere, aber auch anders geartete Rolle als bei der SPD/S. Es handelte sich dabei weniger um individuelle als vielmehr um von der Zentrale gesteuerte Einsätze. Saarbrücken wurde bald zu einem Zentrum der illegalen Tätigkeit der KPD, hier wurden eine sogenannte „Durchgangsstelle“ und ein „Reichstechnikum“ eingerichtet; Emigranten übernahmen wichtige Funktionen innerhalb der KPD-Bezirksleitung Saar<sup>54</sup>. Den-

<sup>52</sup> Wacker stammte aus Aalen/Württemberg und war nach Teilnahme am I. Weltkrieg an die Saar gekommen. 1922 wurde der sehr früh im DMV organisierte Werkzeugmacher Geschäftsführer des saarländischen Werkmeisterverbandes, 1930 auch Vorsitzender des AFA-Bezirkstells Saar; 1930–1934 Mitglied der Arbeitskammer des Saargebietes, ab 1932 Mitglied des SPD/S-Bezirksvorstandes. 1935 bis zu seiner Emigration nach Frankreich im Januar 1935 führte er den Schutzbund in Saarbrücken.

<sup>53</sup> Ernst Braun ging nach 1945 in die SBZ bzw. DDR; dort wurde er später mit der Hans-Beimler-Medaille ausgezeichnet; vgl. Pasaremos, *Deutsche Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes*, hrsg. von der Militärakademie Friedrich Engels, Berlin 2. Aufl. 1970.

<sup>54</sup> Vgl. Matthias/Morsey, *Ende der Parteien*, a. a. O., S. 738; ebenso Zenner, a. a. O., S. 280. Unter den Funktionären, die den Unterbezirksleitungen der saarländischen KP beigegeben wurden, waren: Erich Gentsch, früher Gewerkschaftssekretär der Partei in Berlin-Brandenburg; Max Reimann, Funktionär aus dem Ruhrgebiet; Bruno von Salomon, ein Bauernpropagandist aus der Landvolkbewegung Norddeutschlands; Heinrich Maass aus Hamburg; der Bergarbeiterfunktionär Alfred Zeidler aus dem Ruhrgebiet. Reinhardt (d. i. A. Abusch), Glückauf und Bertram wurden in der Redaktion des KPD/S-Organs *Arbeiterzeitung* eingesetzt; 1933/34 leitete Hans Knodt die vom Polithüro herausgegebene illegale *Rote Fahne*; Paul Dietrich und Lex Ende waren in der Redaktion der *Deutschen Volkszeitung* tätig. Nach-



noch spielten in diesem zentral geleiteten Kampf gegen den Nationalsozialismus Saarländer selbst bzw. Personen, die wie z.B. Max Braun seit vielen Jahren im Saargebiet beruflich und politisch arbeiteten, eine wichtige Rolle. Zu verweisen ist hier vor allem auf Philipp Daub<sup>55</sup>, auf Josef (Sepp) Wagner, der nach Errichtung der sogenannten operativen Grenzstelle Saarlouis im Jahre 1934 einer der Organisatoren der westlichen Grenzarbeit wurde<sup>56</sup>, sowie auf Otto Niebergall, Heinrich Sommer, Wilhelm Frisch, August Hey und das Ehepaar Lilli und Wilhelm Herrmann, die nach dem Referendum sämtlich emigrieren mußten<sup>57</sup>.

seiner Emigration über Luxemburg ins Saargebiet wurde Robert Bauer Polit-Instrukteur für Gewerkschaftsfragen bei der KP-Bezirksleitung Saar.

Als es in Auswirkung der Status-quo-Einheitsfront zwischen SPD/S und KPD/S im Dezember 1934 zum Zusammenschluß der sozialdemokratisch geführten freien und der kommunistischen Bergarbeitergewerkschaften an der Saar kam, spielte der 1933 ins Saargebiet emigrierte Gustav Sobottka eine wichtige Rolle. Sobottka (1886–1953) war Mitglied der Reichsleitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO); 1928–35 Leiter des Sekretariats des „Internationalen Komitees der Bergarbeiter“ (bis 1933 Sitz in Berlin, dann Saarbrücken bzw. Paris), wurde im April 1934 Vorsitzender der Internationalen Konferenz der Bergarbeiter in Saarbrücken, beteiligt am Zustandekommen der 2. Internationalen Bergarbeiterkonferenz in Lille Sept. 1934; 1935 Flucht nach Frankreich, im gleichen Jahr in die UdSSR. Funktionär der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI), 1941 Kooptation ins ZK der KPD, einer der führenden Repräsentanten der KPD-Emigration in der UdSSR, 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland. 6. 5. 1945 Rückkehr nach Pommern als Leiter der sog. 3. Initiativ-Gruppe (Sobottka), KPD-Landesleiter Mecklenburg; später führender SED-Funktionär auf dem Wirtschaftssektor.

Die wichtigste Funktion hatte 1934/35 nach Fritz Pfordt selbst Anton Switalla (1896–1970) inne, ein Funktionär aus Hamburg. Switalla war mit Herbert Wehner maßgeblich am Zustandekommen der Einheitsfront beteiligt; Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, danach in der UdSSR; Mai 1945 Rückkehr in die SBZ als Mitglied der Initiativgruppe Gustav Sobottka; später Generalmajor und Chefinspekteur der Volkspolizei; vgl. Wehner, a. a. O., S. 68 ff.; ebenso BHB-Archiv.

<sup>55</sup> Daub, geb. 1896 in Saarbrücken, war Metallarbeiter und ab 1918 gewerkschaftlich organisiert, ging 1921 von der USPD zur KPD, wurde 1923 Stadtverordneter in Saarbrücken und arbeitete ab 1924 als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär; ab 1927 im KPD-Apparat tätig, zunächst Organisationsleiter und 1928 Politischer Leiter des Bezirks Saar; nach dem XII. Parteitag im Juni 1929 ZK-Kandidat, ab April 1931 Politischer Leiter des KPD-Bezirks Hessen. Im gleichen Jahr wurde Daub in den Reichstag gewählt; nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Mitglied der illegalen KPD-Landesleitung, 1934 ins Saargebiet delegiert, wo er am Abstimmungskampf teilnahm; BHB-Archiv.

<sup>56</sup> Der Bergmann Josef Wagner stammte aus Lockweiler bei Wadern. Ab 1924 als KPD-Funktionär tätig, wurde er 1928 Kreistagabgeordneter für Merzig-Wadern; 1931 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Saar. Wagner war repräsentativ für den Typus des saarländischen Grubenarbeiters, der durch Arbeit sowohl in deutschen wie auch französischen Zechen des Grenzlandes gute Kontakte zu französischen Bergarbeitern und der CGT hatte – ein Umstand, dem bei der illegalen Arbeit nach 1935 große Bedeutung zukam; BHB-Archiv.

<sup>57</sup> Biographische Notiz Otto Niebergall s. Anm. 190. Heinrich Sommer, geb. 1895 in Heiligenwald, war Mitglied der KPD-Bezirksleitung Saar und des Bezirksvorstandes des saarländischen Eisenbahnerverbandes, 1932–1935 Mitglied des Saarländischen Landesrates.

Wilhelm Frisch (1891–1940) stammte aus Wemmetsweiler und war Funktionär des saar-



## 2.

Zwar außerhalb der eigentlichen Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten stehend, waren die in den frankophilen Gruppen Saarländische Wirtschaftsvereinigung (SWV) und Saarländische Sozialistische Partei (SSP) organisierten Anschlußgegner mit diesen Parteien in der Freiheitsfront verbunden, die damit als eine Art Dachorganisation fungierte. Die frankophile Bewegung an der Saar stand in direktem Verhältnis zur Politik Frankreichs in dieser Region und konnte auf eine längere historische Tradition zurückblicken. Das während der Amtszeit Barthous für ein von nationalsozialistischer Herrschaft freies Saargebiet benevolent eintretende Frankreich hatte in den ersten auf den Versailler Vertrag folgenden Jahren eine durchaus imperialistische Haltung eingenommen, die bis hin zu offenen Annexionsbestrebungen reichte<sup>58</sup>. Die Gruppe von Saarländern,

ländischen Bergarbeiterverbandes; Leiter der RGO (Bergarbeiter) bis zu deren Rückführung in den ADGB 1934. S. u., S. 517.

Der Bergmann August Hey stammt aus Dudweiler, 1932–35 KPD-Landesratsabgeordneter. Lilli (Luise) Herrmann aus Wiebelskirchen (1904–1971) gehörte ebenfalls ab 1932, dem Jahr, in dem die KPD/S einen beachtlichen Wahlerfolg erzielt hatte, der KPD-Fraktion des Saarländischen Landesrates an. Ihr Ehemann Wilhelm Herrmann (1897–1945) war Mitglied der KPD-Bezirksleitung Saar; BHB-Archiv.

<sup>58</sup> Diese Tendenzen gehen zurück bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts, als Ludwig XIV. gemäß der Doktrin Richeliens vom Rhein als natürlicher Grenze Frankreichs 1673 erstmals die Saargegend besetzte; nach dem Urteil der 1669 in Metz errichteten „Réunions-Kammer“ wurde sie zu einer französischen „Province de la Sarre“ ernannt. Diese Entwicklung wurde durch den Frieden von Ryswijk 1667 wieder rückgängig gemacht, als Enklave blieb allein die 1630 von Vauban errichtete Festung Saarlouis mit näherer Umgebung bei Frankreich. Kurz vor der Wende zum 19. Jahrhundert fielen dann die französischen Revolutionsheere in Deutschland ein, ein Teil der eroberten Gebiete wurde das „Département Sarre“ mit Sitz in Trier (ein Gebiet, welches das heutige Saarland umfaßte unter Ausschluß des zu Lothringen geschlagenen Saarlouis und von Saargemünd bis zur Ahr bzw. Eifel reichte). Nach einundzwanzig Jahren französischer Herrschaft kam das Gebiet durch den Ersten Pariser Frieden am 30. Mai 1814 an deutsche Länder zurück. Dennoch erreichte Talleyrand gegenüber der Ausgangslage von 1792 im Saargebiet eine Grenzerweiterung, die Saarbrücken und das Kohlegebiet des Sulzbachtales betrafen. Diese neue Entwicklung, gegen die vor allem die Saarbrücker Bürgerschaft opponierte, wurde dann durch den Zweiten Pariser Frieden vom 30. November 1815 wieder rückgängig gemacht, die genannten Territorien einschließlich Saarlouis kamen zu Preußen. Vor diesem historischen Hintergrund französischer Präsenz an der Saar, die machtpolitisch motiviert war (weniger sicherheitsbedürftig und – aufgrund der noch in den Anfängen steckenden wirtschaftlichen Entwicklung des Saarreviers – auch nicht ökonomisch interpretierbar), ist das Wiederaufleben von Annexionswünschen französischer Kreise nach Ende des I. Weltkrieges zu sehen. „A la fin de 1918 la question sarroise se présente, en France, comme une revendication d'ordre purement nationaliste: la France désire récupérer ses anciennes frontières de 1792 et de 1814 qui englobaient, en superficie, à peu près le tiers de ce qui allait devenir le Saargebiet“ – so formulierte es Robert Herly, einer der Wortführer der 1928 gegründeten Association française de la Sarre.

Die französische Pressure-group, die solche direkten Anschlußgedanken propagierte, hatte ursprünglich unter der Schirmherrschaft des Commandant Lanrezac eine Société des Amis de la Sarre gegründet, die französische Parlamentarier für das Saargebiet interessieren



die solche Bestrebungen unterstützte, im allgemeinen Sprachgebrauch „frankophil“ genannt, kam zu einem großen Teil aus dem Raum Saarlouis, der Stadt, die bezeichnenderweise über hundert Jahre französisches Gebiet gewesen war. Als Beispiel für eine Familie aus diesem Teil des Saargebietes, die als Saarländer in ihrem nationalen Selbstverständnis zwischen Deutschland und Frankreich standen, kann die Familie des in Saarlouis ansässigen Arztes Dr. Jakob Hector gelten. Hector, geboren 1872 in Pachten, stammte aus einer kinderreichen katholischen Bauernfamilie, die noch heute in der Region ansässig ist. Nach dem Medizinstudium ließ er sich als praktischer Arzt in Saarlouis nieder. Als nach Ende des Ersten Weltkrieges der Bürgermeister von Saarlouis, Dr. Gilles, aufgrund seiner oppositionellen Haltung gegenüber der französischen Besatzungsmacht aus dem Saargebiet ausgewiesen wurde, übernahm Jakob Hector nach Intervention des französischen Befehlshabers General Andlauer am 13. Mai 1919 dieses Amt<sup>59</sup>. Der neue Bürgermeister forderte u. a., Saarlouis zur neuen Hauptstadt des Saargebietes zu machen; die Stadt wurde danach immerhin Sitz des Oberlandesgerichts. Dr. Hector wurde dann am 23. April 1920 als Nachfolger von Alfred von Boch Mitglied der Regierungskommission des Völkerbundes und übernahm das Ressort Landwirtschaft, Wohlfahrt- und Gesundheitswesen. Aufgrund eines Antrags der politischen Parteien des Saargebietes wurde dieses Mandat 1923 nicht mehr erneuert; die frankophile Haltung Hectors hatte zu Protesten geführt, bis zuletzt der Konflikt vor Gericht ausgetragen und Hector in einen politischen Meineidsprozeß verwickelt wurde, der auf Intervention des Präsidenten der Regierungskommission aber ausgesetzt wurde.

Jakob Hector stellte später den Antrag auf französische Staatsbürgerschaft (naturalisation) und wurde am 25. Februar 1930 mit seinen beiden Kindern, Edgar, geboren 1911, und Marie-Louise, geboren 1906 in Saarlouis, eingebürgert<sup>60</sup>. Dr.

sollte. Eine Annexion der linken Saarseite (ohne Saarbrücken) wurde u. a. auch sicherheitspolitisch begründet: Eine solche Lösung versperre künftigen nationalistischen Forderungen Deutschlands den Weg zum Elsaß. Der militärische Exponent solcher Forderungen war der Befehlshaber der französischen Saar-Besatzungstruppen; General Andlauer, dessen Bestrebungen auf eine „pénétration culturelle et pacifique“ der Region hinausliefen. Nichtsdestoweniger stießen solche direkten Annexionsbestrebungen auf den Widerstand amtlicher politischer Kreise in Frankreich. Herly führte seit 1925 seinen Ideenfeldzug in der französischen Presse unter dem Pseudonym Jean Revire weiter. Die Association française de la Sarre bestand dagegen nach ihrer Gründung 1928 ununterbrochen weiter und sollte nach 1944 – mit Andlauer als Vorsitzendem – wieder verstärkt in Erscheinung treten. – Vgl. Helmut Hirsch, Die Saar vor Genf, a. a. O. (hier abgedruckt das Dokument „Le mouvement francophile en Sarre“ von Robert Herly, S. 92–96); einen „Abriß der historisch-politischen und wirtschaftlich-industriellen Entwicklung“ des Saargebiets bis zum I. Weltkrieg bringt Schmidt, Saarpolitik I, a. a. O., S. 41 ff.

<sup>59</sup> Dr. Hector amtierte als Kommissarischer Bürgermeister bis zum 1. 3. 1920; BHB-Archiv.

<sup>60</sup> Von den beiden übrigen Kindern Arno und Kurt, geboren ebenfalls in Saarlouis am 9. 5. 1906 und 12. 4. 1908, erhielt Arno, der heute als Chirurg in Rouen lebt, bereits 1928 die französische Staatsbürgerschaft. Kurt H. lebt als Arzt in Saarbrücken. Die französische Staatsangehörigkeit des Dr. Hector war keine Ausnahme. Nachdem 1927 in Frankreich ein



Hector gehörte am 21. Oktober 1933 in Saarlouis zu den Mitbegründern der Saarländischen Wirtschaftsvereinigung, der wohl bedeutendsten frankophilen Gruppe an der Saar, und war bis zu seiner Emigration 1935 deren Vorsitzender. Gründungsmitglieder waren außerdem Dr. Marx, Dr. Feien, der Journalist Damde, Peter Hoffmann, der katholische Pater Dörr, Karl Münster und der Bergwerkssekretär Feist. Die Saarländische Wirtschaftsvereinigung (SWV) verstand sich als überparteiliche Organisation zur Abwehr des Nationalsozialismus. Im Abstimmungskampf operierte sie vor allem mit zwei Thesen: Die Rückgliederung an Deutschland bringe große wirtschaftliche Nachteile und sie bedrohe außerdem den Katholizismus<sup>61</sup>.

Die Vereinigung entwickelte große Aktivität: Allein 1934 reichte sie sieben Memoranden an den Völkerbund ein. Obwohl im Abstimmungskampf mit SPD und KPD innerhalb der Freiheitsfront verbunden, war die SWV eindeutig nach Frankreich hin orientiert. Sie erhielt finanzielle Unterstützung von französischer Seite und stand in enger Verbindung mit der Association française de la Sarre. Am deutlichsten artikulierte Edgar Hector die Identifikation dieser Gruppe von in der SWV organisierten Saarländern mit den Zielen der Association, die zumindest den Anschluß des Gebietes links der Saar an Frankreich anstrebten<sup>62</sup>. Es gebe eine französische Minderheit an der Saar, schreibt der Sohn Jakob Hectors im November 1934 im Organ der Association, die Frankreich nicht das Recht gebe, „auch nur einen Fußbreit französischen Bodens (an der Saar) aufzugeben“<sup>63</sup>. Edgar Hector hatte eine Jesuitenschule in Metz besucht und studierte nach dem Abitur Rechtswissenschaften an der Sorbonne in Paris. Nachdem er durch den Vater die

Gesetz verabschiedet worden war, das die Naturalisation speziell von Saarländern ermöglichte, kam es bis 1935 vor allem aus der Region Saarlouis zu einer beachtlichen Anzahl von Anträgen, denen zum größten Teil stattgegeben wurde. Die von der Association française de la Sarre genannte Zahl von etwa 5000 Einbürgerungen von Saarländern, die nicht nachprüfbar war, scheint dennoch entschieden zu hoch gegriffen (Herly, a. a. O.). Ernst Kunkel spricht von meist kinderreichen Familien, die bevorzugt wurden, zum einen den sogenannten „Speckfranzosen“, zum anderen aber auch Leuten, deren vorsorgliche Zuflucht in Frankreich durch die politische Entwicklung an der Saar nach 1933 bewirkt worden sei. Interessant die Anmerkung Kunkels, daß dieser Personenkreis „in Wiedergutmachungssachen zu den Prügelknaben der saarländischen Gerichte und Behörden gehört“ (Kunkel, a. a. O., S. 70).

<sup>61</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden zit. PA), Abt. II, Besetzte Gebiete: Saargebiet, Politische Parteien, Bd. 6–13 mit Berichten über die SWV und ihre Aktivitäten. Ebenso Zenner, a. a. O., S. 314 f.

Von den Gründungsmitgliedern der SWV mußten außer Dr. Hector nach der Rückgliederung des Saargebietes auch Pater Dörr und Karl Münster emigrieren. Pater Dörr war Mitglied des Steyler Missionsordens und lange Jahre in China gewesen. Er wurde im französischen Exil später verhaftet und fand den Tod. Münster war reichsdeutscher Emigrant, der 1933 an die Saar gekommen war und 1935 ebenfalls nach Frankreich flüchtete. Pers. Auskunft Edgar Hector.

<sup>62</sup> Vgl. Herly, in: Hirsch, a. a. O., S. 92 ff.

<sup>63</sup> *Journal de la Sarre*, Bulletin de l'Association Française de la Sarre, 3a, Nr. 26 bis, Nov. 1934.



französische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, leistete er 1932/33 in Frankreich seinen Militärdienst ab. Als nach dem Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland mit dem Placet der französischen Regierung, d. h. vor allem Paul-Boncours – so Robert Herly, der sich als ihr Initiator bezeichnet<sup>64</sup> – eine Union franco-sarroise ins Leben gerufen wurde, die die in Frankreich lebenden Saarländer organisatorisch erfassen sollte, wurde der noch junge Edgar Hector ihr stellvertretender Vorsitzender. Er entfaltete eine rege Propagandatätigkeit, in der er als Bürger von Saarlouis für den Anschluß dieser Region an Frankreich eintrat. Bemerkenswert ist seine spätere Berufung in das 1936 von der Volksfrontregierung Léon Blum eingerichtete saarländische Flüchtlingskomitee Office Sarrois<sup>65</sup>.

Parallel zur SWV, die vor allem auf den Raum Saarlouis beschränkt war, agierte die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung saarländischer Interessen, eine Nachfolgeorganisation des Saarbundes, offiziell Zentralverband der Saarbergleute. Der Saarbund entstand 1920 in Zusammenhang mit der Einführung der Franc-Währung in den in französischen Besitz übergegangenen saarländischen Kohlengruben; seine Gründung steht zugleich in Zusammenhang mit linksradikalen Strömungen in USP und KPD, die zu dieser Zeit in die Bergarbeiterschaft hineingetragen wurden. Diese Kräfte benutzten den Umstand, daß die neuen Franc-Löhne der Bergarbeiter damals im Wertmaßstab der Mark eine erhebliche Steigerung darstellten, als Hebel gegen die christlichen Gewerkschaften und für die Loslösung der Saararbeiterschaft auch von den freien Gewerkschaften, was aufgrund der vorbehaltlosen Unterstützung materieller Interessen auch durchaus Resonanz in der Bergarbeiterschaft fand. Dafür unterstützten radikale Gewerkschafter in ihrer sozialrevolutionären Zielsetzung Politik und Maßnahmen der französischen Besatzungsmacht und der Regierungskommission; sie distanzierten sich von allen übrigen Parteien, die als bürgerlich und nationalistisch charakterisiert wurden<sup>66</sup>. Diese Bewegung, die sich während des sogenannten Hundert-Tage-Streiks von 1923 zum größten Teil auflöste, war weitgehend identisch mit dem Saarbund, dessen erster Geschäftsführer Walter Gebelein war, der, nach Kriegsende aus der Emigration zurückgekehrt, auch in der frankophilen Bewegung nach 1945 noch eine Rolle spielen sollte.

Im Zusammenhang mit diesen frankophilen Versuchen einer linksradikalen Beeinflussung der saarländischen Bergarbeiterschaft kam es 1922 auch zu dem Parteiausschluß des Vorsitzenden der saarländischen KPD Max Waltz<sup>67</sup>, der später

<sup>64</sup> Hirsch, a. a. O., S. 94.

<sup>65</sup> S. unten, S. 515.

<sup>66</sup> Vgl. Zenner, a. a. O., S. 191 ff.; ebenso Hirsch, a. a. O., S. 28 ff.

<sup>67</sup> Max Waltz (auch Walz), geb. 1889, war von der KPD-Zentrale vorgeworfen worden, größere Geldbeträge von der Regierungskommission genommen zu haben, „um den Versuch zu machen, die Politik der Partei in dem von der Saarregierung gewünschten Sinne zu beeinflussen“ (*Arbeiter-Zeitung*, Nr. 114, 7. 6. 1922: „Der Ausschluß von Max Waltz bestätigt“; ebenso *Saarbrücker Zeitung*, Nr. 148, 8. 6. 1922: „Ein politischer Führer im Solde der Saarregierung“). Waltz erscheint später in der vom RSHA vorgenommenen „Erfassung führen-



eine führende Rolle in den beiden übrigen frankophilen Splittergruppen des Abstimmungskampfes spielte – der Saarländischen Sozialistischen Partei (SSP) und der Liga für Menschenrechte. Die SSP vertrat ein sozialrevolutionäres Programm ähnlich wie es 1920 im Zentralverband der Bergleute angeklungen war: Verbesserung der sozial- und arbeitsrechtlichen Lage der Saarbevölkerung, Trennung von Kirche und Staat, Überführung der Saargruben in Volkseigentum etc. Die Liga für Menschenrechte war ebenfalls kommunistisch orientiert. Beide Organisationen hatten einen zwiespältigen Ruf und fanden so gut wie keine Resonanz in der Bevölkerung.

## 3.

Waren all diese politischen Gruppen mehr oder weniger lose in der sogenannten Freiheitsfront organisiert, so spielte die katholische Oppositionsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime, die sich ab 1934 ebenfalls für einen Status quo an der Saar einzusetzen begann, eine publizistische und organisatorische Sonderrolle. Ausgangspunkt für die Entfaltung dieser katholischen Opposition, als deren Exponent Johannes Hoffmann angesehen werden kann, waren der Kampf um die Auflösung der Zentrumspartei und ihr Aufgehen in der Deutschen Front im Oktober 1933 sowie die darauffolgende Gleichschaltung der freien Zentrums Presse<sup>68</sup>. Hoffmann, seit Oktober 1929 Chefredakteur der *Saarbrücker Landeszeitung*, hatte durch seine kritische Haltung gegenüber der „nationalen Revolution“ und der mit ihr verbundenen Aufhebung der Rechtsstaatlichkeit wie auch gegenüber der Kirchenpolitik des nationalsozialistischen Regimes in Berlin Unwillen erregt; als es zum offenen Konflikt mit dem Landesleiter der NSDAP Saar, Spaniol, kam<sup>69</sup> wurde er auf Intervention des Innenministeriums im Februar 1934 entlassen<sup>70</sup>. Seine ursprüngliche Haltung gegenüber den Nationalsozialisten nach deren Machtübernahme war bei aller Kritik vom Willen zu einer positiven Mitarbeit bei der sog. nationalen Neugestaltung Deutschlands getragen. Interessant ist sein Haupt-

---

der Männer der Systemzeit“ (Juni 1933). Nach dieser Quelle emigrierte er 1935 nach Frankreich; IfZ-Archiv, Dc 15.02.

<sup>68</sup> Vgl. Zenner, a. a. O., S. 270–279 und 288–295; Kunkel, a. a. O., S. 103–114; Jacoby, a. a. O., S. 132 f. Die „Deutsche Front“ war der Zusammenschluß der Parteien und Organisationen, die die Eingliederung des Saargebietes in das nationalsozialistische Deutsche Reich im Abstimmungskampf befürworteten.

<sup>69</sup> Zenner, ebd., S. 293 f.

<sup>70</sup> Johannes Hoffmann wurde 1890 in Landsweiler-Reden als Sohn eines Bergmanns und späteren Kassenrendanten geboren. Nach Besuch des Bischöflichen Konvikts in Trier Studium der Philosophie und Volkswirtschaft in Innsbruck und Freiburg/Breisgau. 1914–18 Teilnahme am I. Weltkrieg, Offizier, ausgezeichnet mit dem EK I und II. Nach Kriegsende Wiederaufnahme des Studiums in Berlin, wo Hoffmann Anschluß an den Kreis um Carl Sonnenschein fand und dem Zentrum beitrug. Ab 1920 als Journalist beim Scherl-Verlag Berlin, später Korrespondent mehrerer katholischer Blätter in Süddeutschland. Nach seiner Rückkehr ins Saargebiet Übernahme der Chefredaktion der *Saarbrücker Landeszeitung*, Mitglied des Zentrum-Landesvorstands Saar; BHB-Archiv.



referat auf der Delegiertenversammlung des saarländischen Zentrums am 26. März 1933 nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes<sup>71</sup>: Die Zustimmung des Zentrums entspreche der demokratischen Grundhaltung der Partei, die das Ergebnis der Wahlen vom 5. März respektiert habe; der Reichstag habe „durch seine Selbstüberwindung den Weg zum nationalen Aufstieg geebnet“. Weiter noch: Wenn die Regierung Hitler nur den Grundsatz beachte, daß man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen, sei das Zentrum bereit, wie nach 1918 mit den Sozialdemokraten, jetzt mit den Rechtsparteien eine Strecke Weges gemeinsam zu gehen. In dem Bemühen, dennoch die weltanschaulichen Grenzen aufrechtzuerhalten, distanzierte sich Hoffmann gleichermaßen vom Nationalsozialismus wie Sozialismus und nahm somit eher Abstand von den Sozialdemokraten, die ja im Reich bereits verfolgt wurden, als daß er an ein zukünftiges Bündnis gegen das Hitler-Regime gedacht hätte. Hoffmann artikuliert wohl nur das politische Empfinden der gesamten Zentrumsparlei, die einerseits konstatierte, daß der in Weimar geschaffene Staat nicht mehr existiere<sup>72</sup>, zum anderen jedoch weiterhin demokratisch-legalistischen Vorstellungen anhing, in der Hoffnung, daß sich die in ihren terroristischen Auswüchsen bekämpfte „nationale Revolution“ politisch doch noch zum Besseren wende.

Als Hitler die saarländischen Parteiführer von NSDAP, Deutsch-Saarländischer Volkspartei, Deutschnationaler Volkspartei, Bürgerlicher Mitte und Zentrum zu einer Aussprache am 15. Mai 1933 nach Berlin einlud, gehörte neben den christlichen Gewerkschaftssekretären Kiefer, Hillenbrand, Kuhnen und dem Fraktionsvorsitzenden im Landesrat, Levacher, auch Johannes Hoffmann zur Delegation des Zentrums. Dabei erfolgte ein erster Affront gegen Hoffmann, dessen Teilnahme Hitler kurz vor der Konferenz mit der Begründung ablehnte, dieser habe ihn erst kürzlich in einer Rede beleidigt<sup>73</sup>. Dieser Ausfall wirft ein Schlaglicht darauf, daß Hitler wohl zu differenzieren wußte zwischen den Mitgliedern des saarländischen Zentrums, die zwar alle der Wille zur Rückkehr auch in ein nationalsozialistisches Deutschland verband, deren oppositionelle Einstellung zu dem neuen Regime nichtsdestoweniger unterschiedlich stark war. Hoffmann war als der verantwortliche Leiter der *Saarländischen Landeszeitung*, die ein Sprachrohr antinationalsozialistischer Kritik darstellte, natürlich Zielscheibe nationalsozialistischer Angriffe. Einen aktiven Abwehrkampf gegen Diffamierung, Manipulationen und Gleichschaltung des saarländischen Zentrums und seiner noch freien Presse führten aber auch Persönlichkeiten wie der Parteiführer Steegmann<sup>74</sup>, prominente

<sup>71</sup> Zit. nach Zenner, a. a. O., S. 272 ff.

<sup>72</sup> Aussage des saarländischen Zentrums-Abgeordneten Hillenbrand im Preußischen Landtag; zit. nach Zenner, ebd., S. 273.

<sup>73</sup> Mitteilung Johannes Hoffmann an Maria Zenner vom 30. 11. 1964. In der Anmelde-Liste des Auswärtigen Amtes vom 13. 5. 1933 sind alle Teilnehmer abgehakt außer Hoffmann; BA Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/253, zit. nach Zenner, ebd., S. 277; vgl. auch den Brief Röchlings an Geheimrat Dr. Voigt vom 17. 5. 1933, in: Kunkel, a. a. O., S. 130 ff.

<sup>74</sup> Steegmann war nach Hoffmann schon vorher von Hitler zur *Persona non grata* bei der Be-



Geistliche wie der Dechant von Saarbrücken, Dr. Schlich, und Pfarrer Bungarten. Letztere gehörten dem Aufsichtsrat der *Saarländischen Landeszeitung* an und stützten die politische Linie des Chefredakteurs; als es zur Entlassung Hoffmanns kam, opponierten vor allem Schlich und Bungarten. Bei den Hitler als Gesprächspartner willkommenen christlichen Gewerkschaftsführern und Zentrumspolitikern überlagerte dagegen das nationale Treuebekenntnis jede mögliche Kritik am Nationalsozialismus; die Selbstauflösung des saarländischen Zentrums und seine Gleichschaltung in der Deutschen Front verantwortete vor allem der Sekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Peter Kiefer, ab 30. Oktober 1933 Leiter der neugebildeten Deutschen Arbeitsfront Saar<sup>75</sup>. Dieser Kampf um die Gleichschaltung der Zentrumsparterie und ihrer Presse ließ Hoffmann zum Exponenten des Widerstands katholischer Saarkreise gegen eine Rückgliederung des Saargebietes an das Dritte Reich werden; der persönliche Affront durch Hitler, den er erfahren hatte, mag diese Entwicklung forciert haben, wobei Hoffmanns politisches Engagement sicher mehr als nur persönlich motiviert war.

Als Hoffmann nach seiner Ausschaltung als Chefredakteur der *Saarländischen Landeszeitung* daranging, den katholischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus organisatorisch zu fassen, bemühte er sich zunächst um die Herausgabe einer neuen Zeitung. Am 6. Mai 1934 erschien die erste Nummer der *Neuen Saarpost*, deren Finanzierung nach wie vor Gegenstand widersprüchlicher Behauptungen ist. Hoffmann selbst bestritt anlässlich eines Vortrages an der Universität München am 16. November 1965 kategorisch die Version, daß dieses Geld von Frankreich gekommen sei<sup>76</sup>; Walter Eberhard will in seiner polemischen Schrift „Wer kaufte Joho?“ das Gegenteil wissen<sup>77</sup>. Eine derartige direkte Liaison mit Frankreich würde zumindest zu der noch 1933 von Hoffmann in der Zentrums- presse vertretenen Position in Kontrast stehen, wo neben Angriffen auf die nationalsozialistische Regierung zugleich französische Interventionsforderungen im Saargebiet zurückgewiesen werden<sup>78</sup>. Wie dem auch sei – relevante französische Akten sind (noch) nicht zugänglich –, in der Ausgabe vom 3. Juni 1934 ver-

sprechung vom 15. Mai 1933 erklärt worden; an seine Stelle trat dann der ebenfalls brüskierte Hoffmann; vgl. Johannes Hoffmann, Journalistische Erfahrungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus, Vortrag vor Studenten des Zeitungswissenschaftlichen Instituts der Universität München am 16. Nov. 1965, zit. nach Kunkel, ebd., S. 103.

<sup>75</sup> Kiefer war zugleich Landespropagandaleiter der Deutschen Front. Maria Zenner ist bemüht, dem politischen Vorgehen Kiefers Verständnis entgegenzubringen und spricht von seinen „inneren Zweifeln“ (a. a. O., S. 311 f.); eine engagierte Analyse und Kritik seines Verhaltens bringt Kunkel, ebd., S. 105 ff.

<sup>76</sup> A. a. O., S. 15.

<sup>77</sup> Walter Eberhard, Wer kaufte Joho? Dreimal an der Saar, O. o. (Paris) o. J. (1951). Eberhard behauptete, Hoffmann habe das Geld durch Vermittlung Friedrich (später Frédéric) Schlachters, damals Direktor der Saarhandelsbank, erhalten. Eberhard (Pseud. für Walter Schopen) war 1946/47 Chefred. der *Saarbrücker Zeitung*. Zu Schlachter siehe S. 543. Vgl. auch Kunkel, a. a. O., S. 108, und Zenner, a. a. O., S. 306.

<sup>78</sup> Vgl. Hoffmanns Leitartikel in der *Saarländischen Landeszeitung* vom 19. 3. 1933: „Französische Nervosität mit Absicht“.



öffentlichte die *Neue Saarpst* ein Programm für die bevorstehende Abstimmung, das im Wesentlichen dem der sozialistischen Parteien entsprach; der besondere Akzent war eben der Katholizismus, der Kampf gegen das neue Heidentum, die Lage der Kirche in Deutschland. „Christus oder Hakenkreuz“ wurde zur vielbeschworenen Alternative; eine Rückkehr ins Reich sollte erst dann wieder möglich werden, wenn Deutschland von dem nationalsozialistischen Regime frei sei. Die Ereignisse des 30. Juni 1934 sowie die Ermordung von Dollfuß am 25. Juli 1934 verstärkten die Resonanz der Zeitung unter der katholischen Saarbevölkerung und dem örtlichen Klerus, so daß der Bischof von Trier, Bornewasser, der trotz der politischen Entwicklung eine Rückkehr der Saar ins Reich bedingungslos weiterverfocht, gegen Hoffmann vorging. Anlässlich des Bekenntnistages der katholischen Jugend am 29. Juli 1934 in Saarbrücken distanzierte er sich scharf von der *Neuen Saarpst*<sup>79</sup>, im gleichen Sinne versuchte er, die Geistlichen des Saargebietes zu bestimmen<sup>80</sup>.

Die katholische Oppositionsgruppe umfaßte in der Tat eine beachtliche Anzahl von Priestern, wie sich bei einer Versammlung am 16. Juli 1934 im Canisiusheim in Saarbrücken gezeigt hatte<sup>81</sup>. Die Intervention Bornewassers wog umso schwerer, als für Hoffmann, wollte er Erfolg bei der gläubigen, aktiv katholischen Saarbevölkerung haben, eine Unterstützung gerade durch den örtlichen Klerus von entscheidender Bedeutung war. Am 9. September 1934 richtete Hoffmann im Namen von 200 Delegierten aus dem Saargebiet eine Denkschrift an den Völkerbund, die das Programm der katholischen Opposition gegen eine Rückkehr in ein nationalsozialistisches Deutschland enthielt, d. h. vor allem die Forderung nach der Möglichkeit einer zweiten Abstimmung zu einem günstigeren Zeitpunkt und nach Garantien für die Zeit nach dem Referendum im Falle einer Ablehnung des Status quo<sup>82</sup>. Am 7. November hatte er in Rom eine Unterredung mit dem Kardinalstaatssekretär Pacelli, die aufgrund der betonten Neutralität des Heiligen Stuhles in der Saarfrage ergebnislos verlief. Im Gegenteil: In Abstimmung mit dem päpstlichen Abgesandten an der Saar, Monsignore Panico, verboten die Bischöfe von Trier und Speyer jegliche politische Betätigung der saarländischen Geistlichen und votierten zugleich für die Rückgliederung<sup>83</sup>. Trotz dieser Schwie-

<sup>79</sup> Zu diesem Treffen Zenner, a. a. O., S. 307; Kunkel, a. a. O., S. 109 f.

<sup>80</sup> Brief Bornewassers an den Kardinalstaatssekretär vom 22. 8. 1934, zit. nach Zenner, ebd., S. 307.

<sup>81</sup> PA, Abt. II, Besetzte Gebiete: Saargebiet, Politische Parteien, Bd. 11; in dem Gestapobericht II SG 5533 wird von 80 Geistlichen gesprochen.

<sup>82</sup> Zit. nach: Zenner, a. a. O., S. 308 u. S. 373.

<sup>83</sup> „Unsere Anweisung berührt nicht die sittliche Pflicht der Liebe zum angestammten Volkstum und die Treue zum Vaterland. Diese Liebe und Treue sind vielmehr nach katholischer Lehre sittliche Tugenden.“ (*Kirchlicher Amtsanzeiger* der Diözese Trier, 1934, Nr. 284, S. 191). Am 12. Nov. 1934 gaben die Bischöfe von Trier und Speyer einen „Erlaß zur Saarfrage“ heraus, der allen Geistlichen „im Geiste des Konkordats“ verbat, in politischen Versammlungen öffentlich aufzutreten. Vgl. Hans Müller, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, München 1963, S. 299.



rigkeiten für die Entfaltung einer katholischen Oppositionsbewegung an der Saar, die letztlich doch auf kleine Zirkel und Gruppen beschränkt blieb, tat Hoffmann am 30. November 1934 noch einmal einen Schritt nach vorn, als er die Gründungsversammlung für eine oppositionelle katholische Partei, den Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft<sup>84</sup>, einberief. An ihr nahmen außer Hoffmann u. a. die christlichen Gewerkschafter Kuhn<sup>85</sup> und Pick<sup>86</sup> sowie der 1933 ins Saargebiet emigrierte Heinrich Imbusch<sup>87</sup> teil; anwesend waren auch – trotz der Interventio-

<sup>84</sup> Auch: Volksbund für christliche und soziale Kultur (Zenner, a. a. O., S. 309).

<sup>85</sup> Fritz Kuhn (1879–1947), Bergmann, ab 1900 Mitglied des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1910–12 Bezirksleiter Bochum/Westfalen; 1912–33 Vorsitzender des Gewerkvereins Saargebiet, 1930 Wahl in den Hauptvorstand; Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Internationalen christlichen Bergarbeiterbundes. Ab 1921 für das Zentrum Stadtverordneter in Saarbrücken, 1930–33 Mitglied des Reichstags. Anfänglich ein Befürworter der Rückgliederung des Saargebietes – Kuhn war Mitglied der saarländischen Delegation bei Hitler am 15. Mai 1933 –, wurde er einer der schärfsten Gegner der Gleichschaltung der Saar-Gewerkschaften. Am 18. 2. 1935 emigrierte er nach Luxemburg, nach 1945 Rückkehr an die Saar; BHB-Archiv.

<sup>86</sup> Otto Pick (1882–1945), ursprünglich Schmied, während seiner Tätigkeit auf der staatlichen Kohlengrube Camphausen bei Saarbrücken Engagement für die christliche Gewerkschaftsbewegung, ab 1914 hauptamtlicher Funktionär. Für die DDP 1919–20 Mitglied des Reichstags, später Deutsch-Saarländische Volkspartei; war ursprünglich mit Kiefer auf der gleichen Linie des nationalen Treuebekenntnisses der christlichen Gewerkschaften (vgl. die Resolutionen der saarländischen christlichen Gewerkschaften vom 3. u. 4. 4. sowie 5. 5. 1933, *Saarländische Landeszeitung* vom 3. 4., 4. 4. u. 5. 5. 1933). Nach seinem politischen Sinneswandel, dem persönliche Motive untergeschoben wurden, wurde immer wieder versucht, Pick auf die Seite der Deutschen Front zu ziehen (bei diesen Bemühungen war auch der ehemalige Generalsekretär des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsvereins, Ernst Lemmer, beteiligt, vgl. Zenner, a. a. O., S. 310). Pick spielte später nach seiner Emigration nach Frankreich Januar 1935 eine Rolle in der Volksfrontbewegung (s. u.). Er starb am 17. 4. 1945 im schweizer Exil.

<sup>87</sup> Heinrich Imbusch (1878–1945), Bergarbeiter in verschiedenen Gruben des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers; 1905–19 Redakteur des *Bergknappen*, Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, dem Imbusch seit 1897 angehörte; 1913 Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1919 Vorsitzender des Gewerkvereins; im gleichen Jahr Mitglied der Nationalversammlung, 1919–23 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 1920–33 Mitglied des Reichstags (Zentrum); gehörte dem linken Flügel des Zentrums an, einer der Väter des Reichsknappschaftsgesetzes von 1923 und der Knappschaftsnovelle von 1926. 1929 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gesamtverband christlicher Gewerkschaften, ebenso der deutschen Angestellten- und Beamten-Gewerkschaften). Umfassende publizistische Tätigkeit zur Lage, Versicherung und Organisation der Bergarbeiter; stellvertretender Vorsitzender des Reichskohlenrates; 1919–24 auch Stadtverordneter in Essen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Emigration ins Saargebiet, wo ein Entführungsversuch durch die SA scheiterte; nach dem Saar-Referendum Flucht nach Luxemburg; wurde 1937 mit seiner Familie (6 Kinder) ausgebürgert; nach der Besetzung Luxemburgs 1940 nach Belgien/Frankreich; 1942 illegale Rückkehr nach Essen, wo sich Imbusch vor der Gestapo bis zu seinem Tode verborgen hielt; BHB-Archiv.



nen der Bischöfe von Trier und Speyer – eine größere Anzahl von Geistlichen, die Bornewasser später in einem Rundschreiben beschuldigte, sie schädeten der Sache des Katholizismus in Deutschland<sup>88</sup>.

#### 4.

Zur Vervollständigung der Skizze von der entscheidenden Rolle reichsdeutscher Emigranten im saarländischen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus muß zuletzt noch auf eine Gruppe eingegangen werden, die zwar nicht unmittelbar an der Parteienfront stand, aber nichtsdestoweniger die besondere Aufmerksamkeit der neuen Machthaber in Deutschland auf sich zog. Es handelt sich um die sogenannten Emigranten-Beamten im Dienste der Regierungskommission – vorwiegend ehemalige sozialdemokratische Beamte, die nach Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Deutschen Reich aus dem Staatsdienst entlassen worden und ins Saargebiet emigriert waren. Die meisten von ihnen kamen aus dem Polizeidienst und wurden entsprechend weiterverwendet. Als Beispiel mag Hertwig Machts gelten. Machts, geboren 1895 in Jena, war Kriminalkommissar im Polizeipräsidium Berlin. Er war SPD-Mitglied und Leiter der sogenannten „Technischen Abteilung“ beim Bundesvorstand des Reichsbanners, die mit der Vorbereitung einer militärischen Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten beauftragt war. Machts war bereits nach dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 unter Papen zur Disposition gestellt worden<sup>89</sup>. Er avancierte unter dem Direktor des Inneren der Regierungskommission, Heimbürger, zum Leiter der uniformierten Polizei im Saargebiet. Der Sozialdemokrat Heinrich Ritzel dagegen, der nach seiner Emigration in die Polizeidirektion Saarbrücken übernommen wurde, war ehemals hessischer Oberregierungsrat. Ritzel war auch innerhalb der SPD/S parteipolitisch aktiv und verfaßte 1934 die Kampfschrift „Was mußt Du von der Volksabstimmung wissen?“<sup>90</sup>. Vor allem Ritzel und Machts waren aufgrund ihrer leitenden Stellung in der saarländischen Polizei ständige

<sup>88</sup> Schreiben des Bischofs von Trier an die Dechanten des Saargebiets vom 5. 12. 1934, zit. nach: Zenner, a. a. O., S. 409 (Anlage 23).

<sup>89</sup> Vgl. Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966, S. 441; ebenso PA, Referat Inland II A/B, 132/1.

<sup>90</sup> Heinrich Ritzel, geb. 10. 4. 1893 Offenbach/Main, gest. 17. 6. 1971 Basel, 1919–30 Bürgermeister von Michelstadt/Odenwald, 1924–30 MdL Hessen, 1930–33 MdR. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Haft, 26. Juni 1933 Flucht, ab Juli 1933 im Saargebiet; nach der Rückgliederung Emigration in die Schweiz; Zusammenarbeit u. a. mit Wilhelm Hoegner, Otto Braun und Joseph Wirth; Mitbegründer der bürgerlich-sozialdemokratischen Exilorganisation „Das demokratische Deutschland“; 1939–47 Generalsekretär der Europa-Union in Basel, 1948 Delegierter für das Deutsche Sprachgebiet in Europa, 1950–57 Delegierter im Europarat. Seit 1946 wieder in Michelstadt, Mitglied des Landesausschusses der SPD Hessen, 1949–65 MdB; zahlreiche politische und literarische Veröffentlichungen; PA, ebd.; BHB-Archiv.



Angriffsobjekte deutscher Behörden und der nationalsozialistischen Propaganda gegenüber der Regierungskommission<sup>91</sup>.

Weitere von der Regierungskommission eingestellte Polizeibeamte waren die ins Saarland emigrierten Gustav Lehnert, Paul Kowalski, Alfons Baumann und August Heinrich Lauriolle. Der ebenfalls im Dezember 1933 eingestellte Jurist Heinrich Danzebrink, zuletzt Regierungsrat in Münster/Westfalen, hatte nach der nationalsozialistischen Machtübernahme als Brüning-Anhänger ebenfalls den Dienst quittieren und ins Saargebiet emigrieren müssen. Im Direktorium des Innern war Danzebrink, der nach 1945 ebenfalls im Saargebiet wieder politisch aktiv wurde<sup>92</sup>, zuständig für Flüchtlingsfragen.

Trotz des Garantieabkommens von Rom vom 5. Dezember 1934 wurde dieser Personenkreis nach Beendigung der Tätigkeit des Obersten Abstimmungsgerichtshofes (29. Februar 1936) ohne Ausnahme am 3. Dezember 1936 ausgebürgert, nachdem die Berliner Behörden aus taktischen Überlegungen noch die Olympischen Spiele in Berlin abgewartet hatten. Auf der gleichen Ausbürgerungsliste standen u. a. Emil Kirschmann, Wilhelm Sollmann, Siegfried Thalheimer und Max Braun<sup>93</sup>.

Der Kampf der in der Freiheitsfront zusammengeschlossenen Gruppen sowie der katholischen Opposition gegen eine Rückgliederung des Saargebietes an das Dritte Reich hatte, wie bekannt, keinen Erfolg. Einer beachtlichen Presse- und Versammlungstätigkeit<sup>94</sup> standen zunehmende Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Kampagne entgegen. Die Propaganda der Deutschen Front hatte solche Schwierigkeiten nicht<sup>95</sup>, so daß sie auch noch ausreichend Möglichkeiten fand, die Bemühungen der Rückgliederungsgegner zu denunzieren<sup>96</sup>.

<sup>91</sup> Vgl. Herbert E. Tutas, *Nationalsozialismus und Exil, Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration*, München 1975, S. 245 ff.

<sup>92</sup> S. u., S. 535 f.).

<sup>93</sup> PA, Referat Inland II A/B, 132/1. In der *Saarländischen Landeszeitung* vom 4. 12. 1936 wurde behauptet, die genannten Personen fielen nicht unter das Garantieabkommen. Dies ist zumindest im Falle Max Braun nicht richtig, der seit 1926 im Saargebiet ansässig war. Zur Bedeutung der Römischen Garantien nach der Rückgliederung vgl. Jacoby, a. a. O., S. 172 ff.

<sup>94</sup> Ein Höhepunkt war neben dem bereits erwähnten Sulzbacher Treffen die Kundgebung der Einheitsfront am 26. 8. 1934, dem Tag, an dem auch die große Pro-Deutschland-Kundgebung am Deutschen Eck in Koblenz stattfand; diese Demonstration der Freiheitsfront erregte auch im Ausland Aufsehen; vgl. Sarah Wambaugh, *The Saar Plebiscite, with a collection of official documents*, Cambridge/Mass. 1940, S. 219 f.

<sup>95</sup> Vgl. Kunkel, a. a. O., S. 46 f.

<sup>96</sup> Dies galt vor allem den internationalen Aktivitäten Max Brauns. Während Braun sich über mangelnde finanzielle Unterstützung durch den SPD-Exilvorstand beklagte, versuchte er, durch den Internationalen Gewerkschaftsbund die Mittel zur Finanzierung des Saarkampfes der SPD/S zu beschaffen. Vgl. in diesem Zusammenhang die Affäre um den nationalsozialistischen Versuch, die *Volksstimme* auszuschalten (s. o., S. 476, Anm. 21); ebenso die Angriffe auf Johannes Hoffmann anlässlich der Gründung der *Neuen Saarpst.*



Das Saargebiet wurde kein Widerstandszentrum gegen den Nationalsozialismus. Dies bewirkte nicht zuletzt auch der Völkerbundsrat, als er die Möglichkeit der vorläufigen Beibehaltung des Status quo durch eine Verschiebung des Referendums bis zum Sturz des nationalsozialistischen Regimes verwarf. Die Abstimmung am 13. Januar 1935 selbst wurde für die Rückgliederungsgegner zu einem Fiasko: Von 539 541 Abstimmungsberechtigten stimmten 477 119 für den Anschluß an das Dritte Reich.

Unmittelbar danach begann der Exodus der Gegner des Nationalsozialismus. Zu diesem Zeitpunkt hatten jedoch vor allem die nun emigrierenden Saarländer bereits Erfahrungen gemacht, die zur Änderung bisher wesentlicher politischer Grundeinstellungen geführt hatten bzw. verstärkt führen sollten. Das gilt einmal für die Einheitsfront der Hitlergegner, d. h. in erster Linie der saarländischen Arbeiterparteien<sup>97</sup>. War die Wende des ZK der KPD auch vielleicht rein taktischer Natur<sup>98</sup>, die Bereitschaft der Sozialdemokraten Max Brauns, im Juni 1934 eine Einheitsfront zu bilden<sup>99</sup>, sollte im Exil von Bedeutung sein. Die an der Saar geschaffene Aktionsgemeinschaft stellte auf jeden Fall den ersten Versuch dar, ein Zusammengehen der beiden großen Arbeiterparteien gegen Hitler unter Hintanstellung der ideologischen Differenzen zu realisieren.

Ein zweites, weiterreichendes Ergebnis des Abstimmungskampfes scheint die Haltung vor allem der SPD/S in der nationalen Frage zu sein. Die Sozialdemokraten hatten das Saarstatut des Versailler Vertrages und die von dem Völkerbund als Treuhänder eingesetzte Regierungskommission von Anfang an bekämpft, ihr Programm kann im Grunde bis 1933 als „national“ bezeichnet werden. Die SPD/S hatte sich bis dahin in die nationale Einheitsfront mit Zentrum und Deutsch-Saarländischer Volkspartei eingefügt und alle Schritte gegenüber dem Völkerbundsrat mit diesen Parteien gemeinsam unternommen, Max Braun hatte auf Kundgebungen der Saarvereine gesprochen<sup>100</sup>. Dennoch hatte schon damals der politische Akzent bei den saarländischen Sozialdemokraten anders gelegen. War für die bürgerlichen Parteien die Gegnerschaft zur Regierungskommission nationaler Abwehrkampf, so wurde die Haltung der SPD/S in erster Linie sozialistisch und demokratisch begründet, was vor allem sichtbar wird bei Konflikten,

<sup>97</sup> Das Verhältnis Sozialdemokraten-Kommunisten an der Saar war auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland bis zur Abkehr der KPD von ihrer ultralinken Politik sehr belastet gewesen; persönliche Auskunft Richard Kirn, 13. 6. 1977 und Ernst Kunkel, 16. 6. 1977; Kirn hebt als positive Ausnahme unter den Kommunisten Philipp Daub hervor.

<sup>98</sup> Herbert Wehner vermerkt, daß aufgrund der neuen Politik der Sowjetunion gegenüber dem Völkerbund das Politbüro der KPD bestrebt war, rechtzeitig ein Demonstrationsbeispiel für seine Fähigkeit zu geben, dieser neuen Richtung zu folgen; Wehner, a. a. O., S. 68–71.

<sup>99</sup> Bereits im April 1933 hatte sich die *Volksstimme* prinzipiell hinter den Entschluß der II. Internationale gestellt, eine sozialistische Einheitsfront anzustreben, die allerdings nur durch Verhandlungen zwischen den beiden Internationalen geschaffen werden könne; vgl. *Volksstimme*, Nr. 84, 8. 4. 1933; zum Beschluß der SAI: Matthias/Morsey, a. a. O., S. 170 f.

<sup>100</sup> Zenner, a. a. O., S. 183 ff.



wie sie anlässlich des Widerstandes der Regierungskommission gegen die geforderte arbeitsrechtliche Angleichung an die Weimarer Republik oder des Streiks von 1923<sup>101</sup> entstanden und zu Beschwerden an den Völkerbund über das undemokratische Verhalten der Regierungskommission führten, die sich gegen die Völkerversöhnung richtete<sup>102</sup>. Ein wichtiger Aspekt dieser Haltung ist in der Tat das Streben nach Völkerversöhnung mit Zielrichtung vor allem auf Frankreich. Der nationale Kampf der SPD/S wurde relativiert durch proletarisch-internationalistische Vorstellungen, die auch die europäische Einigung mit einschlossen. Diese Haltung wurde verstärkt und bestätigt durch die Solidarität der Sozialistischen Internationale in der Saarfrage, vor allem aber auch der französischen Sozialisten in der Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO), zu denen die SPD/S enge Verbindungen pflegte; Branting, Vandervelde und MacDonald hatten im Völkerbundsrat interveniert, in Frankreich hatten sich Uhry, Bracke und Grumbach wiederholt für eine Rückgliederung der Saar eingesetzt. Die saarländischen Sozialdemokraten bauten auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch den Sieg des Sozialismus. Die Geschicke des Saargebiets selbst bestimmen zu können, hieß bis 1934 nichtsdestoweniger Rückkehr nach Deutschland. Betrachtet man die Wendung zur Verweigerung dieser Rückkehr in ein von den Nationalsozialisten beherrschtes Land unter dem Blickwinkel der Entwicklung innerhalb der SPD/S selbst, so fällt zum einen die verstärkte Kommunikation der saarländischen Sozialdemokraten mit den internationalen und vor allem auch den französischen Arbeiterorganisationen auf, zum anderen wird eine verstärkte Herausbildung des Autonomiegedankens deutlich. Bereits im Mai 1933 hatte Max Braun in Anbetracht des Vorgehens der Freien Saargewerkschaften, die sich nach der Gleichschaltung im Reich für unabhängig erklärt hatten, festgestellt, daß der Kampf nunmehr mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) und dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) weitergeführt werden müsse<sup>103</sup>. Nachdem die Regierungskommission durch Verordnung vom 31. Mai 1933 die Abhängigkeit der Parteien und Organisationen von Stellen außerhalb des Saargebiets verboten hatte<sup>104</sup>, versuchte Braun, die SPD/S als selbständige saarländische Partei der SAI

<sup>101</sup> Vgl. Helmut Hirsch, *Die Saar vor Genf*, a. a. O., S. 34 ff.

<sup>102</sup> Hier vor allem die Denkschrift der SPD/S vom Februar 1925, in der es heißt: „Nous autres social-démocrates de la Sarre, de même que les social-démocrates de tous les pays, espérons que la Société des Nations deviendrait le ferme appui de la démocratie nationale et de la paix internationale et que pour cette raison le seul gouvernement installé par la Société des Nations devrait regarder comme tâche principale de faire valoir dans tout son fonctionnement les principes de la démocratie et de la réconciliation des peuples. Nous regrettons beaucoup d'être obligés de constater que la Commission du Gouvernement, à l'exception de quelques cas très rares, n'a fait ni l'un ni l'autre.“ Zit. nach Zenner, a. a. O., S. 185.

<sup>103</sup> *Volksstimme*, Nr. 109, 11. 5. 1933.

<sup>104</sup> Verordnung in: Wambaugh, a. a. O., S. 332 ff. (Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebietes 1933, Nr. 278).



direkt anzuschließen<sup>105</sup>. Organisatorische Autonomie also der SPD/S? Der Gedanke an eine politische Autonomie des Saargebietes artikuliert sich zugleich mit dem Aufbau der Freiheitsfront im Juni 1934. Die saarländischen Sozialdemokraten hatten in Abhängigkeit von der Parteientwicklung in Deutschland lange Zeit gebraucht, um ein Programm für die Saarabstimmung zu entwickeln, das sie auch öffentlich zu propagieren wagten. Als dieses Programm nach Festsetzung des Abstimmungstermins geradezu überfällig war, trug es von Anfang an bereits autonomistische Züge. Es taucht die Forderung nach der „endgültigen politischen und wirtschaftlichen Einordnung der Saar zwischen beiden Völkern“, d. h. zwischen Frankreich und Deutschland, auf<sup>106</sup>, der Kampf für die Umgestaltung des gegenwärtigen Zustandes erfolge „im Sinne der weitgehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Saarbevölkerung“<sup>107</sup>. Diese Änderung der Haltung der ehemals nationalen SPD/S ist sicherlich als Reaktion auf das nationalistische Verhalten der bürgerlichen Parteien und ihr Zusammengehen mit den Nationalsozialisten zu verstehen; ebenso schwer, wenn nicht schwerer, wog die Enttäuschung über das Desinteresse auf internationaler Ebene und die Indifferenz der Völkerbundsgremien. Allein Frankreich, das sich letztlich doch mit Deutschland über die Rückgliederung des Saargebietes einigte, war hier in der Ära des Außenministers Barthou eine Ausnahme. Der offizielle Beschluß des Völkerbundesrates vom 4. Dezember 1934 sagte über die Wiederholbarkeit der Abstimmung nichts aus, was eine starke Argumentationshilfe für die Deutsche Front bedeutete. Auch blieben die das Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung betonenden Erklärungen des Barthou-Nachfolgers Laval sowie von Beneš und Litvinov auf der Ratssitzung vom 6. Dezember 1934 in diesem Punkte im Vagen, auch wenn sie von der prinzipiellen Möglichkeit einer späteren Rückgliederung an Deutschland sprachen<sup>108</sup>.

## II. Die saarländische Emigration 1935–1945

Trotz der Römischen Garantien vom 5. 12. 1934, die dann nach 1936 zunehmend durchlöchert wurden<sup>109</sup>, und des verbleibenden zeitlichen Spielraums bis zu der vom Völkerbund festgesetzten definitiven Rückgliederung an Deutschland am 1. März 1935 setzte die Emigrationswelle unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses ein. Zu sehr war der betroffene Personenkreis der Rückgliederungsgegner von nationalsozialistischer Seite bedroht worden und hatte be-

<sup>105</sup> Gestapobericht vom 12. 12. 1933, PA, II, Besetzte Gebiete: Saargebiet, Politische Parteien, Bd. 5, II SG 3298. Der Versuch wurde nach dem gleichen Bericht von dem Prager Exilvorstand (Sopade) vereitelt.

<sup>106</sup> *Volksstimme*, 6. 6. 1934.

<sup>107</sup> Ebenda, 16. 6. 1934.

<sup>108</sup> Vgl. Wambaugh, a. a. O., S. 270 f.; Kunkel, a. a. O., S. 114 ff.

<sup>109</sup> Hierzu Jacoby, a. a. O., S. 186 f.



reits einen Vorgeschmack des Terrors bekommen<sup>110</sup>. Hinzu kam, daß am 15. Januar 1935, nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses, der Kommandeur der internationalen Polizei zur Überwachung des Referendums den Führern der Freiheitsfront erklären ließ, er könne ihre Sicherheit nicht mehr garantieren<sup>111</sup>.

Die Zahlen der Flüchtlinge aus dem Saargebiet differieren und sind sehr schwer zu verifizieren. Bis Mai 1936 emigrierten nach Zählung des Internationalen Nansenamtes bereits 3300 Personen, und zwar nahezu alle nach Frankreich<sup>112</sup>; im Oktober 1936 belief sich ihre Zahl auf ungefähr 4000<sup>113</sup>. Nach Angaben von Max Braun kamen nach dem Referendum insgesamt 6000 Emigranten von der Saar nach Frankreich<sup>114</sup>. Laut einem Bericht des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes vom Mai 1936 an den Reichsinnenminister hatten zu diesem Zeitpunkt 4644 Saarländer, darunter 2014 Juden, das Gebiet verlassen<sup>115</sup>, demnach wären rund 2500 wohl zum größten Teil politische Emigranten gewesen. Dabei ist zu vermerken, daß in den Zahlen auch die zum zweitenmal flüchtenden reichsdeutschen Emigranten ebenso wie eine Anzahl österreichischer Sozialisten, die nach den Februarkämpfen 1934 an die Saar gekommen waren, enthalten sind.

Frankreich war nach der nationalsozialistischen Machtübernahme das Land, das die größte Zahl deutscher Emigranten aufnahm. Bereits 1939 richtete die französische Regierung das „Comité national de secours aux réfugiés allemands victimes de l'antisémitisme“ ein, das nicht nur Juden betreute<sup>116</sup>. Das seit dem 19. Jahrhundert für seine Liberalität bekannte Asylland erschrak dann trotzdem vor dem Ansturm der Exilierten, eine zeitweilige stark restriktive Handhabung vorhandener Gesetze<sup>117</sup> hatte vornehmlich innenpolitische Gründe und wurde durch Vor-

<sup>110</sup> Vgl. auch die Petition der SPD/S Landtagsfraktion und saarländischen Freiheitsfront an den Völkerbund vom 6. 1. 1934 wegen der Terrorakte und der damit verbundenen Bitte um Aufschiebung der Abstimmung; Zenner, a. a. O., S. 368; ebenso Kunkel, a. a. O., S. 117; Wehner, a. a. O., S. 76 ff.

<sup>111</sup> Pers. Auskunft Ernst Kunkel vom 16. 6. 1977.

<sup>112</sup> Société des Nations, Communiqué à l'Assemblée, au Conseil et aux Membres de la Société, No. officiel: A 45, 1935, XII: „Réfugiés russes, arméniens, assyriens, assyro-chaldéens, de la Sarre et turcs“; zit. nach Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland?, a. a. O., S. 228, Anm. 62 (im Folgenden zit. ULA).

<sup>113</sup> The Monthly Summary of the League of Nations, Bd. 16, 1936, Nr. 10, S. 311; ebenso Röder, a. a. O., S. 16, u. Kurt R. Grossmann, Emigration, Die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt/M. 1969, S. 43.

<sup>114</sup> Vgl. *Nachrichten von der Saar* (im Folgenden NvdS), Nr. 3, 10. 3. 1935.

<sup>115</sup> Zit. nach: Jacoby, a. a. O., S. 181 f.

<sup>116</sup> Das „Comité national“ existierte bis Juli 1935; vgl. David H. Weinberg, *Les Juifs à Paris de 1933 à 1939*, Paris 1974.

<sup>117</sup> D. h. vor allem des Fremdengesetzes vom 3. Dezember 1848, nach dem derjenige, der länger als zwei Monate im Lande bleiben wollte, beim zuständigen Bürgermeister um eine Carte d'Identité bitten mußte; die Entscheidung über die Ausstellung traf der zuständige Präfekt. Zum restriktiven Aspekt französischer Flüchtlingspolitik nach 1933 vgl. Hans-Albert Walter, *Deutsche Exilliteratur 1933–1950*, Bd. 2: Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa, Darmstadt/Neuwied, S. 59–78 (im Folgenden zit. HAW).



fälle wie das Attentat auf den jugoslawischen König Alexander im Oktober 1934, dem auch Barthou zum Opfer fiel, noch verstärkt. Die Lage verbesserte sich wieder zugunsten der Emigranten, nachdem im Juni 1936 eine Volksfrontregierung unter Léon Blum gebildet wurde. Vor allem Jean Longuet, Mitglied des Parteivorstandes der französischen Sozialisten (SFIO) und der SAI-Exekutive, hatte einen wesentlichen Anteil an dem Zustandekommen eines „Vorläufigen Übereinkommens betreffend das Statut der Flüchtlinge aus Deutschland“<sup>118</sup>.

Auf der Grundlage des Genfer Vorläufigen Statuts erließ dann die Regierung Léon Blum am 19. September 1936 ein Dekret, nach dem alle deutschen Flüchtlinge, die bis zum 5. August 1936 legal oder illegal nach Frankreich gekommen waren, einen Flüchtlingsausweis erhalten konnten, der sie auch zu Reisen in die Unterzeichnerstaaten<sup>119</sup> berechnete. Dem zu diesem Zwecke von der Volksfrontregierung eingerichteten Comité Consultatif gehörten neben vier Franzosen vier deutsche Emigranten an, die von der „Fédération des Emigrés d'Allemagne en France“ (FEAF) – einem Zusammenschluß von insgesamt 21 Emigrantenorganisationen<sup>120</sup> – delegiert waren. Auf einer von der FEAF im Juni 1936 nach Paris einberufenen Konferenz wurde dann die „Zentralvereinigung der deutschen Emigration“ (ZVE) als Dachverband der Emigrantenorganisationen in den verschied-

<sup>118</sup> Dieses vorläufige Statut war auf einer Staatenkonferenz, die auf Initiative des Hohen Kommissars für die deutschen Flüchtlinge beim Völkerbund, Sir Neil Malcolm, vom 2. bis 4. Juli 1936 in Genf tagte, verabschiedet worden. Longuet erklärte auf dieser Konferenz im Namen seiner Regierung, daß Frankreich über das Statut hinaus die Ausweisung von Flüchtlingen aufheben und allen bereits im Lande lebenden Emigranten Arbeitsbedingungen erteilen werde. Text des Vorläufigen Statuts in: *The Monthly Summary of the League of Nations*, Bd. 16, 1936, Nr. 7 (Juli), S. 225–226. Vgl. auch: Paul Hertz, Flüchtlingsorgen und Flüchtlingshilfe, Betrachtungen über die Konferenzen in Paris [gemeint ist die Internationale Asylrechtskonferenz vom Juni 1936] und Genf, in: *Neuer Vorwärts* 26. 7. 1936 (Beilage).

<sup>119</sup> Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Schweiz – bis auf Frankreich und Dänemark unter Vorbehalt eines Plebiszits.

<sup>120</sup> Die FEAF war die lose Form einer Einheitsvertretung deutscher Emigranten in Frankreich, zu der sich auf Initiative der RHD, IAH und des „Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ am 10. November 1935 in Paris 15 Organisationen zusammengeschlossen hatten, die sich bis Mitte 1936 auf 21 erhöhten. Mitglieder waren Aktionsausschuß für Freiheit in Deutschland, Emigrationsleitung der Rote Hilfe Deutschland (RHD), Deutsches Unterstützungskomitee (Comité Allemand), Liga für Menschenrechte, Service juridique pour les réfugiés allemands, Assistance médicale pour les enfants d'émigrés, Schutzverband Deutscher Schriftsteller, Verband deutscher Journalisten in der Emigration, Vereinigung der jüdischen Emigrierten in Frankreich, Jüdischer Bund, Vereinigung emigrierter deutscher Juristen, Notgemeinschaft deutscher Ärzte, Vereinigung sozialistischer Ärzte, Association des savants allemands à l'étranger (Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland), Arbeiterwohlfahrt Paris; dazu kamen Ernst-Eckstein-Fonds, Deutscher Klub, Vereinigung der Bühnengehörigen Paris, Verband deutscher Lehreremigranten, Kollektiv deutscher Künstler und der Kreis der deutschen politischen Emigranten in Lyon (um E. J. Gumbel). (Vgl. *Pariser Tageszeitung* Nr. 722, 4. 12. 1935 u. Nr. 33, Juli 1936).



denen Ländern, mit Sitz in Paris, gegründet, die im September 1936 vom Völkerbund anerkannt wurde<sup>121</sup>.

Die Wahl Frankreichs als Emigrationsland hatte mehrere Gründe: traditionsreiche Asylpraxis, geographische Nähe, politische und persönliche Verbindungen, Möglichkeiten politischer Betätigung<sup>122</sup>, die vor allem für die aktiven Gegner des Nationalsozialismus von Bedeutung waren, und nicht zuletzt die Chancen materiellen Auskommens. Fast alle diese Aspekte waren für die emigrierenden Saarländer aufgrund ihrer exponierten geographischen und historischen Lage zwischen Deutschland und Frankreich von noch größerer Bedeutung als für die Flüchtlinge aus dem Reich.

Nichtsdestoweniger warf gerade das Ergebnis der Saar-Abstimmung zunächst neue Immigrationsprobleme auf, die die bisherige Restriktionspolitik der französischen Regierung eher noch verstärkten. Noch im Januar 1935 machte sie den Völkerbund in einem Memorandum rechtlich und finanziell für die Flüchtlinge verantwortlich<sup>123</sup>; eine Verordnung vom 6. Februar 1935 stellte weitere Aufenthaltsgenehmigungen in das Ermessen des Präfekten<sup>124</sup>. Obwohl die französische Regierung den Saarländern, die nach dem Referendum ihre Heimat verlassen mußten, Asyl zugesichert hatte<sup>125</sup>, kam es auch ihnen gegenüber zu unfreundlichen Aktionen, die bis zu direkter Zurückweisung reichten<sup>126</sup>. Die Saar-Emigranten wurden in besonderen Lagern untergebracht. Ein Durchgangslager wurde am 15. Januar 1935 im lothringischen Forbach in unmittelbarer Grenznähe bei Saarbrücken eingerichtet. Von dort aus schickten die französischen Behörden die Flüchtlinge in improvisierte Lager in Mittel- und Südfrankreich. Allein in Südfrank-

<sup>121</sup> Der erste Präsident war Albert Grzesinski, vordem sozialdemokratischer Polizeipräsident von Berlin. Die ZVE delegierte drei Vertreter in den insges. 18-köpfigen Beirat des Hohen Kommissars für deutsche Flüchtlingsfragen beim Völkerbund: Georg Bernhard, Kurt Funk (d. i. Herbert Wehner) und Paul Hertz; vgl. Nachlaß Paul Hertz, Korr. C, Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam. Zur Flüchtlingspolitik Frankreichs und Selbstorganisation der deutschen Emigration siehe auch ULA, a. a. O., S. 36 ff. u. 90 ff.

<sup>122</sup> In punkto politische Betätigung zeigte sich Frankreich Emigranten gegenüber toleranter als andere europäische Gastländer. Es wurde lediglich Nichteinmischung in die französische Innenpolitik erwartet, antifaschistische Aktivitäten dagegen mit Sympathie betrachtet. Nicht zuletzt aus dieser Tatsache resultierte die Anziehungskraft Frankreichs als Asylland zumindest bei Politikern und Intellektuellen. Vgl. HAW, a. a. O., S. 77 f.

<sup>123</sup> Vgl. *Pariser Tageblatt*, Nr. 404, 20. 1. 1935.

<sup>124</sup> Wie zuvor war die Ausstellung einer Carte d'identité Ermessenssache des Präfekten. Zuvor jedoch hatte der Ausländer, der nach Frankreich gekommen war, u. a. den Beweis zu erbringen, daß dies auf ordnungsgemäße Art und Weise geschehen sei, d. h. gemäß den in Kraft befindlichen internationalen Abkommen; vgl. Grossmann, a. a. O., S. 12.

<sup>125</sup> Dem Député der französischen Kammer Doeblé, zufolge war am Tag nach dem Plebiszit die Order ergangen, alle Saaremigranten in Frankreich aufzunehmen; vgl. *Das Neue Tage-Buch*, 3. Jg., Nr. 6, 9. 2. 1935, S. 156 ff., zit. in: HAW, a. a. O., S. 65 f.

<sup>126</sup> HAW (nach Doeblé), ebd.; vgl. auch Herbert Wehner, a. a. O., S. 76 ff.



reich befanden sich 67 Lager, da dort ein starker Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft herrschte<sup>127</sup>.

Ein Bild der Lebensverhältnisse in diesen Flüchtlingslagern gibt Thomas Blanc, emigriertes SPD/S-Vorstandsmitglied, in Beantwortung einer Umfrageaktion der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge in Forbach (s. u.) in den Lagern mit u. a. folgenden Fragen:

„Wie sind die Verhältnisse im Lager?

*Unterbringung:* 110 alleinstehende Männer sind in einem Sammellager einquartiert. Einrichtung: Militärbetten, einige Tische und Schemel, Militärbettwäsche. Der Raum ist ein ehemaliges Kriegsgefangenenlager, instandgesetzt und sauber.

Die Familien sind teilweise in Baracken, teils in bis jetzt leerstehenden Häusern untergebracht worden. Einrichtung: die gleiche wie im Männerlager. Bisher waren einige Frauen in einem gemeinsamen Lager untergebracht. Inzwischen sind sie größtenteils wieder zu ihren Männern in gemeinsamen Wohnungen untergebracht worden, teilweise an die Saar zurückgewandert. Augenblicklich bewohnen noch 5 Frauen dieses Lager.

*Verpflegung:* Sämtliche Emigranten werden durch das katholische Hospital verpflegt. Das Essen wird in großen Kübeln von Emigranten (umschichtig) abgeholt und an die beiden Verpflegungsstellen gebracht. Die Bewohner des Männerlagers essen in ihrer Unterkunft. Alle anderen in einem Speiseraum, der notdürftig in einer ehemaligen Kapelle hergerichtet wurde. (Blechteller, rohe Holztische und -bänke, Polizeiaufsicht durch einen uniformierten Beamten). Nach Mitteilung der Verwaltung sollen täglich 5,25 Frs. an das Hospital pro Kopf gezahlt werden. Für diesen Preis wird tatsächlich erstaunlich viel geliefert, trotzdem kann das Essen keinesfalls als gut bezeichnet werden. Es ist so gut wie keine Abwechslung vorhanden. Bei dieser Ernährungsweise müssen auf die Dauer auch die stärksten Mägen krank werden. Insbesondere trifft dies auf Frauen zu, einmal wegen ihrer von Natur aus weniger widerstandsfähigen Konstitution und zweitens weil sie naturgemäß noch mehr unter der seelischen Depression stehen, die natürlich auch auf den Appetit einwirkt. Das hiesige Essen ist weder deutsch noch französisch.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um die objektiv festgestellten Mängel zu beseitigen?

Unseres Erachtens nach ist es, um diese Mißstände zu beseitigen, vor allen Dingen notwendig, daß:

1. Durch die französischen Behörden im Verein mit der Beratungsstelle und den von diesen vorgeschlagenen Vertrauensleuten in den einzelnen Lagern eine Prüfung dahingehend vorgenommen wird, wer tatsächlich politischer Flüchtling ist oder nicht.
2. Die noch verbleibenden tatsächlichen Flüchtlinge wären nach Parteizugehörigkeit zu trennen.

<sup>127</sup> Vgl. *Neuer Vorwärts*, Nr. 78, 19. 12. 1934: „Auswandern, aber wohin?“ Andererseits meldete das *Pariser Tageblatt*, Nr. 403 v. 19. 1. 1935 unter „Genfer Briefe“, die Sowjetunion sei bereit, kommunistische Arbeiterflüchtlinge aufzunehmen; sie sollten in einer Arbeiterstadt ungefähr 50 km von Moskau entfernt, die Krasnosaarsk (Rote Saar) getauft werden sollte, untergebracht werden. Der Zeitung *Informationen von Emigranten für Emigranten* (IEE) von Mitte September zufolge hatten auch „viele“ Saar-Emigranten Anträge auf Übersiedlung in die SU und nach Brasilien gestellt; ob und wie viele aber tatsächlich gegangen sind bzw. aufgenommen wurden, war bisher nicht zu ermitteln.



Das letztere dürfte nach meiner Ansicht deswegen von großer Wichtigkeit sein, da allem Anschein nach die französischen Behörden, um viel Arbeit und vor allen Dingen auch Ärger zu sparen, nicht abgeneigt sind, dem Antrag der Kommunisten, eine Unterstützung in bar zu gewähren, stattzugeben. Das würde bedeuten, daß in den einzelnen Lagern Kollektivwirtschaften aufgemacht werden müßten. Eine Kollektivwirtschaft von Sozialisten und Kommunisten zusammen kann ich mir aber, nach den Erfahrungen, die ich bis jetzt in der Emigration gesammelt habe, mit dem besten Willen nicht vorstellen.

Sollte sich das ermöglichen lassen, dann wäre zu empfehlen, die Sozialisten in einigen Ortschaften und die Kommunisten in einigen Ortschaften unterzubringen, mit anderen Worten, in einem Ort niemals Anhänger beider Parteien zu beherbergen, um dadurch allen Reibereien zwischen den beiden Parteien die Spitze abzuberechen.<sup>128</sup>

Im Mai 1935 war die Emigrantengruppe aus dem Saargebiet gleich den russischen und armenischen Flüchtlingen dem Internationalen Nansenamt unterstellt worden.<sup>129</sup> Danach erfolgte September 1936 auch die sukzessive Auflösung der Saarflüchtlingslager durch die französische Regierung. In diesem Zusammenhang dürfte die „Association d'Entr'aide pour la Sarre“ eine wichtige Rolle gespielt haben, die unter Leitung des Schweizer Rechtsanwaltes Dr. Brand die geschädigten und politisch verfolgten Saarländer beim Obersten Abstimmungsgerichtshof vertrat<sup>130</sup>, aber auch die organisatorische Wahrnehmung ihrer Interessen durch die saarländischen Emigranten selbst.

Der für die politische Saaremigration vielleicht wichtigste Aspekt französischer Flüchtlingspolitik war das Placet für eine eigene Hilfsorganisation bzw. die Unterstützung von Eigeninitiativen. Unmittelbar nach dem Referendum richtete z. B. die SPD/S in Forbach eine Beratungsstelle für Saarflüchtlinge ein, nachdem die meisten Mitglieder des Parteivorstandes in die Emigration gegangen waren<sup>131</sup>. Erinnert sei an dieser Stelle an die engen Kontakte zwischen SPD/S und SFIO, führende französische sozialistische Politiker wie Salomon Grumbach nahmen aktiven Anteil an der Saarfrage. Im größeren Rahmen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) arbeiteten saarländische und französische Gewerkschaften der Bergarbeitersektionen im Saarrevier und Lothringen zusammen, entsprechende Erfahrungen hinweg über die Grenze wurden vor allem auch an der Basis gemacht;

<sup>128</sup> In: Ernst Kunkel, Bemerkungen und Dokumente zur Geschichte der SPD/S (Arbeitstitel eines unveröffentlichten Manuskriptes, das dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde).

<sup>129</sup> Vgl. NvdS, Nr. 13, 6. 6. 1935, mit Auszügen aus der amtlichen Korrespondenz. Ebenso die Denkschrift von Max Braun an den Völkerbundsrat vom 14. 5. 1935 in: NvdS, Nr. 11, 16. 5. 1935. Zur Frage des Passes für Flüchtlinge aus dem Saargebiet vgl.: The Monthly Summary of the League of Nations, Bd. 16, 1936, Nr. 1 (Januar), S. 26.

<sup>130</sup> NvdS, Nr. 9, 29. 4. 1935; ebenso IEE von Mitte September 1935.

<sup>131</sup> Von insgesamt 17 PV-Mitgliedern emigrierten Max Braun, Karl Mössinger, Emil Kirschmann, Hermann Petri, Josef Riotte, Hugo Brück, Richard Kirm, Eduard Lehmann, Thomas Blanc und Franz Glauben. Ernst Kunkel schätzt unter Zugrundelegung der Wiedergutmachungsakten die Zahl der emigrierten SPD/S-Funktionäre mit deren Familienangehörigen auf 400–500 Personen; Auskunft vom 16. 6. 1977.



so arbeitete eine beträchtliche Zahl saarländischer Kumpel ständig in Lothringen. Die Grenze nach Frankreich war insofern trotz der eben genannten Restriktionen „offener“, der erste Schritt ins Exil ging zumindest für die größtenteils in Gewerkschaften und Arbeiterparteien organisierten aktiven Rückgliederungsgegner nicht so sehr ins Unbekannte. Die Grenzarbeit in Forbach wurde von Max Braun und Emil Kirschmann geleitet, tatkräftig unterstützt von Hanna Kirchner; Richard Kirn kümmerte sich u. a. um die Gewerkschaftsarbeit. Die Aktionen der Beratungsstelle hatten starken Selbsthilfecharakter, der von den französischen Behörden weitgehend positiv gewertet wurde<sup>132</sup>.

In Forbach erschienen die *Nachrichten von der Saar* (NvdS)<sup>133</sup> und das Informationsblatt *Beratungsstelle für Saarflüchtlinge*<sup>134</sup>. Weihnachten 1935 wurde Richard Kirn vom Vorsitzenden des IGB, Walter Schevenels, damit beauftragt, die emigrierten saarländischen Bergarbeiter in die CGT zu integrieren, zudem wurde eine deutsche Sprachgruppe geschaffen. Kirn wurde von dem Leiter der CGT, Jouhaux, beim Aufbau der lothringischen CGT generell mit eingesetzt; in Forbach redigierte er die Bergarbeiterblätter *Le Travailleur du Soul-sol* und *Der Kumpel*<sup>135</sup>. Die Beratungsstelle arbeitete eng mit der örtlichen SFIO-Führung zusammen, Max Braun war bei häufigen Aufenthalten in Paris darum bemüht, durch Kontakte auf höherer Ebene auf die französische Flüchtlingspolitik einzuwirken. Eine entsprechende Interessenvertretung war die von Kirschmann und Braun ebenfalls noch in Forbach ins Leben gerufene Vereinigung der Saaremigranten. Als letztes Flüchtlingslager war im April 1936 die Durchgangsstelle Forbach geschlossen worden, Ende des gleichen Monats erfolgte auch die Auflösung der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge – nachdem die Vereinigung der Saaremigranten entsprechende Vereinbarungen mit der französischen Regierung getroffen hatte<sup>136</sup>. Danach verlagerten sich die Aktivitäten der organisierten Saaremigranten regional ins Elsaß

<sup>132</sup> Ein Beispiel ist die von der Beratungsstelle ergriffene Initiative zur Regelung der Rentenansprüche emigrierter Bergleute nach der Emigration gemäß den Römischen Garantien. Es wurde bei den französischen Behörden erreicht, daß die betroffenen Personen die notwendigen Untersuchungen nicht bei einer deutschen diplomatischen oder konsularischen Institution in Frankreich vornehmen mußten, sondern zu französischen Vertrauensärzten gehen konnten; pers. Auskunft Richard Kirn v. 13. 6. 1977.

<sup>133</sup> Hrsg. von der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge, Chefredakteur Max Braun, erschien 1935/36 (Mai). Beiträge von Max Braun, R. E. Raffael, Alphonse Rieth. Die in Form von hektographierten Rundschreiben unregelmäßig erscheinenden NvdS berichteten vor allem über die Lage im Saargebiet nach dem Referendum. Außerdem wurde über die französische Flüchtlingspolitik berichtet und Hinweise auf dem Gastland entsprechende Verhaltensweisen für Emigranten gegeben. Offenbar auch in Forbach erschien Anfang 1936 das wahrscheinlich noch vor der Saarabstimmung konzipierte Blatt *In letzter Minute* (ebenfalls hektographiert), in dem den Saarflüchtlingsen ebenfalls Verhaltensregeln gegenüber französischen Behörden vermittelt wurden; BHB-Archiv.

<sup>134</sup> Hrsg. Emil Kirschmann und Hanna Kirchner, erschien 1936 (April bis Dezember?).

<sup>135</sup> Pers. Auskunft Richard Kirn 13. 6. 1977.

<sup>136</sup> NvdS, 30. 4. und 12. 5. 1936: „Mitteilung“, unterzeichnet von Emil Kirschmann und Hanna Kirchner.



und nach Paris. Mulhouse wurde das eine Zentrum politischer Arbeit von Saarländern und einigen reichsdeutschen Emigranten, die sich im Abstimmungskampf engagiert hatten. Hier arbeiteten fortan u. a. Emil Kirschmann, Max Hofmann und die bekannte sozialdemokratische Sozialpolitikerin und ehemalige Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz<sup>137</sup>. Hatte die Tätigkeit der Forbacher Beratungsstelle, die Kirschmann und die in Forbach gebliebene Hanna Kirchner in Übereinstimmung mit Max Braun als politische Organisation weiterführten<sup>138</sup>, eine andere Zielsetzung als die Sopade-Grenzsekretariate, die Operationsstellen vor allem zur Entfaltung und Unterstützung des inneren Widerstandes waren, so arbeitete die Gruppe in Mulhouse schon eher „mit dem Gesicht nach Deutschland“<sup>139</sup>. Nach einer Konferenz in Straßburg, die sich mit dem gesteigerten politischen Terror in dieser Region befaßte, wurde ein Hilfskomitee für das Gebiet Saar-Pfalz gebildet, dem u. a. Hanna Kirchner, Ernst Roth, Emil Kirschmann und die Frau des christlichen Gewerkschaftsfunktionärs Otto Pick angehörten<sup>140</sup>. In Mulhouse erschien auch die *Freiheit-Korrespondenz*, Kirschmann zeichnete verantwortlich für einen *Gewerkschaftsdienst der Freiheit-Korrespondenz*<sup>141</sup>.

<sup>137</sup> Marie Juchacz (1897–1956), Sozialpolitikerin, seit 1908 in der SPD aktiv, 1913 Frauensekretärin in Köln, 1917 Leiterin des zentralen Frauenbüros der SPD in Berlin. 1919 gründete Marie Juchacz die Arbeiterwohlfahrt, die ihr eigentliches Lebenswerk ist; 1920–33 MdR, im Preussischen Landtag Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses; 1933 Emigration ins Saargebiet und 1935 nach Frankreich. Nach Kriegsausbruch Flucht nach Südfrankreich, von dort 1941 mithilfe eines Notvisums zusammen mit ihrem Schwager Emil Kirschmann in die USA; in New York Mitglied, später Vorsitzende des Workman Circle; organisierte Hilfsaktionen für die vom Nationalsozialismus befreiten Länder. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland wieder in der Arbeiterwohlfahrt sowie der sozialdemokratischen Frauenbewegung tätig; BHB-Archiv.

<sup>138</sup> Definiert als Sektor Saarflüchtlinge im Rahmen der deutschen Emigration in Frankreich – in sachlicher Schlußfolgerung aus der durch die Römischen Verträge geschaffenen besonderen Lage für die Saaremigration. Vgl. Rundschreiben an „Lieber Kamerad“, unterzeichnet von Emil (Kirschmann) und Hanna (Kirchner), Forbach, 16. 7. 1936, in: IEE, o. D. (Juli 1936).

<sup>139</sup> Die Formulierung abgeleitet von: Mit dem Gesicht nach Deutschland, Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, hrsg. von Erich Matthias, bearbeitet von Werner Link, Düsseldorf 1968 (im Folgenden zit. MGD), aufgenommen auch von ULA, a. a. O.

<sup>140</sup> Walter A. Schmidt, Damit Deutschland lebe, Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin (Ost) 1958, S. 521.

<sup>141</sup> Die *Freiheit-Korrespondenz* erschien ab August 1936 zuerst in Moulin-les-Metz (Nr. 1–10), Hrsg. Max Braun; ab Juni 1936 bis Mai 1940 in Mulhouse, verantwortlicher Redakteur Emile Erhard. Der *Gewerkschaftsdienst* (auch: „Aus deutschen Betrieben und dem sozialen Leben, *Gewerkschaftsdienst der Freiheit-Korrespondenz*“) erschien 1936–38 als Beilage, ab Oktober 1936 – Dezember 1937 auch als gesonderte Publikation. Das Blatt erschien vorübergehend als *Freiheit-Korrespondenz-Auslandsausgabe*, die, obwohl ebenfalls in Frankreich herausgebracht, den Eindruck erwecken sollte, illegal im Saargebiet hergestellt worden zu sein. Autoren waren u. a. Otto Bauer, Max Braun, R. Breitscheid, Philipp Daub, Alfred Döblin, Konrad Heiden, Wickham Steed. Vgl. Maas, a. a. O., S. 259 f.



Übergeordnetes Organ der Saaremigration blieben weiterhin die seit September 1935 erscheinenden *Informationen von Emigranten für Emigranten* (IEE), als deren Herausgeber 1935/36 zunächst die Beratungsstelle für Saarflüchtlinge figurierte, die jedoch von Anfang an in Paris erschienen waren<sup>142</sup>. In den *Informationen von Emigranten für Emigranten* wird eine Entwicklung deutlich, die auch die exilorganisatorischen Bemühungen der Saarländer zunehmend kennzeichnet. Das Blatt propagierte die Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, wie sie bereits während des Abstimmungskampfes bestanden hatte, und macht dies auch formell-editorisch erkennbar: Ab (Juli) 1936 erscheinen die IEE als gemeinsames Organ der Arbeiterwohlfahrt, Roten Hilfe und der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge, das sich nicht nur an den engeren Kreis der Saarflüchtlinge, sondern an die deutsche Emigration in Frankreich ganz allgemein wendet. Tenor und Selbsteinschätzung des Blattes war, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung Kommunisten und Sozialdemokraten in der Redaktion einer Zeitschrift vereint zu haben und Vorreiter der Zusammenfassung der gesamten deutschen Emigration zu sein. Dabei war die im Abstimmungskampf zustande gekommene Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten schon bald nach der Niederlage am 13. Januar 1935 ins Wanken geraten. Am 15. Januar 1935 war der letzte von Max Braun und Fritz Pfordt gemeinsam unterzeichnete Aufruf an die Saarbevölkerung ergangen<sup>143</sup>; in den NvdS vom 9. April 1935 (Nr. 7) war dann noch einmal ein Glückwunsch der Freiheitsfront Saar an die Danziger Sozialdemokraten zu deren Erfolg bei den April-Wahlen abgedruckt, der jedoch nur von der SPD/S abgegeben worden zu sein scheint. Das ZK-Mitglied der KPD, Wilhelm Florin, schrieb allerdings schon im Oktober 1934, das Bündnis von KPD/S und SPD/S sei zeitlich bis zur Abstimmung am 13. Januar 1935 begrenzt<sup>144</sup>. Diese Aussage wird zumindest fragwürdig in Anbetracht der öffentlichen Identifikation mit dem von Max Braun erstmals auf der Sulzbacher Kundgebung am 26. August 1934 propagierten Status-quo-Programm<sup>145</sup>, das ja auf eine Interimsregierung für die Zeit nach 1936 abhebt. Tatsache ist jedoch das Auseinanderfallen der Einheitsfront nach der Abstimmungsniederlage im Januar 1935; genauer: der Bruch der KPD mit der SPD/S. Ulla Langkau-Alex führt als möglichen Grund für dieses Verhalten seitens der KPD die Analyse dieser Niederlagen an,

<sup>142</sup> *Informationen von Emigranten für Emigranten*, Erscheinungszeit September 1936–(Januar) 1937, hrsg. von der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge bis (Juni) 1936, danach im Kollektiv von Max Braun, Kurt Funk (d. i. Herbert Wehner), Albert Grzesinski, August Hartmann. Mitarbeiter waren Max Braun, R. Breitscheid, Philipp Daub, Kurt Funk, Albert Grzesinski, August Hartmann, Rudolf Katz (d. i. Leo Bauer), Rudolf Leonhard, Heinz Linger, Heinrich Mann, Hans Marchwiza, Willi Münzenberg, Erika Müller. Sondernummer anlässlich der Internationalen Konferenz der Deutschen Emigration am 19./20. Juni 1936 in Paris; BHB-Archiv.

<sup>143</sup> *Volksstimme*, Nr. 12, 15. 1. 1936.

<sup>144</sup> Vgl. W. Müller (d. i. Florin), Die Bedeutung des Kampfes für den Status quo im Saargebiet, in: *Rundschau* (Basel), Nr. 55, 18. 10. 1934.

<sup>145</sup> Siehe oben, S. 480 f.



die – im größeren Rahmen der taktisch-strategischen Auseinandersetzung in der Vorbereitungsphase auf den VII. Weltkongreß der Komintern – auf eine (Selbst-)Kritik an der führenden taktischen und propagandistischen Rolle der SPD/S und eine Wiederaufnahme des Gedankens der Einheitsfront „von unten“ hinausliefen<sup>146</sup>. „Ratlosigkeit“ und „Ambivalenz“ der KPD hinsichtlich „Selbstrechtfertigung und Kritik“ vor allem an den Einheitsfrontparteien an der Saar<sup>147</sup> fanden jedoch auf dem VII. Kominternkongreß selbst (25. Juli–20. August 1936) ein vorläufiges Ende. Auf dem Kongreß wurde die Einheitsfront und Volksfront als neue Taktik inauguriert, die allen Parteien der Komintern fortan zur Pflicht gemacht wurde. Die neue Linie, die wesentlich von der politischen Entwicklung in Frankreich, von dem „pacte d'unité“ zwischen Sozialisten (SFIO) und Kommunisten (PCF) und dessen Ausweitung zur Front populaire beeinflusst worden sein dürfte, wurde u. a. auch von Max Braun als eine Hinwendung Moskaus zur „Realpolitik“ gewertet<sup>148</sup>.

Während jedoch die Sopade letzten Endes jegliche Verständigung mit der KPD und den mit ihr zusammenarbeitenden Gruppen ablehnte, waren die saarländischen sozialdemokratischen Parteiführer in der nun einsetzenden deutschen Volksfrontbewegung im französischen Exil umso aktiver<sup>149</sup>. Max Braun, der sich in Paris der linkssozialistischen, in der Volksfrontfrage gegenüber der Sopade dissidenten SPD-Gruppe Paris angeschlossen hatte, gehörte seit Anfang August dem im Juli 1935 sich konstituierenden „(Vorläufigen) Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“<sup>150</sup> an. Ein erstes öffentliches Dokument für die Wiederbelebung der Einheitsfrontpolitik unter den emigrierten Saarländern ist der durch den „Aktionsausschuß“ dem Völkerbund am 5. September 1935 übersandte Protest gegen die Verletzung der Römischen Verträge an der Saar<sup>151</sup>.

An bereits im Saarkampf propagierte Vorstellungen anknüpfend, war Braun auch in Paris bemüht, die katholische Opposition in eine Volksfront miteinzubeziehen. In diesem Sinne hatte sich der Aktionsausschuß schon vorher an Johannes Hoffmann und Heinrich Imbusch gewandt<sup>152</sup>. Dieser Apell trug Früchte: Von

<sup>146</sup> ULA, a. a. O., S. 271 f., Anm. 102.

<sup>147</sup> Ebenda.

<sup>148</sup> Vgl. Stellungnahme Brauns zu Dimitroffs Aufruf, in: *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung*, Jg. 15, Nr. 49 vom 5. 12. Zum VII. Kominternkongreß und der Bewertung der neuen Taktik siehe Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972, S. 163 ff.; ULA, ebd., S. 109 ff.

<sup>149</sup> Zu diesem Kapitel Exilgeschichte ist die angeführte Arbeit von Ulla Langkau-Alex der ausführlichste Beitrag auf neuestem Forschungsstand.

<sup>150</sup> Auch „Aktionsausschuß für Freiheit in Deutschland“.

<sup>151</sup> „Requête au Conseil de la Société des Nations concernant la violation des mesures de protection dans la Sarre stipulées par convention internationale de Rome le 5 décembre 1934.“; Unterzeichner waren Max Braun, Emil Kirschmann sowie die Kommunisten Wilhelm Frisch und Maria Loersch (1934/35 Stadtverordnete in Saarbrücken) für die „Front de la Liberté en Sarre“, weiter Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Ernst Toller, Rudolf Breitscheid, Wilhelm Koenen, Kurt Rosenfeld. Die Eingabe ist abgedruckt in: Jacoby, a. a. O., S. 241–246.

<sup>152</sup> Unterzeichner des betreffenden Schreibens waren außer Braun Wilhelm Koenen, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Georg Bernhard; vgl. ULA, S. 81.



den saarländischen Katholiken schloß sich außer Johannes Hoffmann auch der christliche Gewerkschafter Otto Pick<sup>153</sup> an<sup>154</sup>. Braun nahm an allen drei vorbereitenden Konferenzen zur Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ teil, die am 26. September und 21. November 1935 sowie am 2. Februar 1936 in dem Pariser Hotel Lutetia stattfanden, Kirschmann an den ersten beiden. Zusammen mit Georg Decker legte Max Braun den dezidiert sozialdemokratisch-programmatischen Beitrag zur Bildung einer deutschen Volksfront: „Der Bund ‚Das kommende Deutschland‘“ vor<sup>155</sup>. Zum Lutetia-Kreis, dem alle

<sup>153</sup> Siehe oben, Anm. 86.

<sup>154</sup> Hoffmann war Teilnehmer an der Volksfront-Konferenz vom 21. November 1935 im Hotel Lutetia. Nach Gründung einer katholischen Vereinigung für das Ausland Anfang Dezember 1935 in Paris als deren Repräsentant von politischem Gewicht (so Max Braun gegenüber Otto Wels und Paul Hertz am 19. 12. 1935 in Prag, Nachl. Paul Hertz XXIII, IISG) war er vermutlich auch auf der Sitzung am 2. 2. 1936 anwesend, an der auch Pick teilnahm. Zur Quellenlage ULA, S. 300, Anm. 30 und S. 309 f., Anm. 163.

<sup>155</sup> „Der Bund ‚Das kommende Deutschland‘“

Vorschlag von Max Braun:

- 1) Die Auslands-Organisation des Bundes „Das kommende Deutschland“ (oder „Freies Deutschland“) soll für den Kampf im Reiche das Zeichen dafür sein, daß trotz aller Unterschiede in den grundsätzlichen Anschauungen und Zukunftszielen die Möglichkeit vorhanden ist, die für den Kampf verhängnisvolle Zersplitterung zu überwinden, die gegenseitige Bekämpfung abzustellen und die Kräfte für den gemeinsamen Schlag gegen das Hitlerregime zu sammeln.
- 2) Als Grundlage der Einigung erscheint die gemeinsame Einsicht, daß für die Gegenwart der Kampf gegen den Faschismus in allen seinen Formen und Abarten für die Erhaltung bzw. Wiedereroberung der politischen Freiheiten, die erst jeder Richtung den Kampf um ihre Zukunftsziele ermöglichen, die vordringliche Aufgabe ist.
- 3) Daraus ergibt sich die Zielsetzung des Bundes, die zugleich geeignet ist, auch im Dritten Reiche alle Unterdrückten und alle diejenigen, die ihre Ideale, ihre Weltanschauung und ihren Glauben beschmutzt und zertreten sehen, in gemeinsamem Kampf zusammenzufassen.
- 4) Der Bund „Das kommende Deutschland“ muß ein Bund der Menschlichkeit sein. In der Zeit der tiefsten Erniedrigungen der Menschen im Dritten Reiche muß der Welt die Stimme des anderen Deutschland vernehmbar werden, die die Rechte der menschlichen Persönlichkeit und die Menschenwürde verteidigt.
- 5) Der Bund „Das kommende Deutschland“ vertritt das andere Deutschland vor der Welt. Er hat namentlich die Aufgabe zu beweisen, daß die heute Deutschland beherrschenden Cliquen nicht mit der Gesamtheit des deutschen Volkes gleichgestellt werden dürfen und daß in Deutschland die Kräfte vorhanden und im Wachsen sind, die die Hitlerbarbarei, sowie jeden Militarismus und überstiegenen Nationalismus zu bekämpfen bereit sind.
- 6) Der Bund enthält sich jeder Einmischung in die Tätigkeit der illegalen Organisationen, deren Leitung und an sich wünschenswerte Koordinierung die Aufgabe der entsprechenden Parteien und Gruppen bleiben soll. Er unterstützt ihre Arbeit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften.
- 7) Die Tätigkeit des Bundes kann nicht an eine bestimmte Prognose der Entwicklung gebunden sein. In Arbeitskreisen soll die Entwicklung im Dritten Reich auf allen Gebieten ständig verfolgt werden. Die Arbeitskreise beschäftigen sich mit der Problematik, die sich aus dieser Entwicklung ergibt, um bereit zu sein, zu jeder Zeit die praktischen Lösungen der deutschen Probleme vorzuschlagen.



Teilnehmer an Volksfront-Besprechungen zugeordnet wurden, gehörten verhältnismäßig viele Saarländer bzw. Flüchtlinge aus dem Saargebiet, so u. a. auch Max Hofmann, Ernst Roth, Heinrich Ritzel und Hermann Petri<sup>156</sup>. Am 5. Dezember 1935 richteten 11 „saarländische“ Sozialdemokraten in Forbach – darunter Heinrich Becker<sup>157</sup>, Hermann Petri und Richard Kirm – ein Schreiben an die Sopade, in dem sie auf eine Verständigung der SPD mit der KPD drängten<sup>158</sup>. Max Braun, der zwischenzeitlich den „Gemeinsamen Protest gegen den Justizmord an Rudolf Claus“<sup>159</sup> mitunterzeichnet hatte<sup>160</sup>, wurde dann auf der eigentlichen Gründungskonferenz am 2. Februar 1936 in das Komitee bzw. den „Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ gewählt<sup>161</sup>. Sozusagen als erstes Arbeitsergebnis

8) Der Bund hat in wichtigen Fällen der Welt die Auffassung des kommenden Deutschlands kundzugeben. Er wird sich auch bemühen, die Welt über die Zustände im Dritten Reiche richtig zu informieren. Durch die äußerste Sorgfalt bei der Nachprüfung soll es erreicht werden, daß die Mitteilungen des Bundes in der ganzen Welt mit vollem Vertrauen aufgenommen werden.“

Zit. nach: ULA, a. a. O., S. 167 f. Das eigentlich von Georg Decker verfaßte Memorandum wurde von Max Braun auf der Lutetia-Konferenz am 26. 9. 1935 vorgelegt. Georg Decker (Ps. für Prof. Georg Jury Denicke), Wirtschaftswissenschaftler, als Menschewik 1918 Emigration nach Deutschland, SPD-Mitglied, vor 1933 Herausgeber der Zeitschrift *Die Gesellschaft*, 1933 Emigration ins Saargebiet, 1935 nach Frankreich; bereits an der Saar enger Mitarbeiter von Max Braun, Redakteur der *Deutschen Freiheit*. Decker wurde auf der Konferenz vom 2. 2. 1936 als eines der drei sozialdemokratischen Mitglieder in das „Komitee“ bzw. den „Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ gewählt; ging später in die USA; BHB-Archiv.

<sup>156</sup> Teilnehmer an der Lutetia-Konferenz vom 2. 2. 1936; vgl. ULA, S. 309, Anm. 157.

<sup>157</sup> Becker (1877–1964), Bergmann, ab 1911 besoldeter Sekretär des Bergbau- und Industrieverbandes für den Bezirk Essen, 1918 Gewerkschaftssekretär in Gießen, 1921 bis zu seiner Entlassung durch die DAF Juni 1933 Leiter des Bezirks Herborn/Hessen; 1924–33 MdR (SPD); Juni 1933 Emigration ins Saargebiet, enge Zusammenarbeit mit Max Braun und Emil Kirschmann, aktiv in Einheits- und Volksfrontpolitik; 1935 Flucht nach Frankreich. In Metz 1937 Mitbegründer und Vorsitzender eines Volksfront-Komitees für das Saargebiet (s. Anm. 168). Teilnehmer an der Lutetia-Konferenz vom 2. 2. 1936; distanzierte sich später von der Volksfront. Nach Kriegsausbruch interniert, August 1941 Festnahme durch Gestapo, nach Verurteilung durch Volksgerichtshof Juli 1942 bis zu seiner Befreiung April 1945 im Zuchthaus Brandenburg; BHB-Archiv.

<sup>158</sup> IISG, Nachl. Paul Hertz, Korr. Kirschmann.

<sup>159</sup> Claus, ein Berliner BVG-Arbeiter, war Leiter der illegalen Roten Hilfe in Berlin. Allein aufgrund seiner Überzeugung in einem Volksgerichtshof-Prozeß am 25. Juli 1935 zum Tode verurteilt, wurde er am 17. Dezember gleichen Jahres hingerichtet.

<sup>160</sup> Nach ULA ein Dokument von wesentlicher Bedeutung für das Zustandekommen des Volksfrontausschusses; Unterzeichner waren außer Braun die Sozialdemokraten Emil Kirschmann, Viktor Schiff, R. Breitscheid, Max Brauer mit den Kommunisten W. Münzenberg, Philipp Dengel, Wilhelm Koenen, H. Beimler – unter Zurückstellung aller „prinzipiellen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten“. Dem Protest schlossen sich später eine Reihe bekannter Persönlichkeiten an, die zum größten Teil dem Lutetia-Kreis angehörten bzw. mit ihm sympathisierten. Das Dokument in: ULA, S. 207 ff.

<sup>161</sup> Diese Namensführung offiziell erst ab Juni 1936. Dem Ausschuß gehörten je drei Sozialdemokraten und Kommunisten, je zwei SAPD-Mitglieder, Bürgerliche und Katholiken an; Präsident wurde Heinrich Mann.



des Volksfrontausschusses erschienen ab März 1936 die *Deutschen Informationen*, in französischer Ausgabe *Nouvelles d'Allemagne*, als deren Herausgeber ebenfalls Max Braun neben Heinrich Mann, R. Breitscheid und Bruno Frei zeichneten; Braun und Frei besorgten zugleich die Redaktion. Die *Informationen* hatten den Charakter eines gemeinsamen Nachrichtendienstes von Sozialdemokraten und Kommunisten „über die Verhältnisse in Deutschland und dessen Absicht und Ziele“. Als Mittel zur Einigung von KPD und SPD in einer Einheitsfront und der weiteren deutschen antifaschistischen Emigration in einer Volksfront erwiesen sie sich letzten Endes jedoch als untauglich; das Scheitern des Volksfrontausschusses im Herbst 1937 überdauerten die *Deutschen Informationen* nur kurze Zeit, ab Februar 1938 erscheint ein von Max Braun herausgegebener Nachfolge-Presse-dienst, an dem keine Kommunisten mehr teilhatten<sup>162</sup>. Doch schien die Volksfrontbewegung gerade in Kreisen saarländischer Emigranten vorerst durchaus erfolgreich. Dies gilt vor allem auch für die emigrierten Gewerkschafter. Wie bereits erwähnt, hatten sich kurz vor der Rückgliederungsabstimmung im Saargebiet die Bergarbeiterverbände des ADGB und der RGO zusammengeschlossen (Dez. 1934). Diese gewerkschaftliche Einheitsfront bestand auch im Exil weiter. Weiterführung und Ausbau der gemeinsamen Arbeit mit Schwerpunkt vorerst in Forbach wurden nicht zuletzt stark motiviert durch den Zusammenschluß der sozialistischen CGT und kommunistischen CGTU in Frankreich: auf einem gemeinsamen Kongreß hatten sich die beiden Gewerkschaften am 27. September 1935 über die Modalitäten einer Fusion geeinigt, die dann im März 1936 realisiert wurde. Die nach der sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD auch auf gewerkschaftlicher Ebene intensivierte Volksfrontarbeit führte am 23./24. Mai 1936 zur Gründung des „Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands“ in Paris<sup>163</sup>. Eine in Forbach eingerichtete Grenzstelle des Ausschusses wurde bis 1939 von Wilhelm Frisch und Richard Kirn geleitet. Diese Grenzstelle, die vor allem auf das Saargebiet einwirkte, konnte Anfang 1937 einen beachtlichen Erfolg verbuchen, als es darum ging, daß sämtliche in Lothringen arbeitenden saarländischen Grenzgänger nach einer Devisenordnung der deutschen Regierung vom Dezember 1936 ihre in französischen Francs ausgezahlten Löhne fortan in Deutschland nach den dort geltenden Kursbestimmungen umzutauschen hätten. Die in Zusammen-

<sup>162</sup> Bereits auf einer Vorkonferenz der Arbeiterparteien am 1. 2. 1936 hatten sich Braun und Münzenberg darauf geeinigt, ein „Antifa. Informationsbüro“ zu schaffen (U. Langkau-Alex, *Deutsche Emigrationspresse*, in: *International Review for Social History* 15 [1970], S. 192 ff.) Die *Informationen* wurden von der KPD finanziert, die dafür auf die bisher unterstützten Pressedienste *inpress* und *Informationen aus Deutschland* verzichtete; entsprechende Bemühungen vor allem saarländischer Sozialdemokraten in Forbach, die Sopade zur Mitfinanzierung eines gemeinsamen Informationsdienstes zu bewegen, waren gescheitert; vgl. ULA, a. a. O., S. 151; Maas, a. a. O., S. 169 ff.

<sup>163</sup> Der „Arbeitsausschuß“ wurde von der Bergarbeiter-Internationale als Vertretung der deutschen Bergarbeiter anerkannt. Vorsitzende waren Wilhelm Knöchel (KPD) und der ehem. sozialdemokratische Sekretär des Bergarbeiterverbandes in Bochum, Franz Vogt; BHB-Archiv.



arbeit mit der CGT organisierte militante Protestaktion der Betroffenen, denen dadurch eine empfindliche Lohnneinbuße drohte, zwangen die devisenhungrige nationalsozialistische Regierung, vorerst bei dem ungünstigeren Umtausch im Saargebiet eine Ausgleichssumme zu zahlen<sup>164</sup>.

Am 20. März 1937 wurde dann in Paris ein „Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich“ gebildet, dem außer Kommunisten und Sozialdemokraten auch christliche und parteilose Mitglieder angehörten. In den dreizehnköpfigen Arbeitsausschuß wurden u. a. die Saarländer Richard Kirn und Wilhelm Frisch als Repräsentanten der Bergarbeiter sowie der christliche Gewerkschafter Otto Pick gewählt. Im November 1937 fand eine Konferenz der Berg- und Metallarbeiter statt, die sich der Vereinheitlichung der Betriebsarbeit von KPD und SPD zum Ziel setzte. An ihr nahmen u. a. Ernst Roth, Otto Pick, Wilhelm Frisch, Josef Wagner sowie einige im Saargebiet illegal arbeitende Gewerkschafter teil<sup>165</sup>.

Das Engagement saarländischer Emigranten in der Volksfrontbewegung dokumentieren weiterhin der in die Öffentlichkeit eingegangene „Aufruf für die deutsche Volksfront, für Frieden, Freiheit, Brot“ des Volksfrontausschusses vom 21. Dezember 1936<sup>166</sup>, der u. a. von Max Braun, Emil Kirschmann und Richard Kirn unterzeichnet war<sup>167</sup>.

Am 1. März 1937 fand in Paris anlässlich des Jahrestages der Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland eine Konferenz von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften statt, auf der ein „Arbeitsausschuß zur Vorbereitung einer Volksfront für das Saargebiet“ ins Leben gerufen wurde. Mitglieder des Ausschusses, der sich die illegale Arbeit im Saargebiet zum Ziel setzte, waren die Sozialdemokraten Max Braun, Kirschmann, Friedrich Wilhelm Wagner, die Kommunisten Philipp Daub, Otto Niebergall und Josef Wagner sowie der Gewerkschafter Otto Pick<sup>168</sup>.

Am 10./11. April 1937 tagte in Paris ein Volksfront-Kongreß, an dem über 300 Delegierte teilnahmen. Das nach außen hin sehr erfolgreiche Treffen konnte jedoch nicht verhindern, daß kurz darauf der Volksfrontausschuß in eine selbstzerstörerische Krise geriet, die ihre Ursache wieder in der Taktik der KPD hatte, die mit zunehmender Ausweitung der Volksfront nach rechts ab 1938 neuerdings auf eine „Einheits- und Volksfront von unten“ abzielte. Noch im April mußte

<sup>164</sup> Zu der Aktion, die an das Verhalten der saarländischen Bergarbeiter Anfang der zwanziger Jahre erinnert (s. o., S. 489), vgl.: Walter A. Schmidt, *Damit Deutschland lebe*, a. a. O., S. 520 f.; ebenso Horst Bednarek, *Die Gewerkschaftspolitik der KPD 1935–1939*, Berlin (Ost) 1969, S. 177 ff.

<sup>165</sup> Schmidt, a. a. O., S. 522.

<sup>166</sup> Nach anderen Quellen vom 9. 1. 1937. Duhnke, a. a. O., S. 243 ff., darin auch die Unterzeichnerlisten.

<sup>167</sup> *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, 1917–1945*, Berlin 1966, S. 372; Bednarek, a. a. O., S. 172.

<sup>168</sup> Ebenda, S. 375. Schmidt erwähnt eine ähnliche Konferenz z. T. mit denselben Teilnehmern am 20. 8. 1937 in Metz, a. a. O., S. 521.



Münzenberg auf Weisung der Komintern alle seine Funktionen niederlegen und aus dem Volksfront-Komitee ausscheiden; an seine Stelle trat trotz des Protestes der Nichtkommunisten Walter Ulbricht. Die Moskauer Prozesse hatten das Klima einer gedeihlichen Zusammenarbeit zunehmend vergiftet, es kam zu verschärften ideologischen Auseinandersetzungen vor allem zwischen KPD und der von ihr als „trozkistisch“ verunglimpften SAPD (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands)<sup>169</sup>. Im Laufe des Sommers wurden die sogenannten „Freundeskreise“ der Volksfront, die zur Zeit der Pariser Weltausstellung in den verschiedensten Arrondissements entstanden waren, zunehmend zu Instrumenten der Politik der KPD umfunktioniert. Nach fruchtlosen Beschwerden der nichtkommunistischen Mitglieder des Ausschusses an das ZK der KPD beendeten diese am 13. November 1937 die Zusammenarbeit mit Walter Ulbricht und erklärten, die Sammlung der deutschen Opposition allein fortsetzen zu wollen, bis der Parteivorsitzende Pieck die entstandenen Differenzen geklärt habe. Nachdem dieser nicht antwortete, beendeten die Nichtkommunisten auf Initiative Max Brauns im Januar 1938 die gemeinsame Pressearbeit mit der KPD, Braun erklärte seinen Rücktritt aus der Redaktion der *Deutschen Informationen*. Er begann danach, einen sozialdemokratischen Pressedienst *Echo* aufzubauen. Vermittlungsversuche Münzenbergs und Heinrich Manns<sup>170</sup> scheiterten. Im Februar 1938 erfolgte der definitive Bruch Brauns mit dem Volksfront-Ausschuß, ab 19. d. M. erscheinen ohne die Kommunisten die *Deutschen Informationen vereinigt mit Deutsche Mitteilungen*<sup>171</sup>.

Das Scheitern des deutschen Volksfront-Experiments in Paris, das im übrigen auch die Gewerkschaftsarbeit berührte<sup>172</sup>, stand sicherlich auch in Zusammenhang mit der zeitlich parallel verlaufenden Zersetzung der Volksfrontbewegung in Frankreich und Spanien, an der kommunistische Taktik ebenfalls ihren Anteil hatte<sup>173</sup>.

<sup>169</sup> Hierzu Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Meisenheim am Glan 1965. Zum Scheitern des Volksfrontexperiments vgl. Duhnke, a. a. O., S. 237 ff.; Babette Gross, *Willi Münzenberg, Eine politische Biographie*, Stuttgart 1967, S. 304 ff.

<sup>170</sup> Heinrich Mann in seiner Eigenschaft als Präsident des von ihm Dezember 1937 gegründeten „Bundes freiheitlicher Sozialisten“, mit dem er ein blockfreies Gegengewicht zur KPD in der Volksfront schaffen wollte.

<sup>171</sup> Ursprünglich erschienen unter dem Titel *Deutsche Mitteilungen* (1938, Nr. 1–4), französischer Titel: *Nouvelles d'Allemagne réunies avec les Informations d'Allemagne*, Hrsg. waren außer Max Braun und Heinrich Mann (bei den ersten 4 Nummern) Georg Bernhard, Fritz Lieb, Dr. Hirschfeld (später durch den Sozialdemokraten Friedrich Wilhelm Wagner ersetzt). Die Redaktion besorgten Braun und Bernhard. Von 1939 zeichnete Max Braun als alleiniger Herausgeber; vgl. Langkau-Alex, *Emigrationspresse*, a. a. O., S. 198 ff.; Maas, a. a. O., S. 169 ff.

<sup>172</sup> So schied zum Beispiel Richard Kirm als Sekretär der lothringischen CGTU wegen Kritik an der KPD-Volksfronttaktik aus (Pers. Auskunft v. 13. 6. 1977); zu dem Konflikt vgl. Bednarek, a. a. O., S. 196 ff.

<sup>173</sup> Vgl. u. a. Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, a. a. O., bes. Kap. 3 und 5.



Wichtig erscheint der Versuch einer Wertung der Haltung Max Brauns. Braun war auf sozialdemokratischer Seite bei den Bemühungen zur Bildung einer deutschen Volksfront im französischen Exil zweifellos die dominierende Persönlichkeit. Er agierte von Anfang an gegenüber der Sopade unabhängiger als die übrigen in Frankreich lebenden Sozialdemokraten und auch die in der „SPD-Gruppe Paris“ organisierte sozialdemokratische Linke, die sich schließlich gegen den Widerstand des Prager Parteivorstands ebenfalls für die Einheitsfront mit der KPD und darüber hinaus für den Lutetia-Kreis engagierten. Dennoch unternahm gerade Braun, der als Führer der SPD/S bereits vor 1935 gegenüber dem Parteivorstand autonomistische Tendenzen gezeigt hatte, in Paris alles nur Mögliche, um den sozialdemokratischen Einfluß auf den Lutetia-Konferenzen zu stärken<sup>174</sup>. Obwohl Braun nach dem Scheitern des Volksfront-Experiments noch einmal in dem im Sommer 1938 gegründeten sog. „Thomas Mann-Ausschuß“ mitarbeitete<sup>175</sup>, spielte er bei den 1938 einsetzenden Bemühungen um eine Konzentration des sozialistischen Exils ohne die KPD als Vorsitzender der am 9. Januar 1938 gegründeten SPD-Landesgruppe Frankreich eine wichtige Rolle. Die sogenannte „Konzentrationsdebatte“ war nach dem Anschluß Österreichs von österreichischen Sozialisten im Pariser Exil lanciert worden<sup>176</sup>. Sie wurde u. a. unter dem Aspekt einer größeren Gleichberechtigung der linken sozialistischen Zwischenparteien (Gruppe Neu Beginnen, ISK, SAPD/IJB), der RSÖ und SPD-Landesgruppe Frankreich gegenüber der unterdessen nach Paris übergesiedelten Sopade geführt, verbunden mit der Forderung nach einer neuen, demokratischen Legitimierung der Führung der sozialistischen Bewegung im Exil: Max Braun richtete an den PV das Ansinnen, fünf Vertreter – der etwa 1500 Mitglieder umfassenden – Landesgruppe Frankreich in die Sopade zu delegieren<sup>177</sup>.

<sup>174</sup> Dies ist u. a. ersichtlich aus dem von ihm organisierten Treffen zu der bevorstehenden Lutetia-Konferenz vom 2. 2. 1936, zu dem Braun eine Reihe von Sozialdemokraten von außerhalb Paris einlud, außerdem Hoegner, Crispian und Hertz sowie mehrere Leute aus den Grenzsekretariaten. Die genannten drei konnten wegen Paßschwierigkeiten nicht ausreisen. Hoegner und Crispian schickten aus Zürich Zustimmungserklärungen zur sozialdemokratischen Teilnahme an der Gründungskonferenz des Volksfrontausschusses; vgl. ULA, S. 153.

<sup>175</sup> Der von Thomas Mann anlässlich seines Aufenthaltes im Sommer 1938 in Paris gegründete Ausschuß strebte einen „Burgfrieden“ zwischen den verschiedenen politischen Gruppen im Exil an. Ihm gehörten neben Ranschnig, Spiecker und Fritz Lieb auch Vertreter der SPD (außer Braun Stampfer sowie Julius Deutsch für die Österreichischen Sozialisten) und KPD (Münzenberg, Dahlem, Otto Katz) an. Der Ausschuß scheiterte, der Bruch mit den Kommunisten war letzten Endes nicht mehr aufzuhalten; vgl. MGD (s. Anm. 139), S. 111 f.

<sup>176</sup> Vgl. die Stellungnahme Max Brauns in der *Deutschen Freiheit*, in: MGD, S. 307 ff.; ebenso Kurt Kliem, *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich*, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, phil. Diss. Marburg 1957, S. 228 ff.; BHB-Archiv.

<sup>177</sup> Dieses Ansinnen wurde von der Sopade, die ihren Führungsanspruch auf der Grundlage des Mandats wahrte, abgelehnt. Zu dem Konflikt vgl. Günter Plum, *Volksfront, Konzentration und Mandatsfrage*, Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933–1939, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 410–442; ebenso Protokoll der Vorstandssitzung der Sopade in Paris



Nicht nur unter den emigrierten Saarländern, den Sozialdemokraten, sondern unter der deutschen politischen Emigration in Frankreich ganz allgemein war Max Braun einer der aktivsten antifaschistischen Exilpolitiker. Es ist nicht übertrieben, von einer Einflußnahme des auch publizistisch ungemein aktiven Mannes<sup>178</sup> auf die Flüchtlingspolitik der französischen Regierung gegenüber den Saaremigranten vor allem in der Ära Léon Blum zu sprechen. Hier rührten Beziehungen und Kontakte noch von der Zeit vor 1935 her. Sichtbares Zeichen dieser Politik war bereits das französische Plazet für die Beratungsstelle in Forbach gewesen; nach Auflösung dieser Einrichtung im Frühjahr 1936 entstand durch Dekret der Volksfrontregierung in Paris im Einvernehmen mit dem Internationalen Nansenamt und dem Völkerbund das „Office Sarrois“, das sich mit allen Fragen beschäftigen sollte, die die Saarflüchtlinge betrafen<sup>179</sup>. Im Gegensatz zur Beratungsstelle spiegelte das neue Office Sarrois Volksfrontbestrebungen wieder: Neben dem präsidierenden Max Braun wurden als Mitglieder Edgar Hector, Ludwig Meyer<sup>180</sup> und der Kommunist Philipp Daub berufen.

Die Tätigkeit des Office Sarrois endete mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Nachdem sich die französische Flüchtlingspolitik bereits unter den auf die Volksfront folgenden Regierungen Chautemps und Daladier zunehmend negativ gewendet hatte<sup>181</sup>, begann nun eine neue Phase der Masseninternierungen; mit der Besetzung Frankreichs setzte eine Fluchtbewegung aus dem bisherigen Asyl-land ein, die Emigration wurde in die ganze Welt verstreut. Ein großer Teil der emigrierten Saarländer wurde nach Kriegsausbruch ein zweites Mal in Lager verbracht. Von dort führte der Weg in vielen Fällen in die Fremdenlegion, die Internierten wurden als Arbeiter in der Rüstungswirtschaft eingesetzt („prestataire“), schließlich fielen nach der Besetzung Frankreichs – ausgeliefert durch die Regierung Pétain – viele in die Hände der Gestapo<sup>182</sup>. Entkommen konnten Max Braun und sein Bru-

vom 10. Aug. 1938, in: MGD, S. 323 ff. ISK = Internationaler Sozialistischer Kampfbund, IJB = Internationaler Jugend-Bund, RSO = Revolutionäre Sozialisten Österreichs.

<sup>178</sup> Neben seinen bereits genannten diesbezüglichen Aktivitäten ist hier noch die *Deutsche Freiheit* zu nennen. Die bereits 1933–1935 von Braun geleitete Zeitung (s. o., S. 475) erschien Dezember 1937 bis April 1939 wieder unter der Chefredaktion von Max Braun in Paris, 1938 zeitweilig identisch mit *Die Zukunft*, französische Ausgabe *La Liberté Allemande*; Maas, a. a. O., S. 160 ff.

<sup>179</sup> *Pariser Tageszeitung*, 4. 11. 1936.

<sup>180</sup> Dr. Meyer, Ludwig (Louis), geb. 1882 Neunkirchen/Saar, Tierarzt, Schlachthofdirektor der Stadt Neunkirchen, 1926–35 Regierungs-, ab 1927 Oberregierungsrat in der Zentralverwaltung der saarländischen Regierungskommission (Dezernent für Nahrungsmittelverkehr und Auslandsfleischbeschau). Erhielt Januar 1935 französische Staatsangehörigkeit, Februar 1935 Emigration nach Saargemünd, Frankreich; Frühjahr 1942 über Marseille, Lissabon Flucht in die USA, starb noch im gleichen Jahr in Baltimore; BHB-Archiv.

<sup>181</sup> Es kam zu häufigeren Aufenthaltsverweigerungen, Ausweisungen, Zwangsaufenthalten, Einziehungen der Carte d'Identité; die Maßnahmen wurden anlässlich des Ribbentrop-Besuchs in Paris Anfang Dezember 1938 noch verschärft; vgl. Grossmann, a. a. O., S. 40 u. 190 ff.; ebenso ULA, a. a. O., S. 39.

<sup>182</sup> Nach Art. 19, Abs. 2 des deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrages hatte die fran-



der Heinz Braun, die nach Großbritannien gelangten, wo Max Braun kurz vor seiner Rückkehr aus dem Exil am 3. Juli 1945 in London sterben sollte. Emil Kirschmann und Marie Juchacz flohen über Marseille und Martinique in die USA, wo sie im Mai 1941 eintrafen<sup>183</sup>. Johannes Hoffmann, der bei Kriegsausbruch im deutschsprachigen Dienst des französischen Rundfunks stand, wurde ebenfalls interniert; er floh 1940 aus dem noch unbesetzten Südfrankreich mit einem sogenannten Tschechen-Visum<sup>184</sup> über Spanien und Portugal nach Brasilien. Andere hatten weniger Glück. Von den Vichy-Behörden an die Gestapo ausgeliefert wurden Hanna Kirchner, Richard Kirn und Josef Wagner. Hanna Kirchner und Josef Wagner wurden beide vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet<sup>185</sup>; ein gleiches Schicksal ereilte den KJVD-Funktionär Heinrich Konrath ebenso wie Jakob Welter<sup>186</sup>. Richard Kirn, den die Nationalsozialisten bereits am

zösische Regierung (also Pétain) alle Deutschen auszuliefern, die von der Reichsregierung namhaft gemacht wurden. Ende 1939 waren etwa 25 000 deutsche Flüchtlinge interniert (Nachweis bei ULA, S. 227, Anm. 51) – gleichgültig ob sie als „Refugié provenant d'Allemagne“ anerkannt worden waren oder nicht (d. h. aufgrund der Gesetzgebung von 1936 durch eine gemischte, aus Vertretern der französischen Behörden und Vertretern der Emigration zusammengesetzte Kommission – s. o., S. 501). Der Eintritt in die Fremdenlegion oder die Bereitschaft, die französischen Rüstungs- bzw. Verteidigungsanstrengungen als „prestataire“ zu unterstützen, eröffneten von Anfang an die Möglichkeit, dem Lagerleben zu entgehen; vgl. Lucien Steinberg, „The Scum of the Earth“, Ein Beitrag zur Situation der deutschsprachigen Emigration in Frankreich zu Beginn des 2. Weltkrieges, in: Widerstand, Verfolgung und Emigration 1933–1945, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg 1967, S. 103–117.

<sup>183</sup> Kirschmann wurde in New York Mitglied des „German American Council for the Liberation of Germany from Nazism“ und arbeitete eng mit Paul Hertz zusammen. Nach dem Krieg wandte er sich öffentlich gegen die Vertreibungs- und Demontagepolitik der Alliierten in Deutschland. Er starb am 4. Januar 1947 in New York. In die USA gelangte auch Max Hofmann mit Hilfe eines Notvisums des Jewish Labor Committee. Nach dem Krieg Rückkehr nach Deutschland, Lizenzträger der *Schweinfurter Volksstimme*; BHB-Archiv.

<sup>184</sup> Der Präsident der CSR, Beneš, hatte Friedrich Wilhelm Förster eine Anzahl von Pässen zur Rettung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Organisator der Aktion war in Genf der Saarländer und Förster-Assistent Hermann Mathias Goergen, der spätere Generaldirektor von Radio Saarbrücken. S. u., S. 536 f.

<sup>185</sup> Hanna Kirchner war eine in Frankfurt/M. sehr populäre sozialdemokratische Funktionärin, seit dem 1. Weltkrieg vornehmlich in der Arbeiterwohlfahrt tätig, außerdem Mitgl. der SPD-Stadtbezirksleitung Frankfurt/M. Emigrierte 1933 ins Saargebiet. Sie war ursprünglich zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die im April 1944 vom Volksgerichtshof in ein Todesurteil umgewandelt wurden; sie wurde am 9. 6. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Vgl. Max Oppenheimer, *Das kämpferische Leben der Johanna Kirchner*, Porträt einer antifaschistischen Widerstandskämpferin, Frankfurt/M. 1974. – Wagner starb am 1. 9. 1943. BHB-Archiv.

<sup>186</sup> Konrath, geb. 1912 in Elversberg/Saar, gehörte nach Besuch der Leninschule in Moskau ab 1936 der KPD-Abschnittsleitung in Forbach an. Er wurde am 15. September 1942 in Stuttgart hingerichtet. – Welter, geb. 1907 in Dudweiler, war Mitgl. der KPD-Bezirksleitung Saar, ab 1933 Leiter Rote Hilfe Saargebiet; 1935 Mitarbeiter in der Auslandsabteilung des ZK der KPD in Schweden; 1942 zur Organisation der illegalen Arbeit zurück ins Saargebiet, 1943 Festnahme, 19. 4. 1944 in Plötzensee hingerichtet; BHB-Archiv.



19. November 1937 ausgebürgert hatten, wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und erst 1945 durch die Rote Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit. In die Hände der Gestapo fielen Karl und Hermann Petri, Ernst Kunkel, Hugo Brück ebenso wie der spätere Bürgermeister von Saarbrücken, Heinrich Detjen. Den Tod fand Wilhelm Frisch, der nach der Besetzung Frankreichs verhaftet worden war und sich nach Mißhandlungen durch die Gestapo am 20. Oktober 1940 in der Arrestanstalt der Ortskommandantur Saarbrücken das Leben nahm, während der Haftzeit starb auch der führende KPD/S-Funktionär Wilhelm Hermann<sup>187</sup>. Mit der Verhaftung von Wagner, Frisch und Konrath hatte die Gestapo einen empfindlichen Schlag gegen die illegale Grenzarbeit der Kommunisten in der Region Saar-Pfalz geführt; aber auch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Saarflüchtlinge war unterdessen völlig zum Erliegen gekommen.

War die Zeit bis zum Ausbruch des Krieges gekennzeichnet durch organisatorische Selbsthilfe und politische Aktivität der emigrierten Saarländer – wobei deren relativ kleinem Kreis, repräsentiert vor allem durch die Persönlichkeit Max Brauns, eine verhältnismäßig große Bedeutung zukam –, so gingen sie in ihrem Schicksal nach 1939 in der großen Masse der gehetzten und verfolgten Flüchtlinge in Frankreich unter. Spuren dieser nach 1936 organisatorisch doch recht geschlossenen Exilgruppe scheinen in stärkerem Maße wieder auf, als sich deutschsprachige Emigranten der Résistance anschließen. Besonders hier – eingeschlossen der Dienst in der regulären Armee<sup>188</sup> – ist der Rekurs auf französische Quellen äußerst schwierig, wenn nicht völlig unmöglich. Anhaltspunkte bietet die DDR-Geschichtsschreibung der neuerlichen kommunistischen Volksfrontbemühungen im Zusammenhang mit der Bewegung „Freies Deutschland“<sup>189</sup>, der in Frankreich ein Saarländer, Otto Niebergall, präsidierte<sup>190</sup>. Auch hier beruhen die Darstellungen im wesentlichen

<sup>187</sup> Wilhelm Herrmann, Mitgl. der KPD-Bezirksleitung Saar (s. o.) war nach der Rückgliederung unter dem Decknamen „Genosse Blank“ illegal tätig; Delegierter auf der sog. „Brüsseler Konferenz“ der KPD 3.–15. 10. 1935 bei Moskau; Mai 1940–Apr. 1942 in Gurs/Südfrankreich interniert; Von der Gestapo festgenommen, am 20. Mai 1942 durch den Volksgerichtshof zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, starb am 17. 2. 1945 im Zuchthaus Butzbach/Hessen; BHB-Archiv.

<sup>188</sup> Vgl. Steinberg, a. a. O., S. 112 f.

<sup>189</sup> Vgl. Résistance, Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Frankfurt/M. 1973; Karlheinz Pech, An der Seite der Résistance, Zum Kampf der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen in Frankreich (1943–1945), Frankfurt/M. 1974; Edith Zorn, Über die Stellung deutscher Sozialdemokraten in Frankreich zur Bewegung „Freies Deutschland“ (1944–1945), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 7 (1965), S. 808–826; Florimond Bonte, Les Antifascistes Allemands dans la Résistance Française, Paris 1969.

<sup>190</sup> Otto Niebergall (1904–1977) stammte aus Kusel/Pfalz, 1918 Mitbegründer der Arbeiterjugend Saarbrücken, 1920 KJVD-Funktionär, 1924–35 Mitglied des KPD-Bezirkssekretariats Saar, ab 1925 Gauführer des Roten Frontkämpferbundes, 1926–35 Stadtrat in Saarbrücken. Nach seiner Emigration 1935–36 Abschnittsleiter der illegalen KPD für die Region Saar-Pfalz in Forbach, 1936 vorübergehend mit Sonderauftrag in Spanien, 1937–40 Abschnittsleiter Rheinland in Brüssel; wurde am 19. September 1937 ausgebürgert; nach



auf persönlichen Erinnerungen und biographischem Material. Die Inanspruchnahme gerade von Saarländern bzw. Personen, die im politischen Leben an der Saar nach 1945 eine Rolle spielten, als Zeugen für eine ideologisierte Geschichtsschreibung der deutschen Volksfrontbewegung während des Krieges muß jedoch sehr kritisch gesehen werden. Das kommunistisch dominierte „Komitee ‚Freies Deutschland‘ für den Westen“ wurde im Oktober 1943 ins Leben gerufen; unter den sozialdemokratischen Mitunterzeichnern des Gründungsaufrufs befanden sich die Saaremigranten Franz Glauben und Karl Hoppe<sup>191</sup>. Nach Konstituierung des legalen „Komitee ‚Freies Deutschland‘“ nach der Befreiung von Paris (ab September 1944 „Comité ‚Allemagne Libre‘ pour l'Ouest“ – CALPO) wurde neben Karl Hoppe auch die sozialdemokratische Saaremigrantin Luise Schiffgens<sup>192</sup> eine der Vizepräsidenten des CALPO; dem Komitee gehörten weiterhin die Saarländer Karl Mössinger (SPD/S) und Fritz Nickolay (KPD/S) an. Das CALPO bestand bis September 1945, seine Arbeit gehört jedoch bereits weitgehend in die Phase der Rückkehr bzw. der Vorbereitung der Rückkehr der Emigranten nach Deutschland. Die Mitarbeit von Sozialdemokraten, die sich Ende 1944 wieder in einer Landesgruppe Frankreich zu sammeln begannen – Vorsitzender wurde Ernst Roth –, führte in der Tat zu Spannungen innerhalb dieser Landesgruppe, die anlässlich der Unterzeichnung des Aufrufs der KPD-Landesleitung Frankreich an die deutsche Bevölkerung zum Potsdamer Abkommen fast zur Spaltung geführt hätte. Doch obsiegte auch in diesem Falle letzten Endes sozialdemokratische Politik bzw. Parteidisziplin: auf Intervention des Londoner Exilvorstandes rückten die in der angeführten

Kriegsausbruch in Frankreich, interniert im Lager St. Cyprien. Nach seiner Flucht einer der Organisatoren der sog. „Travail Allemand“ – eines von der KPF geschaffenen speziellen Sektors der Résistance, der zur Agitation und Propaganda unter den deutschen Besatzungstruppen eingesetzt wurde. Juli/August 1940 Mitglied der neugebildeten KPD-Leitung Frankreich in Toulouse, Mai 1942 an der Spitze der Westleitung der KPD in Paris; 1943–45 Präsident des „Komitees ‚Freies Deutschland‘ für den Westen“ (KFDW/CALPO); Decknamen: Alwin Flamerd, Alfred Kubin, Martin Lange, Gaston, René, Florian. Nach seiner Rückkehr an die Saar KPD-Vorsitzender der französischen Zone, 1948 Landesvorsitzender der KPD Rheinland-Pfalz; 1946–47 und 1956–57 Stadtrat in Saarbrücken, 1949–53 Mitglied des Bundestags.

Der 1935 geschaffenen illegalen Bezirksleitung Saar gehörten außer Niebergall Wilhelm Frisch, Josef Wagner (ab 1936 Abschnittsleiter), Karl Merkel und Heinrich Konrath (s. Anm. 186) an.

Karl Merkel, geboren 1903 in Saarbrücken, war Funktionär des Roten Frontkämpfer-Bundes, zuletzt stellvertretender Gauführer Saar; August 1935–Juni 1936 Besuch der Leninschule in Moskau; Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, am 18. 7. 1937 bei Brunete gefallen.

<sup>191</sup> Franz Glauben, geb. 1895 Dillingen, hatte dem letzten SPD/S-Vorstand vor 1935 für den Agitationsbezirk Untere Saar angehört. Nach dem Referendum Flucht nach Frankreich, interniert im Lager Montauban, nach seiner Entlassung 1935–39 Gemeindeglieder in der Region Calvados. 1940 erneut interniert, später Anschluß an Résistance in dem Maquis Cevennen.

Zu Karl Hoppe siehe unten, S. 537 f.

<sup>192</sup> Zur Biographie siehe S. 543.



DDR-Literatur immer wieder genannten sozialdemokratischen Kronzeugen für eine kommunistisch dominierte Volksfrontpolitik, wie sie später in der SBZ realisiert wurde, nämlich Luise Schiffgens, Karl Mössinger und Ernst Roth, von ihrer Unterstützung des CALPO wieder ab<sup>193</sup>. Allein Karl Hoppe, der im Oktober 1945 zur KPD übertrat, bildete hier zunächst eine Ausnahme; bereits 1948 kehrte er jedoch der KPD wieder den Rücken<sup>194</sup>.

Die Rückkehr aus dem Exil wurde auch von Saarländern selbst unter dem speziellen Aspekt des politischen Wiederaufbaus des Saargebietes gegen Kriegsende vorbereitet. Mit dem ehemaligen Redakteur der *Volksstimme*, Gustav Richter, und Fritz Nickolay<sup>195</sup>, gründete Karl Mössinger 1944 die „Union des Réfugiés Sarrois“, als deren Vorsitzender er bis zum 31. Dezember 1945 in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingskommissar des Völkerbundes die Rückführung der saarländischen Emigranten vorbereitete. Aktiv wurde auch Edgar Hector. Hector war bei Kriegsausbruch als französischer Staatsbürger in die Armee eingezogen worden, geriet in deutsche Gefangenschaft und schloß sich nach seiner Flucht 1941 in der Region Montpellier unter dem Decknamen Jacques Henry der Résistance an. Nach der Befreiung von Paris trat er erneut als Propagandist der „Association française de la Sarre“ auf und forderte die Errichtung eines französischen „Département Sarre“<sup>196</sup>. Am 25. März 1945 gehörte er in Paris zu den Gründern des „Mouvement pour la Libération de la Sarre“ (MLS), einer frankophilen Anschlußbewegung von Saaremigranten, die Walter Sender nach der alliierten Invasion zum Teil in ameri-

<sup>193</sup> BHB-Archiv.

<sup>194</sup> S. u., S. 537 f. An dieser Stelle sind auch die saarländischen SAJ-Funktionäre Ernst Braun (s. o., S. 484) und Julius Schneider zu nennen, die – beide mit hohen militärischen Funktionen im Spanischen Bürgerkrieg bzw. in der Résistance – als einzige Saaremigranten von relativer politischer Bedeutung definitiv zur KP übertraten. Auch Schneider war Spanienkämpfer und hatte es in der Résistance bis zum Commandant und Abschnittsleiter der Armée Secrète im Dépt. Basses-Alpes gebracht. Nach 1945 im Landesvorstand der KPD Saar, ausgezeichnet mit der Hans-Beimler-Medaille der DDR.

<sup>195</sup> Nickolay (1909–1953), geb. in Dudweiler/Saar, ursprünglich Bergmann und Bauarbeiter, war 1924–33 Funktionär des KJVD Saar, nach 1933 Jugendsekretär des KPD-Bezirks Baden-Pfalz; Mai 1933 von der Gestapo in Speyer verhaftet, bis Sommer 1934 im KL Dachau; nach seiner Entlassung zurück ins Saargebiet, 1935 Emigration, Mitglied der KJVD-Abschnittsleitung Saar in Forbach; Mitbegründer, dann Vorsitzender der „Freien Deutschen Jugend“ in Paris, aktiv in der Volksfrontbewegung, nach Kriegsausbruch in verschiedenen Internierungslagern, nach der Besetzung Südfrankreichs 1942 Mitglied der illegalen KPD-Leitung in Lyon, aktiv in „Travail Allemand“ und Résistance (Deckname Jacques). Ab 1943 Mitglied KFDW/CALPO. Erklärter Gegner von Bestrebungen, das Saargebiet an Frankreich anzuschließen, und damit des „Mouvement pour la Libération de la Sarre“ (s. u.); BHB-Archiv.

<sup>196</sup> Am 10. Februar 1945 hielt Edgar Hector in der Sorbonne einen vielbeachteten Vortrag vor dem „Studienkomitee für die französischen Ostgrenzen und das westdeutsche Problem“, in dem er den politischen und wirtschaftlichen Anschluß des Saargebietes an Frankreich forderte. Teilnehmer waren u. a. Maurice Schumann, Edmond Verneil und der spätere Vatikanbotschafter Wladimir d'Ormesson; zit. nach: *Le Rhin*, Nr. 2, Febr. 1945.



kanischen Lagern gesammelt hatte<sup>197</sup>. Das MLS war nach der Übernahme der Besatzungsmacht durch die Franzosen im Juli 1945 die erste politische Organisation, die ihre Tätigkeit entfalten konnte – mit ihrer Gründung wie auch der Gründung der Union begann die Rückkehr der Emigranten ins Saargebiet.

### III. Rückkehr an die Saar

#### 1. Zur allgemeinen Entwicklung

Das Saargebiet war im März 1945 von amerikanischen Truppen erobert worden. Als nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai die Besatzungsmacht daran ging, möglichst rasch größere Verwaltungseinheiten zu schaffen, war deren erste das „Oberpräsidium Saarland-Pfalz-Hessen“ mit Sitz in Neustadt a. d. Weinstraße; Oberpräsident wurde Dr. Hermann Heimerich. Auf der Potsdamer Konferenz wurde dann Frankreich die westliche Besatzungszone zugeteilt, die – neben dem Mittelrheingebiet, einschließlich dem rechtsrheinischen Regierungsbezirk Montaubaur, dem Moselland, dem Hunsrück, der Eifel, Rheinhessen und der Pfalz – auch das Saargebiet umfaßte. Am 10. Juni 1945 wurden die amerikanischen durch französische Besatzungstruppen abgelöst. Durch Erlass des Generals Molière vom 25. Juli 1945 wurde das Saargebiet zur selbständigen verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Einheit erklärt und am 29. August 1945 Colonel Gilbert Grandval zum „Délégué Supérieur“ ernannt, der dann später – unabhängig vom Hochkommissar der französischen Besatzungszone, General Koenig – Hochkommissar für das Saargebiet wurde. Die bestehende Verwaltung unter Regierungspräsident Dr. Hans Neureuther wurde durch Anordnung General Koenigs vom 8. Juni 1946 durch eine „Verwaltungskommission des Saarlandes“ abgelöst<sup>198</sup>.

Dies bedeutete lediglich einen weiteren Schritt zur Loslösung des Saargebietes vom übrigen Deutschland. Will man Entwicklung und Motivation der französischen Saarpolitik nach 1945 skizzieren, so stehen zwei Forderungen im Vordergrund: Sicherheit und Reparationen. In der Diskussion unter den Alliierten über

<sup>197</sup> Der ehemalige SPD/S-Fraktionsvorsitzende im Saarländischen Landesrat, Dr. Walter Sender, war nach dem 13. Januar 1935 ebenfalls über Forbach nach Frankreich geflohen, lebte bis Kriegsausbruch als Fabrikant in Paris, überlebte den Krieg versteckt in Nizza und den Bergen. R. H. Schmidt, I, a. a. O., S. 149 ff. Ein weiteres Gründungsmitglied war Dr. Charles Levy, ein nach Frankreich emigrierter Rechtsanwalt, der in der Résistance aktiv war, als französischer Offizier (Commandant) ins Saargebiet zurückkehrte und zeitweilig in der Militärregierung arbeitete. Später wiederum praktizierender Anwalt in Saarbrücken; Pers. Auskunft Edgar Hector.

<sup>198</sup> Bereits am 4. Mai 1945, also noch vor der Einrichtung des Oberpräsidiums in Neustadt und noch vor der Kapitulation, hatte der örtliche amerikanische Befehlshaber in Saarbrücken ohne Absprache mit der übergeordneten Militärregierung ein Regierungspräsidium Saar unter Dr. Hans Neureuther eingesetzt, das später selbständig neben dem Oberpräsidium in Neustadt weiterbestand und somit bereits einen Sonderfall Saarland schuf. Vgl. Georg Kratz, *Mittelrhein-Saar*, Stuttgart/Köln 1954; Schmidt, *Saarpolitik I*, a. a. O., S. 157 ff.



die politische, ökonomische sowie unter Umständen territoriale Neuordnung Deutschlands ließ sich alsbald General de Gaulle unmißverständlich vernehmen: „Der Rhein bedeutet die französische Sicherheit . . . Frankreich ist nämlich wieder überfallen worden und fast daran zugrunde gegangen. Frankreich verlangt daher, daß alles Territorium diesseits jener natürlichen Grenze sein garantierter Besitzstand werde.“<sup>199</sup>

Dieses weitgesteckte Ziel, das vor allem auch kaum im Einklang mit den übrigen alliierten Verbündeten hätte erreicht werden können, wurde dann eingeengt auf das Saargebiet, das in der französischen Nachkriegspolitik von Anfang an eine Sonderrolle spielte. An der Saar schienen annexionistische Ziele durchaus realisierbar, das Land stand in französischer Sicht, aber auch in der einer Gruppe von Saarländern, seit dem 17. Jahrhundert in einem besonderen Verhältnis zu Frankreich; überdies hatte es bereits 1919 bis 1935 französischen Reparationszwecken gedient. Anwälte eines politischen und wirtschaftlichen Anschlusses des Saargebietes an Frankreich waren gegen Kriegsende vor allem die Mitglieder der Association française de la Sarre sowie das mit ihr personell verbundene MLS. Edgar Hector definierte in der bereits zitierten Rede vom 10. Februar 1945 ein Nachkriegsstatut für das Saargebiet als „ein Werkzeug der Assimilation“. Man dürfe niemals diesen Grundsatz aus dem Auge verlieren: „Durch seine Wiedervereinigung mit Frankreich wird dieses Territorium Bestandteil unseres Landes, das sich dort für alle Zukunft niederläßt und ohne Einschränkung die Herrschaft ausübt.“<sup>200</sup> Der Einfluß der zahlenmäßig nicht sehr großen Association française de la Sarre und des MLS ist schwer abzuschätzen. Ihre Argumentation fand zumindest einen Niederschlag in der Entschließung des außenpolitischen Ausschusses der Provisorischen Versammlung, die in *Le Monde* vom 8. Mai 1945 wiedergegeben ist und die sich mit den als Reparationsleistung endgültig in französischen Besitz zu überführenden Saargruben befaßt. Der Ausschuß betont, daß dieser Eigentumswechsel, verbunden mit den neuen Arbeitsverhältnissen, auch die politische Eingliederung des gesamten Gebietes zur Folge haben müsse<sup>201</sup>. Vorerst ging es jedoch

<sup>199</sup> De Gaulle auf einer Pressekonferenz am 25. 1. 1945, in: *L'Année politique 1944–1945*, Paris 1946, S. 101.

<sup>200</sup> Siehe Anm. 196.

<sup>201</sup> In *Le Monde* vom 7. u. 8. 5. 1945 findet sich auch der Bericht der französischen Saar-Studienkommission unter dem ehemaligen Generalkonsul in Saarbrücken, Abel Verdier. Auch darin wird betont, daß das Saargebiet „fast 300 Jahre lang“ umstrittenes Gebiet gewesen und Frankreich dort „mit Ausnahme der Jahre 1815–1919 und 1935–1944 immer präsent gewesen sei. Der Bericht betont die strategische Bedeutung der die Saar beherrschenden Höhen, „eine[r] ausgezeichnete[n] natürliche[n] Verteidigungslinie an der exponierten französischen Nordostgrenze“, die „das französische Kriegspotential vergrößern könnte“. Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Eingliederung sollte die Saarbevölkerung schrittweise „zu stetem Kontakt mit unserem Lande, seiner Lebensweise und seinen politischen Idealen“ motiviert werden – mit dem Ziel, sie zu einem Mitglied „jener großen politischen Gemeinschaft der Union française“ zu machen. Eine solchermaßen „integrierte“ Saar sollte ihr eigenes Statut haben, d. h. durch eine Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich verbunden sein (als eine „autonome Verwaltungseinheit“), während Frankreich



um die Regelung französischer Reparationsansprüche im Saargebiet, und demnach hatten auch die ersten Beschlüsse der Besatzungsmacht wesentlich wirtschaftlichen Charakter. Ein *politisches* Statut sollte in Übereinstimmung mit den Alliierten erarbeitet werden, letzten Endes also dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Zu Beginn des Jahres 1946 legte die französische Regierung erstmals ein Konzept zur Saarfrage vor, das auf der Anerkennung der französischen Eigentumsrechte an den Saargruben und der Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zoll- und Währungssystem basierte – und das unter den Alliierten vor allem auf den Widerspruch der Sowjetunion stieß<sup>202</sup>.

Der Verzicht auf eine Annexion und die Entscheidung für einen wirtschaftlichen Anschluß sollte trotzdem über folgende französischen Bedingungen nicht hinwegtäuschen: „Die Saar muß sofort und für alle Zeiten einer zentralen deutschen Verwaltung entzogen werden. Frankreich muß das Recht haben, dort ständig Truppen zu stationieren und die saarländische Regierung zu kontrollieren.“<sup>203</sup> Folglich hieß der eingeschlagene Weg: Wirtschaftlicher Anschluß des Saargebietes an Frankreich, verbunden mit der politischen Lostrennung von Deutschland. Anstelle der Annexion trat die politische Autonomie. Am 28. Dezember 1945 wurden die Saargruben unter Sequester, am 2. Januar 1946 unter französische Verwaltung gestellt. Mit der Vorverlegung der französischen Zollgrenze an die Ostgrenze des Saargebietes war ein weiterer entscheidender Schritt zum wirtschaftlichen Anschluß des Gebietes getan.

Gründe für den Verzicht auf eine vollständige Annexion des Saarlandes und die Beschränkung auf den wirtschaftlichen Anschluß mögen einmal der Unsicherheitsfaktor Bevölkerung gewesen sein. Die besonderen Begleitumstände dieser Wirtschaftsunion waren andererseits die Verschonung der Saarländer von Reparationszahlungen und Demontage – ein wesentliches Moment in der Bereitschaft

im Saargebiet durch einen Hohen Kommissar vertreten würde. Vgl. auch Freymond, a. a. O., S. 40 f.

<sup>202</sup> Die äußerst schwierige und komplexe Beziehung zwischen Frankreich und den übrigen Alliierten zu schildern, würde an dieser Stelle zu weit führen. Vgl. hierzu Hermann Graml, Die Alliierten in Westdeutschland, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1976, S. 25–52; ebenso John Gimbel, Die Vereinigten Staaten, Frankreich und der amerikanische Vertragsentwurf zur Entmilitarisierung Deutschlands, Eine Studie zur Legendenbildung im Kalten Krieg, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 258–286; ders., Byrnes Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 39–62. Es sei lediglich vermerkt, daß die USA und Großbritannien – trotz ihres Bestrebens, die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Zentralverwaltung zu errichten – sich letzten Endes bereit erklärten, bis zu einer endgültigen Festsetzung der deutschen Westgrenze das Saargebiet unter separate französische Verwaltung zu stellen. Ein förmlicher Beschluß des Außenministerrats kam aufgrund des anhaltenden Widerstandes der Sowjetunion nicht zustande, der sich später jedoch infolge der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten zugunsten Frankreichs relativierte; vgl. Freymond, a. a. O., S. 44.

<sup>203</sup> Note der französischen Regierung an die Alliierten v. 12. 2. 1946, zit. nach Freymond, a. a. O., S. 45 f.



vor allem saarländischer Politiker, mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten. Die „Bescheidung“, es bei einem wirtschaftlichen Anschluß zu belassen, war aber auch ein gewisser Zwang: Frankreich war in dem Verteilerschlüssel der Alliierten für die deutsche Kohle schlecht bedacht worden und brauchte die Saarkohle<sup>204</sup>. Die Loslösung des Saargebiets von Deutschland hatte dabei auch für Frankreich den Vorteil, daß ohne die allgemeinen Reparations- und Demontagebestimmungen der Alliierten ein wirtschaftlicher Gewinn eher möglich war. Auch mögen Erwägungen eine Rolle gespielt haben, daß sich eine direkte Annexion des Saargebiets auf französische Reparationsansprüche im Rheinland und an der Ruhr negativ auswirken könnte<sup>205</sup>. Und doch blieb der wirtschaftliche Anschluß wesentlich ein Mittel zur Schwächung der Verbindung des Saarlandes mit Deutschland. Dafür garantierte die Persönlichkeit Gilbert Grandvals, der seit August 1945 bemüht war, die Politik Frankreichs an der Saar zu entfalten. Grandval, ein politisch und militärisch hochbegabter Mann, hatte bereits vor dem Kriege in der Industrie Karriere gemacht. Er schloß sich der Résistance an und war zuletzt Kommandant des 20. Militärbezirks. Er hatte vor der Wahl gestanden, entweder Stellvertreter des Generals Koenig zu werden oder Gouverneur im Saargebiet. „Grandval wählte die Saar und herrschte dort als Prokonsul“ – eine treffende Formulierung von Jacques Freymond<sup>206</sup>.

Der Aufbau einer neuen politischen Ordnung an der Saar erforderte die Mitarbeit und Mitgestaltung der Saarländer selbst. Dabei ging es einmal um die Beseitigung der Kriegsschäden, einen sozialen und ökonomischen Wiederaufbau; darüber hinaus durfte der kooperationswillige Personenkreis den spezifischen französischen Zielen an der Saar nicht hinderlich sein. Die Präponderanz des Politischen dokumentierte noch vor Zulassung der politischen Parteien Ende 1945

<sup>204</sup> Die in einen internationalen Pool eingebrachte deutsche Kohle gehörte zu den Ausfuhren, die nicht unter Reparationskonto fielen und mit Dollar bezahlt werden mußten; vgl. Freymond, a. a. O., S. 310 f., Anm. 31.

<sup>205</sup> Hierzu schreibt Walter Sender: „Hätte Frankreich die Saar annektiert oder rattachiert, so hätte die internationale Buchhaltung sämtliche Saarwerte auf Reparations-Debetkonto belastet und die Geltendmachung weitergehender französischer Ansprüche, man denke z. B. an die Ruhr, vielleicht abgelehnt. Gewährt man aber der Saar die öffentlich-rechtliche Form eines wenn auch nur beschränkten Selbstverwaltungsgebietes . . . , so kann den beschwerlichen buchhalterischen Verrechnungsabsichten der Alliierten mit Erfolg begegnet werden. durch den Hinweis, man habe ein autonomes Territorium geschaffen, dessen Vermögen und Einkünfte in gewissem Umfange der Obhut einer sich selbst verwaltenden Bevölkerung verbleibe . . .“ (*Die Neue Saar*, 14. 8. 1947).

<sup>206</sup> Freymond schreibt weiter: „Die Umstände und die Atmosphäre der unmittelbaren Nachkriegsperiode begünstigten einen Mann seiner Art, der jeder Auseinandersetzung gewachsen war. Vom Elan des Sieges getragen und gerade durch den Charakter des Besatzungsregimes von allen gesetzlichen Beschränkungen und politischen Verpflichtungen frei, war er in der Lage, wenigstens zeitweise die Dinge nach seinen eigenen Vorstellungen zu formen.“ (a. a. O., S. 41); zur Charakterisierung Grandvals, eines Enkels des elsässischen Verlegers Ollendorf (Grandval war der in der Résistance angenommene Deckname), vgl. auch Schmidt III, S. 661 ff.



die Tolerierung der politischen Aktivitäten des MLS, dessen Mitglieder sehr bald nach Kriegsende an die Saar zurückgekommen waren. Für das MLS – ab Februar 1946 *Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France* (MRS)<sup>207</sup> – war der wirtschaftliche Anschluß lediglich eine Etappe auf dem Weg zur vollständigen Eingliederung des Saargebietes – nach dieser nur „ökonomischen Assimilierung“ sollte alsbald die „kulturelle Assimilierung“ und zuletzt die „Naturalisation“ folgen<sup>208</sup>. Das MLS war eine überparteiliche Bewegung, die noch vor Zulassung der Parteien an der Saar im Hinblick auf den politischen Wiederaufbau erheblichen Einfluß gewann<sup>209</sup>, Mitglieder der MLS/MRS gelangten nach deren Gründung in die Parteispitzen von SPS und CVP. Die unter der Bevölkerung militante Bewegung<sup>210</sup> geriet jedoch in offenen Widerspruch zur französischen Saarpolitik, sobald diese sich auf den „nur“ wirtschaftlichen Anschluß und die politische Autonomie des Saargebiets festgelegt hatte. Für Grandval, der das MRS selbst in seine Schranken wies<sup>211</sup>, war die Bewegung andererseits wiederum eine nützliche Figur auf dem Schachbrett französischer Saarpolitik, die in Anbetracht der ihr von dem Gouverneur zugewiesenen Rolle bei der Ausarbeitung der saarländischen Verfassung im Hinblick auf die Entwicklung der Autonomie des Landes so eindeutig denn doch nicht war.

Die führenden Männer des MLS/MRS waren neben Walter Sender und Edgar Hector<sup>212</sup> die Emigranten Fritz Pfordt, Alfred Levy und Thomas Blanc<sup>213</sup>. Das

<sup>207</sup> Zur Geschichte des MLS/MRS vgl. Schmidt, Saarpolitik I, Kap. 2 B 2 und II, Kap. 2c, 4a, a. a. O. Ein programmatisches Dokument ist: „Mémoire du Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France concernant le règlement du problème de la Sarre“, hrsg. vom Vorstand des MRS, in: Freymond, a. a. O., S. 367–372 (Anhang I).

<sup>208</sup> Vgl. das Communiqué des erweiterten Landesvorstandes des MRS vom 7. 12. 1946, zit. nach: Schmidt I, S. 154 ff.

<sup>209</sup> Diese Einflußnahme wurde erst nach Ablösung der amerikanischen durch die französische Besatzungsmacht ermöglicht. Aufgrund der „Non-Fraternisation-Order“ und dem noch bestehenden Parteienverbot hatten die Amerikaner MLS-Aktivitäten militärgerichtlich verfolgt; in Saarbrücken wurde ein Mitglied wegen des Versuches, Flugschriften zugunsten des Anschlusses der Saar an Frankreich zu verteilen, zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt; vgl. Freymond, a. a. O., S. 309, Anm. 11.

<sup>210</sup> Das MLS/MRS gab an, unter den Saarländern einen Massenanhang zu haben. Die von der Organisation selbst genannten Mitgliederzahlen, die zwischen 100 000 und 165 000 schwanken, sind kaum verifizierbar, da unterdessen alle Unterlagen vernichtet sind, und mit Skepsis zu betrachten. Vgl. Schmidt II, S. 84; ebenso Freymond, a. a. O., S. 59.

<sup>211</sup> Vgl. Freymond, a. a. O., S. 59 f.

<sup>212</sup> Hector zog sich 1945/46 von der Bewegung zurück; dem MRS gehörte er nicht mehr an; pers. Auskunft v. 6. 6. 1977.

<sup>213</sup> Der ehemalige Vorsitzende der KPD/S (1933–35) Pfordt emigrierte 1935 nach Frankreich, von dort nach Skandinavien; er hielt sich vorübergehend in Moskau auf, 1939 Bruch mit dem stalinistischen Kommunismus; in Norwegen und Schweden im illegalen Widerstand nachrichtendienstlich tätig; 1946 Rückkehr an die Saar. Pfordt stammte aus Ottweiler, er verstarb Anfang der 60er Jahre in Neunkirchen. – Zu Levy und Blanc vgl. biographische Hinweise auf S. 539 u. 533.



MRS verfügte über ein eigenes Publikationsorgan *Die neue Saar*, eine Wochenzeitung mit etwa 60 000 Abonnenten<sup>214</sup>; nachdem die Zeitung mit der Auflösung des MRS ebenfalls einging, erschien nach 1952 ein Nachfolgeorgan unter dem Titel *Neue Woche*<sup>215</sup>. Chefredakteure waren Walter Gebelein (bis Ende 1946) und Claus Becker. Gebelein war 1920 der erste Geschäftsführer des frankophilen „Saarbundes“ gewesen, Becker ehemaliger Oberst der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg<sup>216</sup>.

Das MRS war eine kompromißlose Anschlußbewegung im Sinne der Schaffung eines französischen „Département Sarre“. Ein Teil der in der Bewegung aktiven Saarländer gehörte wie Hector und Gebelein bereits vor 1935 der frankophilen Szene an der Saar an. Anders liegen jedoch die „Fälle“ von Personen wie Walter Sender und Fritz Pfordt, für die Emigration und Verfolgung zu einem Schlüssel-erlebnis wurden, das ihnen nach 1945 eine Rückkehr nach Deutschland geradezu verbot. Hinzu kommt, daß bei beiden, die ja aus der saarländischen Arbeiterbewegung kommen, persönliche und kollektiv erfahrene politische Entwicklungen an der Saar, wie wir sie in Kapitel I geschildert haben, durch die Erfahrung des Exils noch verstärkt wurden. Dabei bleibt zu fragen, wie weit der Wunsch nach der Naturalisation, wie sie nach 1945 immerhin möglich schien, nichts anderes war als die sozusagen konstruktive Verweigerung einer Rückkehr nach Deutschland?

Dem MRS kam bei der Durchsetzung der politischen Ziele Frankreichs an der Saar im Hinblick auf die Kooperation der Bevölkerung sicherlich eine Test- und Alibifunktion zu, die Aktivitäten der Bewegung konnten unter Umständen zur Legitimation des französischen Militärgouverneurs dienen. An dem nach Kriegsende notwendigen ökonomischen und sozialen Wiederaufbau des Saargebiets hatte das MRS indes wenig Anteil.

Vor allem um diese Probleme eines von den Kriegseignissen schwer betroffenen Landes zu lösen, brauchte Grandval die Unterstützung der Saarländer selbst. Die Ernährung der Bevölkerung, der Wiederaufbau des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, die Wiederaufnahme der Kohleförderung waren Voraussetzung für die Entfaltung eines politischen Lebens wie für die Realisierung der spezifisch französischen Reparationspolitik. Nach 1945 fehlte es vor allem im Saargebiet an qualifiziertem technischem Personal, aber auch „in den politischen Kreisen war die Zahl derer, die wirkliche Bedeutung hatten, nicht groß“<sup>217</sup>. Der Personenkreis, auf den sich der Gouverneur stützen konnte, bestand zum größten Teil aus zurückgekehrten Emigranten. 1945/46 bildete sich eine Führungsgruppe

<sup>214</sup> Angabe des MRS in der obengenannten Denkschrift.

<sup>215</sup> Die *Neue Saar* war von der französischen Régie des Mines de la Sarre aufgekauft worden; die *Neue Woche* erschien – ebenfalls als Wochenzeitung mit einer Auflage von 20 000 – in der gleichen Aufmachung und es blieb bei dem selben Chefredakteur Claus Becker; Schmidt I, S. 550 f.

<sup>216</sup> Siehe biographische Notiz, S. 533.

<sup>217</sup> Nach Freymond, a. a. O., S. 513, Anm. 6.



heraus, die bereit war, die Saarpolitik der Besatzungsmacht mitzutragen bzw. mitzugestalten. Es handelte sich vor allem um die führenden Politiker der Ende 1945 durch die Militärregierung zugelassenen Parteien, d.h. vor allem der SPS und CVP, während die KPD/S von Anfang an die französische Politik bekämpfte.

Im Januar 1946 wurde die Christliche Volkspartei (CVP) gegründet und Johannes Hoffmann deren Erster Vorsitzender. Hoffmann war im Spätsommer 1945 aus Brasilien zurückgekehrt – offenbar auf Intervention der Direction des Affaires Allemandes et Autrichiennes des französischen Außenministeriums in Paris, wo Hoffmann auf der Rückreise Station gemacht hatte. Hoffmann hatte in Rio de Janeiro engen Kontakt mit französischen Emigranten und Widerstandskreisen um Georges Bernanos, die wiederum mit dem kanadischen Botschafter Desy in Kontakt standen, bei dem Hoffmann – ansonsten unterstützt von dem örtlichen Benediktinerkloster – als Butler arbeitete. Nach Kriegseintritt Brasiliens wurde er interniert. Später war er einer der Initiatoren und Führer der „Freien Deutschen Bewegung“ in Brasilien, für die er die Unterstützung Desys und des ehemaligen Völkerbundkommissars an der Saar, Knox, gewann, der unterdessen (1933-41) britischer Botschafter in Brasilien geworden war<sup>218</sup>.

Die anderen Emigranten in der Führungsspitze der CVP waren Edgar Hector, der sein politisches Betätigungsfeld auf die parteipolitische Ebene verlagert hatte, Emil Straus und Heinrich Danzebrink; nach der Volksabstimmung 1955 wurde Hermann Mathias Goergen<sup>219</sup> stellvertretender Landesvorsitzender.

Da es vor allem die Arbeiterparteien waren, die sich gegen eine nationalsozialistische Machtübernahme an der Saar eingesetzt hatten, war der Anteil an Emigranten, die 1935 fliehen mußten und nach 1945 zurückkehrten, in der Führung der wiedergegründeten sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zahlenmäßig ungleich höher.

Von den neun Mitgliedern des noch im Oktober 1945 einberufenen Gründungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes<sup>220</sup> waren sieben Emigranten: Georg Schulte, Richard Kirn, Heinrich Wacker, Richard Rauch, Hermann Petri, Ernst Roth und Ernst Kunkel. Dem Gründungsvorstand Anfang 1946 gehörten neben Schulte (1. Vorsitzender), Wacker und Kirn außerdem Luise Schiffgens und Heinz Braun an. Zur Parteispitze nach 1945 gehörten weiter die aus dem Exil zurückgekehrten Johann Pitz, Peter Schattner und Karl Mössinger.

In der im Januar 1946 wiedergegründeten Kommunistischen Partei Bezirk Saar-Nahe waren die führenden Funktionäre Fritz Nickolay, Fritz Basel und Karl Hoppe ebenfalls Emigranten. Heinrich Detjen wurde 1945 der erste Nachkriegsbürgermeister von Saarbrücken. Bei den ersten Gemeindewahlen nach dem

<sup>218</sup> BHB-Archiv; pers. Auskünfte Johannes Schauff und Pater Paulus Gordan OSB.

<sup>219</sup> Siehe biographische Notizen, S. 552 ff.

<sup>220</sup> Zunächst eine Wiedergründung der SPD, Bezirk (Landesverband) Saar. Ab Mitte 1947 im Zusammenhang mit organisatorischer Verselbständigung „Sozialdemokratische Partei Saar“ (SPS). S. Anm. 226.



Kriege im September 1945 erhielt die CVP 52<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, die SPS 26<sup>0</sup>/<sub>0</sub> und die KP 8% der Stimmen. Diesem Ergebnis entsprach in etwa die Zusammensetzung der im Juni 1946 eingesetzten „Verwaltungskommission“. Ihr gehörten als Direktoren, d.h. Ressortleiter im Ministerrang, u. a. Georg Schulte (Inneres) und Richard Kirn (Arbeit und Wohlfahrt) sowie Heinrich Danzebrink (Wirtschaft und Verkehr) und Emil Straus (Unterrichtswesen) an. Die Beteiligung an dieser ersten autonomen „Saarländischen Regierung... unter Kontrolle der Militärregierung“<sup>221</sup> bedeutete den Beginn einer „Doppelherrschaft“ von Franzosen und Saarländern unter dem Leitsatz: „Einbau der Saarwirtschaft in das französische Zoll- und Währungssystem, in politischer Hinsicht jedoch die Selbstverwaltung durch das Saarvolk“<sup>222</sup>.

1946 war die Führungsgruppe saarländischer Politiker, die nach diesem Leitsatz des „divide et impera“ zu handeln bereit waren, bereits fest umrissen. Dieser Kreis wurde noch einmal sehr transparent, als die Verwaltungskommission am 23. Mai 1947 eine „Rechtsanordnung über die Einsetzung einer Verfassungskommission des Saarlandes“ erließ<sup>223</sup>. Unter den ernannten Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern befanden sich die Emigranten Heinz Braun, Richard Kirn, Angelika Braun (SPS); Johannes Hoffmann (CVP); Karl Hoppe und Fritz Nickolay (KPD/S) sowie Gustav Levy (für die vierte lizenzierte liberale Demokratische Vereinigung des Saarlandes [DVS], später Demokratische Partei des Saarlandes [DPS]), sowie Alfred Levy<sup>224</sup>. Stellvertreter waren u. a. Emil Straus (CVP), Richard Rauch (SPS) und Fritz Basel (KPD/S). Dem später von der gesetzgebenden Versammlung eingesetzten „Verfassungsausschuß“ gehörten neben Hoffmann und Straus für die CVP auch Danzebrink, für die SPS Braun, Kirn, Petri, Gustav Levy (DPS) und der Kommunist Basel an.

Nach den ersten Landtagswahlen vom 5. Oktober 1947, die der CVP 28, der SPS 17, der DPS 3 und der KP 2 Mandate brachten, verabschiedete die Gesetzgebende Versammlung am 15. Dezember 1947 die Verfassung des Saarlandes, in deren Präambel es heißt:

„Das Volk an der Saar, berufen, nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches sein Gemeinschaftsleben kulturell, politisch, wirtschaftlich und sozial neu zu gestalten

<sup>221</sup> *Volksstimme*, 21. 6. 1947.

<sup>222</sup> „Bericht über den zweiten ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes am 15. Juni 1947“, hrsg. vom Landesvorstand der SPS. S. 12 (Begrüßungsansprache Richard Kirn).

<sup>223</sup> Vgl. Robert Stöcker, Die saarländische Verfassung vom 15. Dezember 1947 und ihre Entstehung, Sitzungsprotokoll der Verfassungskommission des Saarlandes (Landtag) und des Verfassungsausschusses, Schriften des Deutschen Saarbundes e. v., Bd. 6, Köln 1952.

<sup>224</sup> Stöcker berichtet, das keiner der vier lizenzierten Parteien angehörende führende MRS-Mitglied Levy sei als „Vertrauensmann“ der Militärregierung in die Kommission gekommen und habe wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Verfassung gehabt. Stöcker behauptet, mindestens die Hälfte der Mitglieder der Verfassungskommission seien auf Veranlassung des Militärgouverneurs MRS-Mitglieder gewesen – bei genauerer Betrachtung der Mitgliederliste doch wohl eine Übertreibung. Ebd., S. XIV.



ten, durchdrungen von der Erkenntnis, daß sein Bestand und seine Entwicklung durch die organische Einordnung des Saarlandes in den Wirtschaftsbereich der Französischen Republik gesichert werden können, vertrauend auf ein internationales Statut, das die Grundlagen für sein Eigenleben und seinen Wiederaufstieg festlegen wird, gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die Französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen: die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich, die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland durch die Französische Republik, die Anwendung der französischen Zoll- und Währungsgesetze im Saarland, die Bestellung eines Vertreters der Regierung der Französischen Republik mit Verordnungsrecht zur Sicherstellung der Zoll- und Währungseinheit und einer Aufsichtsbefugnis, um die Beachtung des Statuts zu garantieren, eine Organisation des Justizwesens, die die Einheitlichkeit der Rechtsprechung im Rahmen des Statuts gewährleistet . . .“<sup>225</sup>

Am 20. Dezember 1947 stellte Johannes Hoffmann als Ministerpräsident seine erste Regierung vor, in der er zugleich das Ministerium für Inneres und Wiederaufbau übernahm. Edgar Hector wurde Staatssekretär des Inneren, Richard Kirm Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Heinz Braun für Justiz, Emil Straus Minister für Kultus, Schulwesen und Volksbildung. Dem Kabinett gehörten zwei Minister an, die nicht im Exil gewesen waren: Franz Singer (Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft) und Christian Grommes (Finanzen). Diese Führungsgruppe sollte sich, zumindest was die Gewichtung der einzelnen Ressorts anbelangt, bis 1955 nicht wesentlich verändern. Im zweiten Kabinett Hoffmann, das 1951/52 nach vorübergehender Auflösung der Koalition mit der SPS als ein Einparteienkabinett der CVP amtierte, rückte Edgar Hector zum Innenminister auf; Emil Straus, als Kultusminister auf saarländischer Seite der Initiator des französisch-saarländischen Kulturabkommens vom 15. Dezember 1948, war nach Zerwürfnissen in der CVP/SPS-Koalition 1950 abgelöst worden und als saarländischer Botschafter nach Paris gegangen. In der dritten Regierung Hoffmann, die im Dezember 1952 gebildet wurde, erhielten Heinz Braun und Richard Kirm wieder ihre alten Ressorts. Der Führungskreis saarländischer Spitzenpolitiker und Regierungsbeamter unterhalb der Kabinettssebene war natürlich größer, und auch hier waren Emigranten überproportional stark repräsentiert. Als Beispiele können Ernst Kunkel und Guy Kurt Lachmann gelten. Kunkel, zugleich einflußreicher Parteipolitiker im Landesvorstand der SPS, war 1947-51 Ministerialdirektor im Innenministerium, de facto der zweite Mann nach Edgar Hector mit einem Ruf als überdurchschnittlich fähiger Verwaltungspolitiker. Lachmann, aus einer saarländischen Industriellenfamilie stammend, hatte seit 1941 eine bedeutende Rolle in der Résistance gespielt und war nach 1945 als Commandant (Major) der französischen Armee Kreiskommandant von Saarlouis geworden; 1948-56 war er Landespolizeipräsident.

Die Politik des wirtschaftlichen Anschlusses und der politischen Autonomie wurde von der gesamten Parteispitze von CVP und SPS mitformuliert und -ge-

<sup>225</sup> Zit. nach: Schmidt II, Anhang I, S. 671.



tragen, wobei sich allerdings in der SPS in der Frage der wirtschaftlichen Abtrennung von Deutschland eine Opposition herausbildete, die vor allem von dem Generalsekretär der Partei Ernst Roth vertreten wurde und die später zur Spaltung der SPS führen sollte<sup>226</sup>. Ernst Roth, der ursprünglich eine Verbindung der Saarwirtschaft mit der französischen Wirtschaft durchaus bejahte, wandte sich später gegen eine zu enge Anlehnung an Frankreich, wie sie in der Verfassungspräambel ihren Ausdruck fand, und schied daraufhin aus der Partei aus. Immerhin war bereits auf dem ersten Nachkriegsparteitag eine „europäische Tendenz“ des Generalsekretärs deutlich geworden, die in der SPD/S vor 1935 schon artikuliert worden war und die letztlich auch die programmatische Richtung der Nachkriegs-SPS wies: „Die Sozialdemokratische Partei vertritt die Auffassung einer europäischen Lösung des deutschen Problems. Sie erklärt sich bereit, mit allen politischen Parteien und Gruppen zusammenzuarbeiten, deren praktische Tätigkeit ihr geeignet erscheint, die Kräfte zu wecken, die am europäischen Neuaufbau teilnehmen wollen.“ Jedoch: „Die Sozialdemokraten an der Saar [erklären], daß sie von einem engen wirtschaftlichen Zusammenarbeiten des Saargebietes mit Frankreich eine glückliche Lösung der besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres engeren Heimatgebietes erwarten und verweisen dabei insbesondere auf die naturgegebenen Bindungen unserer Heimat mit dem französischen Nachbargebiet“<sup>227</sup>.

Wir glauben, uns im Rahmen dieser Darstellung des saarländischen Exils während des Dritten Reiches und der Rolle bzw. dem Anteil dieser Emigranten in der politischen Entwicklung des Saargebietes im weiteren Bereich der wirtschaftlichen Organisationen bzw. Interessengruppen, der Gewerkschaften, sonstiger gesellschaftlicher Interessenverbände sowie der Medien auf eine biographische Dokumentation beschränken zu können. Zur Geschichte des Saarlandes vom Kriegsende bis zur Abstimmung über das Saarstatut am 23. Oktober 1955 verweisen wir auf die Arbeiten von Freymond und Schmidt. Eine kurze Skizze der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitraum müßte folgende Punkte des historischen Ablaufs festhalten: Im Zuge der Festigung des wirtschaftlichen Anschlus-

<sup>226</sup> Zu dem Dissens der saarländischen sozialdemokratischen Führung mit der Parteileitung um Kurt Schumacher in der Frage des wirtschaftlichen Anschlusses und der politischen Autonomie des Saarlandes vgl.: Die Sozialdemokratie und das Saarproblem, Die Stellungnahme der SPD zur Saarfrage, Hannover 1950; ebenso: Die SPD zur Saarfrage, O. O. o.J. (1953) (hektogr.). Von Seiten der SPS vgl. die Parteitageprotokolle. Zur Beziehung SPS-SPD von Seiten der saarländischen Sozialdemokraten vgl. neben den vorliegenden Parteitageprotokollen der SPS u. a. Richard Kirn, Die Leitgedanken der Politik der SPS seit 1945, Saarbrücken o. J. (1953); ebenso ASD, Nachlaß Ernst Kunkel, Zur Gründung und Zusammensetzung der oppositionellen „Deutschen Sozialdemokratischen Partei Saar“ vgl. Schmidt II, S. 345 ff.; I, S. 288 ff.

<sup>227</sup> Bericht über den ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes vom 30. Juni 1946, hrsg. vom Bezirksvorstand, Saarbrücken 1946, S. 17.



ses des Saargebietes an Frankreich bei gleichzeitigem Ausbau der politischen Autonomie im Sinne einer unwiderruflichen Abtrennung des Gebietes von Deutschland wurde am 1. Januar 1948 der Militärgouverneur durch einen Hohen Kommissar (Grandval) ersetzt. Im März 1950 wurde der wirtschaftliche Anschluß durch die 12 Saarkonventionen gefestigt, durch die die Saargruben auf 50 Jahre pachtweise Frankreich überlassen wurden. Die politische Autonomie wurde 1950 erweitert, als das Saargebiet assoziiertes Mitglied beim Europarat wurde; durch Frankreich vertreten, gehörte es seit 1951 auch der Montanunion an. 1952 wurde das Hochkommissariat in eine französische Botschaft (nach wie vor unter Grandval) umgewandelt. Die französisch-saarländische Politik wurde dadurch zunehmend schwierig, daß die Alliierten sich nach wie vor weigerten, einem endgültigen autonomistischen Saarstatut noch vor dem allgemeinen Friedensvertrag zuzustimmen. Hinzu kam, daß der Deutsche Bundestag am 2. Juli 1953 das Saargebiet als einen Teil Deutschlands bezeichnete und das Selbstbestimmungsrecht der Saarländer forderte. Das die deutsch-französischen Beziehungen zunehmend belastende Problem konnte vorerst auch nicht durch den im Auftrag des Europarats ausgearbeiteten „Naters-Plans“ (nach dem holländischen Autor Naters) einer Europäisierung der Saar gelöst werden. Erst das französische Bestreben, die Saarregelung mit einer deutschen Wiederbewaffnung (EVG) zu koppeln, führte zusammen mit der Politik Adenauers, das Saarproblem im Zusammenhang mit einer politischen Einigung Westeuropas zu lösen, zu den Vereinbarungen mit dem französischen Regierungschef Mendès-France vom 23. Oktober 1954 in Paris, deren Ergebnis ein europäisches „Saarstatut“ im Rahmen der Westeuropäischen Union war. Das Statut, das auf dem Naters-Plan basierend eine Europäisierung der Saar vorsah, jedoch die Währungs- und Zollunion mit Frankreich nicht berühren sollte, wurde in der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 mit 67,7% der abgegebenen Stimmen abgelehnt<sup>226</sup>. Damit war das Scheitern der französischen Saarpolitik besiegelt. Die autonomistische saarländische Führungsgruppe, die, aus dem Exil zurückgekehrt, das Saargebiet – wenn zuletzt auch im Rahmen einer europäischen Lösung – im Gegensatz zu 1935 von Deutschland definitiv hatte separieren wollen,

<sup>226</sup> Der genaue Inhalt des Saarstatuts: „1. Volksabstimmung über das Statut im Saarland, bei ihrem positiven Ausgang Gültigkeit des Statuts bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrags; 2. Vertretung der auswärtigen und verteidigungspolitischen Interessen des Saarlands durch einen vom Ministerrat der Westeuropäischen Union zu ernennenden Kommissar, auf allen anderen Gebieten Autonomie des Saarlands; 3. Teilnahme des Saarlands am Europarat, an der Montanunion und an der WEU; 4. Garantie des Statuts durch die BRD und Frankreich; 5. Abstimmung der Saarbevölkerung über die das Saarland betreffenden Bestimmungen eines zukünftigen deutschen Friedensvertrags; 6. Abschluß eines französisch-saarländischen Wirtschaftsabkommens zur Sicherung der Zoll- und Währungsunion zwischen dem Saarland und Frankreich, Herstellung gleichwertiger deutsch-saarländischer Wirtschaftsbeziehungen.“ An die Stelle des abgelehnten Saarstatuts trat das deutsch-französische Saarabkommen vom 27. Oktober 1956, nach dem das Saargebiet ab 1. Januar 1957 das 10. deutsche Bundesland wurde; die wirtschaftliche Rückgliederung erfolgte bis 1959.



trat historisch erfolglos ab. Männer wie Edgar Hector und Emil Straus gingen danach geradezu in ein zweites Exil.

Vae victis! Der nach Max Braun benannte Straßenzug in Saarbrücken wurde alsbald nach Abstimmung und Ablehnung des Saarstatuts wieder umbenannt. Bedauerlicher jedoch ist die bis heute nachwirkende Tendenz einer pauschalisierenden Abwertung der Handlungsmotive der autonomistischen Führungsgruppe an der Saar nach 1945 auch in der wissenschaftlichen Literatur. Vor allem die Tatsache, daß es sich dabei zum größten Teil um Emigranten handelte, gab – wie übrigens in der Bundesrepublik ganz allgemein – zu Verdächtigungen und Diffamierungen Anlaß. Gerade auch Robert H. Schmidt reflektiert dieses Problem expressis verbis und setzt doch in dem bisher einzig vorliegenden Standardwerk über die „Saarpolitik 1945–1957“ den Akzent auf die „willige Hilfsgruppe“, die die Franzosen zur Durchsetzung ihrer Politik unter den Emigranten fanden. Die beiden Thesen, denen, obwohl nicht völlig falsch – natürlich gab es in der spezifischen Nachkriegssituation an der Saar nicht wenige politische Konjunkturritter, was auch in der folgenden Dokumentation sichtbar wird –, doch der Vorwurf der groben Vereinfachung gemacht werden muß, lauten, daß 1.) die autonomistische Führungsgruppe ohne jegliche Legitimation vor der Bevölkerung gewesen sei und 2.) diese Gruppe sich vornehmlich aus Nichtsaarländern zusammengesetzt habe; dagegen sei die Opposition gegen das Regime Hoffmann und gegen die Politik der Separation der Saar von Deutschland „eine Sache der Einheimischen, der Saarländer selbst“ gewesen<sup>229</sup>. Zu Punkt 2), der nach Schmidt u. a. auch auf Heinz Braun, Georg Schulte, Heinrich Wacker und Karl Hoppe zutrifft, verweisen wir auf unsere Ausführungen vor allem in Kap. I sowie auf die biographischen Notizen. Zur Frage der Legitimation möchten wir aus der – im Gegensatz zu Schmidt vielmehr *sine ira et studio* – abgefaßten Konfliktstudie Freymonds zitieren: Die „Politik [Grandvals] wurde von den politischen Parteien in Frankreich unterstützt und von der Mehrheit der Saarländer ausdrücklich oder stillschweigend gutgeheißen ... Zweifellos wandten sich die meisten Saarländer anfänglich deshalb den Franzosen zu, weil von einem vernichteten und zerstückelten Deutschland nichts mehr zu erwarten war. Es ist auch wahr, daß die Erwägung wirtschaftlicher Interessen diese gleichen Saarländer beeinflusste, als sie sich für Deutschland erklärten.“<sup>230</sup>

## 2. Die Emigranten in der Saarpolitik nach 1945

Die folgenden biographischen Notizen verstehen sich als eine ergänzende Dokumentation zur Rolle von Emigranten im politischen beziehungsweise öffentlichen Leben sowie in der damit eng verknüpften wirtschaftlichen Entwicklung des Saar-

<sup>229</sup> Schmidt III, a. a. O., S. 670.

<sup>230</sup> Freymond, a. a. O., S. 298 ff.



gebietes in den Jahren 1945 bis 1955. Obwohl es sich dabei um eine ziemlich geschlossene Führungsschicht handelt, mag angesichts der eingangs erwähnten schwierigen Quellenlage dieser oder jener Name unerwähnt bleiben. Dagegen sind bewußt die Biographien von solchen Emigranten nicht aufgenommen, deren Wirkungsschwerpunkt in die Zeit nach 1955 fällt. Dies gilt zum Beispiel für den späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Werner Wilhelm, damals Funktionär der Sozialistischen Jugend des Saarlandes, der wie sein Vater Fritz Wilhelm der Parteiopposition in der SPS angehörte, die beide 1952 verließen.

*Bäsel, Friedrich* (1907–1975), geb. in Wiebelskirchen/Saar, Bauarbeiter; 1923 Funktionär der Jugendsektion der Freien Gewerkschaft und Arbeitersportbewegung, 1924 KJVD, 1925 Jugendleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, später Mitglied der Bezirksleitung KJVD Neunkirchen. Seit 1929 Mitglied der KPD, 1931–1935 Fraktionsführer im Gemeinderat Wiebelskirchen; 1931 Redaktionsvolontär im Saarländischen Zeitungsverlag, später Redakteur der *Arbeiterzeitung* in Saarbrücken. 1934 KPD-Parteisekretär. 1935 nach Rückgliederung des Saargebiets mit Fritz Nickolay illegaler Einsatz in Baden, vorübergehend im Konzentrationslager Dachau, nach Entlassung wieder zurück ins Saargebiet und Flucht nach Frankreich; von dort ausgewiesen, Januar 1936 in die Schweiz, bis Kriegsausbruch illegaler Aufenthalt; Mitte 1938 KPD-Emigrationsleiter Schweiz; 1940–1944 in verschiedenen Arbeitslagern interniert. Mitbegründer der Bewegung „Freies Deutschland“ Schweiz. Nach seiner Rückkehr November 1945 im Dezember gleichen Jahres als zweiter KPD-Vertreter in den politischen Beirat beim Militärgouverneur des Saargebietes und in den des Regierungspräsidenten delegiert. Mit Zulassung der Parteien 2. Vorsitzender und Bezirkssekretär KPD Saar, Lizenzträger und Chefredakteur des Parteiorgans *Neue Zeit*; 1949–1950 Stadtverordneter Saarbrücken; stellv. Mitglied der Verfassungskommission, Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung (Verfassungsausschuß), MdL. Nach Richtungskämpfen in der Spitze des KPD-Landesverbandes 1950 aus der Landtagsfraktion ausgeschlossen und Verlust aller Parteiämter; 1950–54 an leitender Stelle mehrerer KPD-Blätter in der BRD; 1954 zurück ins Saargebiet, im gleichen Jahr bis zum Parteiverbot 1957 Landesvorsitzender und 1. Sekretär der KP Saar; 1955–61 erneut MdL, ab 1957 als fraktionsloser Abgeordneter; ab 1968 im Bezirksvorstand der DKP Saar.

*Barth, Heinrich* (1895–1949), geb. in Saarbrücken; Schlosser und Stahlarbeiter, 1914–1918 Soldat; nach dem Weltkrieg Funktionär des DMV und der SPD/S, 1919–1935 Stadtverordneter von Saarbrücken; 1935 Emigration nach Frankreich, 1939–1940 Dienst in der französischen Armee; wurde April 1941 von der Gestapo verhaftet und vom OLG Stuttgart wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt, bis Mai 1945 im Konzentrationslager. Nach 1945 SPS, 1946–1948 Leiter des Sozialamtes Saarbrücken, im gleichen Zeitraum auch Stadtverordneter, von April 1949 bis zu seinem Tode Oberbürgermeister von Saarbrücken; 1947 MdL.



*Becker, Claus* (1900–1965), geb. in Oberkirm/Nahe; ursprünglich kaufmännischer Angestellter, ab 1928 Journalist; aktiv in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an der Saar. Im Spanischen Bürgerkrieg 1936 Kommandeur des 8. Internationalen Btl. Tschapajew, zuletzt Oberst; ab 1939 in Paris, während des Zweiten Weltkrieges interniert, dann Dienst in der französischen Fremdenlegion in Marokko. Nach Rückkehr ins Saargebiet 1946 von der französischen Militärregierung zum Landrat ernannt; Mitbegründer und Vorstandsmitglied des *Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France* (MRS), 1946–1952 Chefredakteur des MRS-Organ *Die Neue Saar*, 1952–1955 des Nachfolgeorgans *Die Neue Woche*; Mitglied der einflußreichen *Amicale des anciens légionnaires de la Sarre* und Mitbegründer der Saarländisch-Französischen Wirtschaftsunion Freie Saar; trat für den politischen und wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich ein; bis 1955 Präsident des Internationalen Presseclubs an der Saar; 1955–1957 Chefredakteur der *Saarbrücker Zeitung*; nach deren Gründung 1959 Mitglied des Landesvorstandes der Saarländischen Volkspartei (SVP), 1960–1965 MdL Saar.

*Becker, Jacques*, stammt aus einer sozialdemokratischen Familie in Püttlingen/Saar, war vor der Rückgliederung Mitglied der SAJ, emigrierte 1935 mit dem Vater nach Frankreich; wurde naturalisiert und diente während des Zweiten Weltkriegs in der französischen Armee; wurde nach seiner Rückkehr an die Saar auf Anforderung von Ernst Kunkel in den Polizeidienst aufgenommen, war Polizeirat und Leiter der saarländischen Grenzpolizei. 1952 Mitbegründer der Saarländisch-Französischen Wirtschaftsunion Freie Saar. Becker, der mit einer Französin verheiratet ist, kehrte 1955 nach Frankreich zurück.

*Blanc Thomas* (1895–1967), geb. in Püttlingen/Saar, war Bergmann, Krankenkassenangestellter, zuletzt Direktor der AOK Saarbrücken; vor 1935 führender SPD/S-Funktionär; nach dem Referendum noch im Januar 1935 Emigration nach Frankreich/Forbach, danach bis Juni 1936 in einem Lager für Saarflüchtlinge in Montauban interniert<sup>231</sup>. 1936 ausgebürgert. Nach Kriegsausbruch bis Januar 1941 erneut interniert, 1940 zwischenzeitlich „prestataire“, danach in Südfrankreich; März 1943 in Montpellier verhaftet, vom Oberlandesgericht Stuttgart zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; April 1945 von den Amerikanern aus dem Zuchthaus Landsberg/Lech befreit. Nach seiner Rückkehr an die Saar im Vorstand und Sekretär des MLS/MRS, zugleich aktiver SPS-Politiker, bis 1954 Unterbezirksvorsitzender Saarbrücken-Land/West (Völklingen).

*Braun, Angelika* (1892–1972), geb. in Neuß/Rheinland, Lehrerin, bis 1923 im Schuldienst. 1923 nach Saarbrücken, 1924 Heirat mit Max Braun, Mitarbeiterin der *Volksstimme*, 2. Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt; Januar 1935 Emigration

<sup>231</sup> Siehe oben, S. 503 f.



nach Forbach/Lothringen, später Metz, Paris. In Paris Mitarbeiterin des Office Sarrois; Juni 1940 Flucht aus Paris über Bordeaux, Casablanca, Gibraltar nach England; für das Ministry of Food in der Flüchtlingshilfe tätig; Mai 1946 zurück nach Saarbrücken; in der Redaktion der *Saarbrücker Zeitung*, Chefredakteurin von *Charme*; 1947 Mitglied der Verfassungskommission, 1947–1952 MdL Saar (SPS); bis 1950 1. Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt. Lebte nach 1955 in Paris.

*Braun, Heinz*<sup>232</sup>, war 1935 nach Frankreich emigriert und nach Einsetzung des Office Sarrois dessen Justitiar; 1940 mit Hilfe des ehemaligen Mitglieds der Regierungskommission im Saarland, Morize, über Bordeaux, Casablanca Flucht nach Großbritannien, wo er zusammen mit Max Braun der sogenannten Gruppe der Parlamentarier um den ehemaligen Bundesführer des Reichsbanners, Höltermann, angehörte; während des Krieges im Ministry of Economic Warfare und im Foreign Office tätig; 1945–1946 juristischer Berater der britischen Delegation beim interalliierten Gerichtshof in Nürnberg. Nach Rückkehr nach Saarbrücken 1946 Ernennung zum Generalstaatsanwalt Saarland, 1946–1955 Mitglied des Landesvorstandes der SPS; 1949–1956 Stadtverordneter in Saarbrücken, 1947 Mitglied der Verfassungskommission, der Gesetzgebenden Versammlung (Verfassungsausschuß), bis 1955 MdL Saar; 1947–1951 Justizminister der 1. und 3. Regierung Johannes Hoffmann; 1949–1955 Präsident der Europa-Union Saar. Nach der Saarabstimmung Ausscheiden aus dem politischen Leben.

*Brück, Hugo*, geb. 1897 in Wustweiler/Saar, Eisenbahner; SPD/S-Kommunalpolitiker, Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Wustweiler, dann Völklingen, Mitglied in den Kreistagen Ottweiler und Saarbrücken-Land, Mitarbeiter der *Saarbrücker Volksstimme*, Mitglied des Landesvorstandes der SPD/S, verantwortlich für den Agitationsbezirk Illingen; Versammlungsredner der „Freiheitsfront“. Nach der Rückgliederung Entlassung als Bahnbeamter, August 1935 Emigration nach Frankreich; im Exil Grubenarbeiter, nach Kriegsausbruch interniert; am 9. Januar 1941 von der Gestapo verhaftet und nach Deutschland verbracht; vom Strafsenat Stuttgart zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Strafverbüßung in Amberg/Oberpfalz Einweisung in das Konzentrationslager Neckar-elz; dort durch US-Truppen befreit, Juni 1945 Rückkehr ins Saargebiet. Am 1. August 1945 Berufung zum stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Neunkirchen, 1. Oktober 1945 zum Amtsbürgermeister von Illingen; seit 1951 aus Krankheitsgründen im Ruhestand.

*Burkhardt, Hermann*, geb. 1910 Eisenberg/Thüringen, Journalist, Studium der Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft; seit 1931 KPD-Mitglied; 1933–45 im Exil in Frankreich; Nach Kriegsende an die Saar, gehörte mit Johannes Hoffmann

<sup>232</sup> Vgl. Anm. 46.



und Ernst Roth 1945/46 zur ersten (kollektiven) Chefredaktion der *Neuen Saarbrücker Zeitung*. Mitbegründer des KPD/S-Organs *Neue Zeit*; 1949 aus dem Saargebiet ausgewiesen. Burkhardt ging in die DDR, war Redakteur des *Vorwärts* in Berlin und Chefredakteur des Deutschlandsenders; 1953–56 stellvertretender Chefredakteur der *Berliner Zeitung*, danach Korrespondent u. a. für ADN in Stockholm; seit 1962 Korrespondent der SED-Presse u. a. in Kuba.

*Cartal, Gerhard*, geb. 1910 in Braunschweig, emigrierte 1934 aufgrund SA-Terrors in Braunschweig nach Saarbrücken. Auf organisatorischem Gebiet Mitarbeiter der *Volksstimme* und *Neuen Saarpst*; Januar 1935 Flucht nach Forbach, danach in Luxemburg. Cartal wurde im September 1938 ausgebürgert; Mai 1940 Flucht nach Südfrankreich, freiwilliger militärischer Einsatz; kehrte Dezember 1945 an die Saar zurück und wurde Verlagsleiter der *Volksstimme*, außerdem Vorsitzender der Vereinigung der Zeitungsverleger des Saarlandes.

*Cartal, Karl*, geb. 1908 in Braunschweig, Bruder des vorigen, Architekt, Dipl. Ing., 1933 Emigration an die Saar, Oktober 1934 bis Januar 1935 stellvertretender Geschäftsführer des Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft; Januar 1935 Flucht nach Frankreich; nachdem Cartal im September 1938 ausgebürgert worden war, erwarb er die französische Staatsbürgerschaft, kämpfte während des Krieges in der Résistance; 1945 Rückkehr nach Saarbrücken, bis 1973 im Dienste der Stadt: 1945–56 Leiter des Planungs- und Wiederaufbauamtes, 1956–63 Geschäftsführer der Saarbrücker gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft, 1963–67 Leiter des Amtes für Zivilen Bevölkerungsschutz, 1967 bis zur Pensionierung Leiter des Amtes für Brand- und Zivilschutz.

*Danzebrink, Heinrich (1883–1964)*, geb. in Prüm/Eifel, Jurist, Verwaltungslaufbahn im Regierungspräsidium Köln, 1924 Regierungsassessor in Berlin; 1927–1931 Leiter des Verwaltungsgerichts für Sozialversicherung und Kriegsoffer in Düsseldorf; 1931–1933 Regierungsrat in Münster/Westfalen; Brüning-Anhänger, nach nationalsozialistischer Machtübernahme im Ruhestand; Dezember 1933 Eintritt in die Regierungskommission des Saargebietes, im Direktorium des Inneren zuständig für politische Flüchtlinge; ging nach der Rückgliederung des Saargebietes nach Ambilly/Savoyen, bis 1939 Studium Internationales Recht, Wirtschaft und Politik am Institut für Höhere Internationale Studien in Genf; bei Kriegsausbruch Eintritt in die französische Armee, nach Demobilisierung Erwerb einer Druckerei, die 1941/42 für die britische Propaganda in der Schweiz arbeitete; am 16. Oktober 1943 in Lyon durch die Gestapo verhaftet; nach Flucht Lehrer an einem katholischen Collège in Chambéry/Savoyen. In der im Juni 1945 eingesetzten saarländischen Verwaltungskommission zunächst Departementchef für Inneres, 1946 Direktor für Wirtschaft und Verkehr; nach dessen Rückkehr im engeren Kreis um Johannes Hoffmann; CVP-Mitglied, 1947 Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung (Verfassungsausschuß). Ursprünglich Verfechter eines



Wirtschaftsanschlusses an Frankreich, später in Opposition zum politischen Kurs der Regierung Hoffmann; 1948 Aberkennung des Landtagsmandats und Ausschluß aus der CVP, später durch den französischen Hochkommissar formale Ausweisung aus dem Saargebiet, blieb jedoch weiterhin Ministerialbeamter in Saarbrücken.

*Detjen, Heinrich* (1899–1968), geb. in Saarbrücken, Maler; 1927–1935 KPD-Stadtverordneter in Saarbrücken, Mitglied des Saarländischen Landesrates; in der Redaktion der kommunistischen *Arbeiterzeitung* Saarbrücken; Herausgeber des Organs der Internationalen Arbeiterhilfe Saar *Solidarität*; 1935 Emigration, in Frankreich September 1939–September 1940 interniert; wurde im November 1940 von der Gestapo verhaftet, vom Oberlandesgericht Stuttgart im November 1941 zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt; nach der Entlassung Ende 1942 bis 1945 als Betriebsleiter eines Malergeschäfts in Saarbrücken tätig. Am 24. März 1945 von der US-Militärverwaltung zum Bürgermeister von Saarbrücken ernannt, ab Oktober 1946 Stadtdirektor der Bauverwaltung; Ende 1950 aus dieser Stellung entlassen, danach städtischer Angestellter; 1953–55 im Vorstand des Gesamtverbandes der Einheitsgewerkschaft Saar.

*Gebelein, Walter*, gebürtiger Saarländer, Journalist; war der erste Geschäftsführer des 1920 gegründeten frankophilen Saarbundes; Mitarbeiter der pazifistischen Zeitung *Die Menschheit*; 1935 Emigration nach Frankreich, Verfasser der von der Association française de la Sarre herausgegebenen Kampfschrift „La France et le Problème sarrois“, in der er die Fälschung des Referendums vom 13. Januar nachzuweisen versuchte; wurde im Exil naturalisierter Franzose; nach 1945 zurück an die Saar, von Gründung der Zeitung bis Ende 1946 Chefredakteur des MRS-Organs *Die Neue Saar*; nach persönlichen Konflikten Ende 1946 von der Besatzungsmacht nach Frankreich ausgewiesen.

*Goergen, Hermann Mathias*, geb. 1908 Wallerfangen/Saar, Dr. phil.; nach seinem Studienabschluß in Bonn war Goergen 1933–35 wissenschaftlicher Assistent bei Friedrich Wilhelm Foerster; 1935 Assistent am Forschungsinstitut für deutsche Geistesgeschichte, 1938 Berufung durch Fürsterzbischof Dr. Waitz auf einen Lehrstuhl des gleichen Instituts der vor der Gründung stehenden katholischen Universität Salzburg. Nach dem Anschluß Österreichs Emigration in die CSR, von dort in die Schweiz. Hier wiederum 1938–41 Assistent des unterdessen ebenfalls exilierten F. W. Foerster; daneben Organisator der Auswanderung deutscher Emigranten nach Brasilien u. a. mit Hilfe von Pässen, die der tschechische Staatspräsident Beneš dem Völkerbund zur Verfügung gestellt hatte (sog. Tschechen-Visa, die auch Johannes Hoffmann bei seiner Flucht zugute kamen). 1941 wanderte Goergen selbst nach Brasilien aus; seit 1950 Professor für Geschichte der sozialen und ökonomischen Doktrinen und für die Vergleichung der ökonomischen Systeme an der Bundesuniversität Juiz de Fora im Staate Minas



Gerais; 1954 Rückkehr ins Saargebiet; Mitglied der CVP; Januar 1955–Oktober 1955 Generaldirektor von Radio Saarbrücken, in dieser Funktion für das Saarstatut eingetreten; 1957–61 MdB (CSU Saar/CDU). Seit 1960 Präsident der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft in Bonn; 1969 Großes Bundesverdienstkreuz.

*Hector, Edgar* Dr. jur.<sup>233</sup>, war 1945 als französischer Sonderbeauftragter (Assimilés Spéciaux des Troupes d'Occupation) im Range eines Capitaine, später Commandant, an die Saar zurückgekehrt und als solcher Mitglied der Militärregierung. Nach deren Gründung Mitglied der CVP, 1953–55 als Kreisvorsitzender der Saarbrücken-Stadt im Parteivorstand, 1947 Staatssekretär für Inneres, 1951 bis 1955 saarländischer Innenminister, galt als der „starke Mann“ der Regierung Johannes Hoffmann. Als einer der Initiatoren der Anschlußbewegung MRS wandelte sich Hector zum entschiedenen Europäer, bezeichnet heute den Ausgang der Abstimmung vom 23. Oktober 1955 als „ein[en] gewisse[n] Rückschlag für die Schaffung eines geeinten Europas“ (*Saarbrücker Zeitung*, Sonderbeilage Silvester 1976). Kehre 1956 mit seiner Familie – Hector ist mit einer Französin verheiratet – nach Frankreich zurück. Hector ist heute Generalsekretär der Zentrale für öffentliche Wirtschaft bei der EWG in Brüssel. Chevalier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur; Officier de l'Ordre National du mérite.

*Hector, Jakob*<sup>234</sup>, gest. 1954 in Saarlouis. Dr. Hector war im Februar 1935 mit seiner Familie nach Metz emigriert und mußte 1940 nach Südfrankreich fliehen; im Oktober 1946 Rückkehr nach Saarlouis, dort Vorsitzender der frankophilen Vereinigung Souvenir du Maréchal Ney; 1950 Ehrenbürger der Stadt Saarlouis; Chevalier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur.

*Hoppe, Karl*, geb. in Kürzell/Baden, ursprünglich in der Landwirtschaft tätig; 1916–1918 Kriegsdienst, Entlassung nach schwerer Verwundung; ab 1919 Zivildienst beim Kommando der Marinestation Ostsee in Kiel, gewerkschaftlicher Vertrauensmann für den gesamten Ostseebereich; aus dem Zivildienst wegen seiner politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten u. a. während des Kapp-Putsches 1924 vom Reichswehrminister entlassen. 1924–1929 SPD-Stadtverordneter in Kiel, im gleichen Zeitraum hauptamtlicher Bezirksleiter Schleswig-Holstein des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen; Mitglied des Reichsversorgungsgerichts; 1929 bis 1933 Gauleiter des Reichsbundes im Saargebiet; aufgrund seiner Opposition gegen die Gleichschaltung der Kriegsopferversorgung im Mai 1933 von Berlin aus entlassen; aktiv in der Status-quo-Bewegung des Saargebietes, nach dessen Rückgliederung Emigration nach Frankreich; 1939 Internierung im Lager Blaye bei Bordeaux, 1940 in der Nähe von Tours; Einsatz in einer französischen Arbeits-

<sup>233</sup> Siehe auch S. 487 ff. und 519.

<sup>234</sup> Vgl. Seite 487 f.



kompanie (prestataire); im Januar 1944 Verhaftung und Auslieferung an die deutsche Besatzung, Zwangsarbeit in der Organisation Todt; März 1944 Flucht, Anschluß an die Travail Allemand in der Résistance. Hoppe trat im Oktober 1945 zur KPD über; nach seiner Rückkehr ins Saargebiet im Dezember 1945 einer der führenden Politiker, 1946 Landessekretär der KPD Saar, 1946–1949 Stadtverordneter in Saarbrücken, Mitglied der Verfassungskommission, 1947–1948 KPD-Fraktionsvorsitzender des saarländischen Landtags, MdL bis 1952; Oktober 1948 Parteiaustritt; September 1950–Oktober 1955 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Regierung Johannes Hoffmann; 1947–1956 1. Vorsitzender der Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Saarlandes.

von Kauffungen, Kunz, geb. 1904 in Mühlhausen/Thüringen, Journalist; nach Studium in Heidelberg und Zeitungsvolontariat ab 1926 Redakteur und Korrespondent in München; Mitglied des Reichsbanners Schwarz Rot Gold/Eiserne Front und der SPD; 1934 Emigration in die Schweiz, 1937–39 zwischenzeitlich Zeitungskorrespondent für ausländische Blätter in Österreich und Holland, 1939 Rückkehr in die Schweiz, 1942 ausgebürgert; Kauffungen spielte eine Rolle in der Bewegung „Freies Deutschland“, 1944–46 Regionalleiter Westschweiz, 1943 bis 46 außerdem Mitglied der Union der deutschen Sozialisten in der Schweiz; nach eigenen Angaben in Verbindung zur französischen Résistance. August 1946 Berufung zum Chefredakteur des *Schwarzwälder Boten* im Einverständnis mit der französischen Militärregierung. 1946–52 Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Journalistenverbandes; Vorsitzender des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz; 1948–52 Chefredakteur der *Saarbrücker Zeitung*. Danach zurück in die Schweiz, Korrespondent deutscher und französischer Zeitungen und Agenturen<sup>235</sup>.

Kirn, Richard<sup>236</sup>, lebt heute in Sarreguemines; Kirn war nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg von Mai bis November 1945 stellvertretender Amtsleiter des Arbeitsamtes Berlin-Spandau. Kehrte Anfang November nach Saarbrücken zurück, wenig später erfolgte seine Berufung als Leitender Regierungsdirektor in das Regierungspräsidium Saar unter Neureuther, 1947–1951 und 1952–1955 Minister für Arbeit und Wohlfahrt in der 1. und 2. Regierung Johannes Hoffmann; führender SPS-Politiker, 1946–1955 1. Parteivorsitzender.

Korth, ?, Dr., Journalist; kam aus der rheinischen Separatistenbewegung um Josef Matthes, 1947–48 Chefredakteur von Radio Saarbrücken, zugleich Leiter der politischen Redaktion.

<sup>235</sup> Vgl. auch Kunz v. Kauffungen, *Ohne Maulkorb, Erlebnisse eines Nonkonformisten*, Bern, Stuttgart 1964.

<sup>236</sup> Siehe auch S. 505.



*Kunkel, Ernst*, geb. 1908 in Dudweiler/Saar. Ausbildung in der Kommunalverwaltung Dudweiler, 1922–25 Landesvorstand der SAJ Saar, seit 1925 im SPD/S-Ortsvorstand von Dudweiler; im Januar 1935 Flucht nach Forbach, später nach Südfrankreich, Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge und dem Office Sarrois; Unterhalt u. a. als Straßenarbeiter in verschiedenen Gegenden Frankreichs, Mitglied der CGT. Am 21. Okt. 1940 in Straßburg verhaftet, zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt, anschließend nach Braunschweig dienstverpflichtet mit Aufenthaltsverbot für das Saargebiet. Im Mai 1945 Rückkehr an die Saar, 1945–46 Amtsbürgermeister in Völklingen, 1946–47 Oberregierungsrat im Regierungspräsidium Saar, 1947–51 Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, nach Auseinanderbrechen der Koalition und Konflikten mit Hector Entschluß zum Rücktritt, anschließend im Wartestand, 1958 auf Antrag Versetzung in den Ruhestand. Zwischenzeitlich 1953–55 Wahrnehmung der Geschäfte des Landesstocks für Aufgaben des Arbeitsmarktes; 1945 Mitglied des Gründungsausschusses, 1947–55 im Landesvorstand der SPS. Engagierter Verfechter eines wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich und der saarländischen Autonomie; 1954 Mitglied des Saargrubenrates; 1947–55 MdL, zuletzt Fraktionsvorsitzender der SPS; lebte heute in Dudweiler, seit 1967 aktiv in der örtlichen SPD.

*Lachmann, Guy Kurt*, geb. 1906 in Neunkirchen/Saar; nach Praktikum und Studium der Wirtschaftswissenschaften in Straßburg ab 1929 kaufmännischer Direktor im elterlichen Unternehmen (MENESA Neunkirchen); seit 1925 politisch engagiert im Reichsbanner Schwarz Rot Gold; Lachmann war in den zwanziger Jahren ein im Saarland sehr bekannter Spitzensportler (Leichtathletik); 1935 aus rassischen und politischen Gründen Emigration nach Frankreich, dort als Wirtschaftsmanager tätig, u. a. kaufmännischer Direktor bei den Peugeot-Werken (1938–42); ab 1941 in der Résistance, Mitglied des Comité national und Chef de secteur; nach Kriegsende als Commandant der regulären französischen Armee Kreiskommandant von Saarburg, anschließend von 1948 bis 1956 saarländischer Landespolizeipräsident. Lachmann ist heute Präsident der Société Internationale de Pétrole et de Chimie, einer Tochtergesellschaft der Saarbergwerke AG. Lebt in Saarbrücken; Officier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur; Croix de Guerre.

*Levy, Alfred* (1888–1962), geb. in Fraulautern/Krs. Saarlouis, 1925 Landgerichtsrat in Saarbrücken, 1931 Hilfsrichter beim Obersten Gerichtshof in Saarlouis; Levy wurde am 1. März 1935 aus dem Staatsdienst entlassen und ging anschließend nach Luxemburg, von dort nach dem deutschen Einmarsch vor drohender rassischer Verfolgung Flucht nach Südfrankreich; 1945 im Vorstand der MLS, Januar 1946 Rückkehr ins Saargebiet, Levy wurde im März 1946 zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Saarbrücken ernannt, August 1946 – November 1953 Senatspräsident OLG Saarbrücken.



*Levy, Gustav* (1886–1966), Dr. jur., 1914–1922 Rechtsanwalt in Saarlouis, später in Saarbrücken; Exil in Frankreich; Ende 1945 Wiedenzulassung als Anwalt in Saarbrücken. Mitglied der Verfassungskommission für die Demokratische Partei Saar (DPS), 1947–1952 MdL, in der Gesetzgebenden Versammlung Mitglied des Verfassungsausschusses, nach Austritt aus der DPS ab 1950 fraktionslos. 1955 Erster Vizepräsident der Europa-Union Saar, später Mitglied im Landesausschuß.

*Meyer, Ernst Dr.*, Jurist, vor 1933 Landgerichtsrat; nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Emigration an die Saar, Redakteur von *Westland*<sup>237</sup>; nach 1935 im Exil in Frankreich, nach dem Kriege Chef der Informationsabteilung der französischen Militärregierung in Wien, später Chefredakteur von *Tele*, der einzigen saarländischen Nachkriegsillustrierten.

*Mössinger, Karl* (1888–1961), geb. in Eichstätt/Breisgau, Schlosser, 1919 bis 1924 Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes Aachen; 1924 bis 1928 SPD-Parteisekretär des Bezirks Aachen; 1928–1933 Landessekretär der SPD. Im französischen Exil Anschluß an die Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen, 1943 Mitbegründer und bis 1945 Mitglied des „Komitees Freies Deutschland für den Westen“ (KFDW/CALPO); Mitglied der deutschen Sprachgruppe der CGT, vertrat Pläne zur Schaffung einer deutschen Einheitsgewerkschaft; 1944 Mitbegründer und Vorsitzender der „Union des Réfugiés Sarrois“<sup>238</sup>. 1946–1953 Regierungsrat in der Verwaltungskommission, später im Wirtschaftsministerium des Saarlandes, 1953–1955 Landessekretär der Sozialdemokratischen Partei Saar (SPS), Vorsitzender des Bundes der Verfolgten des Naziregimes an der Saar.

*Müsgen, Hermann* (1898–1972), geb. in Mönchen-Gladbach/Rheinland, seit 1929 Mitglied der Christlich-Sozialen Reichspartei, Mitarbeiter Vitus Hellers, bis 1933 Herausgeber von *Das schaffende Volk* in Mönchengladbach. Seit September 1933 Leiter der Jugendzeitung *Saarwacht* des Verlages *Neue Saarpost* in Saarbrücken. Nach der Rückgliederung im französischen Exil vermutlich Dienst in der Fremdenlegion (nach anderer Quelle Offizier in der US-Armee); 1946 zurück an die Saar; Mitglied des MRS, ab 1948 Versuch einer Wiederbelebung der Vitus-Heller-Bewegung an der Saar, September 1955 Gründungsmitglied und Geschäftsführer der Saarländischen Arbeiter- und Bauernpartei.

*Nickolay, Fritz*<sup>239</sup>, Juni 1945 Rückkehr an die Saar, maßgebend am Aufbau der KPD beteiligt, 1946–1950 deren 1. Vorsitzender, Exponent der KP-Politik gegen einen wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich und eine Abtrennung von Deutschland; 1947 Mitglied der Verfassungskommission. Zur Zeit eines Kuraufenthalts in der ČSR im Zusammenhang mit den Mai-Demonstrationen 1950

<sup>237</sup> Siehe Anm. 22.

<sup>238</sup> Vgl. S. 519.

<sup>239</sup> Siehe auch Anm. 195.



in Saarbrücken des offenen Aufruhrs angeklagt, ging 1951 in die DDR, von dort nicht mehr ins Saargebiet zurück. Vor seinem Tod 1953 nach längerer Krankheit zeitweise Leiter der Steinkohleverwaltung Zwickau.

*Oulman, Gaston* (eigentlich Jo Lehrmann), aus Berlin gebürtiger Journalist von fragwürdigem Ruf, wurde im Exil angeblich cubanischer Staatsangehöriger; nach 1945 Berichterstatter über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse für die Sender der Besatzungsmächte, ab Herbst 1947 von dem französischen Generaldirektor Losson zum Chefredakteur von Radio Saarbrücken ernannt, bereits im März 1948 auf Initiative der SPS wieder entlassen.

*Petri, Hermann* (1883–1957), geb. in Neunkirchen/Saar, Bergarbeiter, 1909 Mitglied des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes, 1917 der SPD; 1919–1935 Gewerkschaftssekretär des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Neunkirchen/Saar; Stadtverordneter in Neunkirchen, 1922–1935 Mitglied des Saarländischen Landesrates, Mitglied des Parteivorstandes der SPD/S. Agitationsbezirk Neunkirchen; Januar 1935 Emigration nach Frankreich, in Forbach/Lothringen Mitarbeiter der Beratungsstelle für Saarflüchtlinge; illegale Gewerkschaftsarbeit in Verbindung mit dem Bergarbeiterverband Lothringen. 1936 aktiv im Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands; ab 1936 Mitarbeiter des Office Sarrois, 1937 nach Südfrankreich, im Mai 1940 vier Wochen interniert; am 26. Februar 1943 Verhaftung durch die Gestapo, in einem Volksgerichtshof-Urteil zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 befreit; 1945 Mitglied des Gründungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Saar; 1946 Regierungsrat in Saarbrücken, Leiter des Arbeitsamtes Neunkirchen; 1947 Mitglied des Verfassungsausschusses der Gesetzgebenden Versammlung, 1947–1956 MdL, ab 1952 Ehrenvorsitzender der SPS; 1952 1. Vorsitzender des I. V. Bergbau Saar.

*Petri, Karl*, geb. 1913 in Neunkirchen/Saar, Installateur- und Klempnerlehre; seit 1932 Mitglied der SPD, im französischen Exil 1941 verhaftet, bis 1943 im Konzentrationslager Sachsenhausen, anschließend Balkaneinsatz im StrafBtl. 999, geriet 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft; seit 1949 Stadtverordneter in Neunkirchen (SPS), Vorstandsmitglied des Bundes der Sozialistischen Jugend des Saarlandes; wegen politischer Differenzen 1952 Austritt aus der SPS; 1960 MdL (SPD).

*Pfaff, Richard* (1889–1967), geb. in Wiebelskirchen/Saar; vor 1935 Bibliothekar der saarländischen Arbeitskammer; Vorsitzender der SPD/S Saarbrücken; Sekretär, später Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten; 1935 Emigration nach Frankreich, bis 1936 in dem Saar-Flüchtlingslager Montauban, danach bis Kriegsende in Bruyères/Oise; erhielt 1938 die französische Staatsbürgerschaft; Mai 1945–Juni 1946 Nachrichtenoffizier bei der französischen Militärregierung in



Baden-Baden; nach seiner Rückkehr an die Saar Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung Arbeit im Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt.

*Pitz, Johann*<sup>240</sup>, 1935 Emigration nach Frankreich; bei Kriegsausbruch interniert, nach der Entlassung im Februar 1940 lebte Pitz in Bordeaux und Sète/Hérault, nach der Besetzung Südfrankreichs in den Cevennen; November 1945 Rückkehr nach Dudweiler, SPS; 1946 Redakteur, 1948–1956 Chefredakteur der wiedergegründeten *Volksstimme* in Saarbrücken; 1946–1955 Mitglied des Gemeinderats, 1949–1956 Bürgermeister von Dudweiler.

*Rathenau, Henri G.* (1907–1963), geb. in Berlin; nach dem Studium arbeitete der Neffe Walther Rathenaus 1925–1933 im Management der Firma Osram; 1933 Emigration nach Frankreich, dort in verschiedenen Unternehmen der Elektrizitäts- und Hüttenindustrie tätig; 1940–1945 Dienst in der französischen Armee; 1945 Wirtschaftsberater französischer Stäbe in Berlin; 1945–1946 Attaché bei der Provisorischen Regierung und Delegierter beim Alliierten Kontrollrat, 1946–1958 Direktor der nach 1945 unter französische Sequesterverwaltung gestellten AEG Saar (später SICEL – Société d'Installations et de Constructions Electriques S. A.); 1952 Mitbegründer und Präsident der französischen Mittelstandsorganisation Petites et Moyennes Entreprises Industrielles an der Saar; 1952 Conseiller du Commerce Extérieur; 1954–1958 Mitglied des Comité Directeur de la Productivité de la Sarre; verschiedene Führungsfunktionen in der französischen Industrie, u. a. seit 1960 Mitglied des Conseil de Direction du Centre National du Commerce extérieur; Auszeichnungen: u. a. Croix de Guerre, Médaille de la Résistance.

*Rauch, Richard*, Schlosser; ursprünglich KP-Mitglied, später SPD/S-Funktionär in Dudweiler; nach Rückkehr aus dem Exil Mitglied des Gründungsausschusses der SPS (1945), Mitglied des Bezirksvorstands von 1946/47; vorübergehend Bürgermeister in Friedrichsthal-Dudweiler; 1947–55 MdL; 1950–55 1. Vorsitzender der I. V. Metall Saar. Nach parteiinternen Auseinandersetzungen Juni 1955 Austritt aus der SPS und Übertritt zur oppositionellen DSP; später Arbeitsdirektor der Burbacher Hütte.

*Roth, Ernst* (1901–1951), geb. in Zweibrücken-Ernstweiler/Pfalz, Journalist, Redakteur an der *Saarbrücker Zeitung*, ab 1924 der *Volksstimme*, Mannheim; seit 1920 Mitglied der SPD, später Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz Rot Gold in Mannheim; 1932–33 MdR; Juni 1933 Emigration ins Saargebiet, im Februar 1934 nach Straßburg; 1939 aus Deutschland ausgebürgert; nach Kriegsausbruch bis Januar 1940 interniert, ab 1942 im Dept. Vaucluse, Anschluß an die Armée Secrète, ab Mai 1944 FTPF; gegen Kriegsende für eine Einheitsfront mit der KPD, Vorsitzender der 1944 gegründeten Landesgruppe deutscher Sozial-

<sup>240</sup> Vgl. Anm. 44.



demokraten in Frankreich; nach seiner Rückkehr an die Saar 1945–46 Mitglied der Chefredaktion der *Saarbrücker Zeitung*; 1946–48 (Mandatsniederlegung) Stadtverordneter in Saarbrücken; 1945 Mitglied Gründungsausschuß der SPS, 1946–48 Generalsekretär; 1946–48 Chefredakteur des Parteiorgans *Volksstimme*; wegen Opposition gegen den Kurs der Parteiführung in der Frage des einseitigen Wirtschaftsanschlusses an Frankreich und der politischen Separierung von Deutschland Herbst 1948 Verlust seiner Ämter; später SPD Pfalz, 1948–49 Landrat von Frankenthal; 1949–51 MdB, Delegierter zum Europarat in Straßburg.

*Schiffgens, Luise* (1892–1954), geb. in Aachen; Textilarbeiterin, 1920–29 SPD-Stadtverordnete in Aachen, 1921–24 MdL Preußen, 1924–30 MdR; 1930–33 Lehrerin beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit der SPD; seit 1928 im Saargebiet, 1930 im Landesvorstand der SPD/S; während des Abstimmungskampfes exponierte Einheitsfrontpolitikerin, hielt neben Philipp Daub auf einem von der Internationalen Arbeiterhilfe für den 15./16. Dez. 1934 nach Saarbrücken einberufenen „saarländischen sozialpolitischen Kampfkongreß“ das Hauptreferat; 1935 Emigration nach Frankreich, 1943 Anschluß an die „Bewegung ‚Freies Deutschland‘ für den Westen“; 1944 im Vorstand der Union des Réfugiés Sarrois; nach Rückkehr an die Saar Anfang 1946 Mitglied des Gründungsvorstandes der SPS, 1948–54 Mitglied des SPS-Landesvorstandes als Vertreterin der Frauen; 1952 Ehe mit Karl Mössinger; 1947–52 und 1952–54 (Fraktionsvorsitzende) MdL Saar; in Opposition zum Kurs der Parteispitze, gegen eine politische Loslösung des Saargebietes von Deutschland.

*Schlachter, Frédéric* (ursprünglich Friedrich Wilhelm), geb. 1892 in Kirn/Nahe, Bankier; vor 1935 Direktor der Saarhandelsbank in Saarbrücken. Während des Abstimmungskampfes für den Status quo, in Verbindung mit Kreisen um die *Neue Saarpost*; 1935 Emigration nach Frankreich, dort naturalisiert; nach dem Kriege zurück an die Saar, Leiter der Entnazifizierungsbehörde; enger Vertrauter Johannes Hoffmanns, spielte während dessen Regierungszeit eine bedeutende Rolle in der saarländischen Wirtschaftspolitik: Schlachter wurde staatlicher Vermögensverwalter (Generaldirektor des Landesamtes für Saar-Vermögenskontrolle bzw. Sequesterverwaltung); 1948–50 erster Präsident, 1950–52 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes; Teilnehmer an den Verhandlungen über die Pariser Saarkonventionen von 1950; von maßgeblichem Einfluß im Pressewesen und beim Rundfunk (u. a. Gesellschafter Saar-Verlag, Aufsichtsratsmitglied West-Ost-Verlag, Aufsichtsratspräsident Radio Saarbrücken).

*Schulte, Georg*<sup>241</sup>, war 1935 nach Frankreich emigriert und nach Kriegsausbruch und Einmarsch der Wehrmacht nach Mittelfrankreich geflohen; dort 1942 durch

<sup>241</sup> Vgl. Anm. 45.



die Gestapo verhaftet und später in das Konzentrationslager „Goldene Bremm“ bei Saarbrücken verbracht; ein Verfahren wegen Landesverrats wurde mangels Beweisen eingestellt, bis 1945 jedoch unter Polizeikontrolle; nach Kriegsende einer der Initiatoren beim Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei im Saargebiet, 1946–47 deren 2. Vorsitzender, 1947–52 MdL; bereits unter dem Regierungspräsidium Neureuther 1945/46 Oberregierungsrat und Leiter des Personalamtes; in der Verwaltungskommission 1946/47 Direktor der Abteilung für Inneres (Funktion des Innenministers); arbeitete später als Journalist, nach 1955 Rückzug aus dem politischen Leben.

*Seguy, Pierre* (eigentlich Steinschneider), geb. 1921 in Wien, Österreicher, im Exil naturalisierter Franzose; absolvierte sein Studium (sciences lettres) in Frankreich; während des Krieges höhere militärische Funktion in der Résistance, als Offizier im Hauptquartier der 1. französischen Armee; nach 1945 Kontroll-offizier der Sendergruppe West (Studios Dornbirn, Voralberg und Innsbruck); 1948–51 Sendeleiter von Radio Saarbrücken; lebt heute in Saarwellingen, freier Mitarbeiter u. a. des Saarländischen Rundfunks.

*Straus, Emil*, geb. 1899 in Göllheim/Pfalz; Besuch der Lehrerbildungsanstalt Würzburg, 1922 Staatsexamen in Speyer, daneben Besuch des Konservatoriums 1912–18 in Würzburg, 1918–22 in Mannheim; Kapellmeisterschüler der Furtwängler-Klasse; nach dem Tod des Vaters Aufgabe der Musiker-Laufbahn, nach Ergänzungsreifeprüfung als Externer in St. Ingbert 1921–24 Besuch der Handelshochschule Mannheim, 1924 Examen als Diplom-Handelslehrer; anschließend Universitätsstudium in Frankfurt/Main; 1930 Staatsexamen für das höhere Lehramt an Handelsschulen in Saarbrücken, außerdem als Diplom-Kaufmann in Mannheim; 1934 Promotion bei Prof. Karl Mannheim in Frankfurt über „Die gesellschaftliche Gliederung des Saargebietes, Eine soziographische Beschreibung“. Straus, der aus einer jüdischen Familie stammte, kam nach dem Ersten Weltkrieg durch Teilnahme an einer Vortragsreihe des Jesuitenpaters Hallenbach im Volksbildungswerk Pfalz in engere Berührung zum Katholizismus und konvertierte 1934.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme an der Saar 1935 Emigration nach Frankreich, wo Straus – politisch und geistig – eine neue Heimat fand; 1938 ausgebürgert, stellte er den Antrag auf französische Staatsbürgerschaft, die er jedoch erst 1947 erhielt; in Nizza 1937 Diplomprüfung für das Fach „Civilisation française“ am dortigen Centre Universitaire, danach an diesem Institut Lehrauftrag für deutsche Sprache und Literatur; nach der Besetzung Südfrankreichs Anschluß an die Résistance, in der er Offiziersrang erreichte und dekoriert wurde; im September 1945 Rückkehr nach Saarbrücken; am 29. Januar 1946 Ernennung zum Regierungsdirektor im Regierungspräsidium Saar; seit 1946 Mitglied der CVP, Oktober 1946 – Dezember 1947 Direktor für Unterrichtswesen in der Verwaltungskommission des Saarlandes; stellvertretendes Mit-



glied der Verfassungskommission, 1947–52 MdL; Dezember 1947–April 1951 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung im 1. Kabinett Hoffmann; Verfechter einer „pénétration culturelle“ des Saargebietes durch Frankreich, auf saarländischer Seite verantwortlich für das französisch-saarländische Kulturabkommen vom 15. Dezember 1948. Straus spielte eine wichtige Rolle bei Gründung und Lehrkörperbesetzung der Universität des Saarlandes, die aus dem 1947 gegründeten Institut Sarrois d'Etudes Supérieures in Homburg/Saar hervorging. Die Kultuspolitik Straus' war in seiner eigenen Partei sehr umstritten. Nach seiner Ablösung im Ministeramt aufgrund von Differenzen v. a. mit Hoffmann von Februar 1952 bis November 1955 Gesandter des Saarlandes in Paris, danach auf eigenen Antrag im Ruhestand, lebt heute in Nizza<sup>242</sup>.

*Wacker, Heinrich*, geb. 1887 in Aalen/Württemberg<sup>243</sup>; im Juni 1945 Rückkehr an die Saar, wo Wacker wesentlichen Anteil am Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung (Einheitsgewerkschaft) hatte, seit Oktober 1947 deren erster Präsident, seit 1952 Ehrenpräsident sowie Präsident der Arbeitskammer des Saarlandes; Mitglied Gründungsausschuß (1945) und Gründungsvorstand der SPS, Beisitzer in allen Parteivorständen der SPS bis 1953; MdL 1947 (Gesetzgebende Versammlung)–1952.

*Welter, Eduard*, geb. 1900 in Saarbrücken, Eisenbahner, seit 1925 Mitglied der KPD/S, 1929–34 Gemeinderat in Dudweiler; 1931–34 Organisationsleiter der KPD/S, 1934 außerdem Leiter der Roten Hilfe im Saargebiet; nach der Rückgliederung wegen illegaler Tätigkeit im Juli 1935 verhaftet, mußte Welter nach einer Rekursklage seiner Frau beim Obersten Abstimmungsgerichtshof im Januar 1936 wieder entlassen werden; Emigration nach Frankreich, Mitglied der deutschen Sprachgruppe in der CGT und Mitarbeiter der französischen Gewerkschaftszeitung *Le Peuple*; im Exil Trennung von der KPD, nach Rückkehr an die Saar 1945 zum Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft gewählt; 1950–52 im Vorstand des Gesamtverbandes der Einheitsgewerkschaft Saar; schied nach der Abstimmung 1955 aus dem Gewerkschaftsdienst aus.

*Wilhelm, Fritz*, aus Neunkirchen/Saar gebürtiger Alt-Sozialdemokrat; vor 1935 Führer des Schutzbundes im Kreis Ottweiler; Emigration nach Frankreich; nach 1945 Mitglied der SPS und Funktionär der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Wilhelm war in der sich herausbildenden Opposition gegen den autonomistischen Parteikurs, die 1952 zur Spaltung und Gründung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Saar (später SPD Landesverband Saar) führte, neben den „Jungtürken“ Karl Petri und Werner Wilhelm der einzige Emigrant an der Spitze.

<sup>242</sup> Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die im Entstehen begriffene Habilitationsschrift von Heinrich Küppers/Gelsenkirchen über Bildungspolitik im Saarland 1945–1959.

<sup>243</sup> Vgl. Anmerkung 52.